

10 Jahre

Bündnis

Potsdam! bekennt Farbe

Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander.



Eine Chronologie 2002 - 2012

Toleranz bedeutet für die Potsdamer:
Respekt und Akzeptanz des Anderen;
aufeinander zugehen und miteinander ins Gespräch kommen;
Zuhören können;
Unterschiede als Bereicherung erfahren;
Konflikte zivil austragen;
an die Stelle der Ausgrenzung die Integration setzen;
Toleranz und Solidarität verbinden;
Mobbing, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und
politischen Extremismus nicht zu dulden.

Präambel

Potsdamer Toleranzedikt – Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft
Potsdam, 2008

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort des Oberbürgermeisters und Vorsitzenden des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ Jann Jakobs	4
2.	Geleitwort der Generalsuperintendentin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und Vorsitzenden des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Brandenburg Heilgard Asmus	6
3.	Die Anfänge - „Potsdams Sportler bekennen Farbe“ - ein Rückblick von Anne Pichler, stellvertretende Vorsitzende des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ und Geschäftsführerin des Stadtsportbundes Potsdam e.V.	7
4.	Chronologie	
4.1	Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH	10
4.2	Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ 2002 - 2012	12
4.3	Resümee	100
5.	Die „Potsdamer Feste für Toleranz“ in Bildern	102
6.	Anhang	
6.1	Kontaktdaten der Mitglieder des Bündnisses 2012	108
6.2	Abkürzungsverzeichnis und Glossar	111
	Impressum	114

1. Vorwort

Jann Jakobs, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam und Vorsitzender des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“

Es war im September des Jahres 2000, als das Motto „Potsdams Sportler bekennen Farbe“ für eine Veranstaltung des Stadtsportbundes Potsdam e.V. geboren wurde, um Jugendliche für das Thema Rechtsextremismus zu sensibilisieren. Zwei Monate später entwickelte sich daraus für eine Veranstaltung im Potsdamer Stern-Center das Leitmotiv „Potsdam bekennt Farbe“. Rechtsextremismus und Rassismus wurden damals als gesamtgesellschaftliches Problem betrachtet. Folgerichtig nutzte die Landeshauptstadt Potsdam im Jahr 2001 als eine der ersten Kommunen die Chance, einen „Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ zu erstellen.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 5. Juni 2002 wurde die Bildung eines Beirates zur Umsetzung dieses Aktionsplanes initiiert. Dieser Beirat konstituierte sich wenig später unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters. Der Beirat ist heute als Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ bekannt und stellt mittlerweile einen Knotenpunkt zwischen Politik, Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft dar. Ein Jahrzehnt hat dieses Bündnis maßgeblich dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit für rechtsextremistische, fremdenfeindliche, rassistische und von Diskriminierung geprägte gewaltsame Vorfälle und Tendenzen in der Landeshauptstadt Potsdam aufrechtzuerhalten und entsprechend darauf zu reagieren.

So bleibt heute jedes Anzeichen der politischen Mobilisierung von rechtsextremer Seite nicht unbeobachtet. Ergebnis der Arbeit des



Bündnisses ist es, dass es weder im öffentlichen Raum noch auf parteipolitischer Ebene einer rechtsextremen Partei oder Gruppierung gelingt, in dieser Stadt Wurzeln zu schlagen. Gemeinsam werden passende Antworten und Formen für den kreativen und friedlichen Protest gefunden. Dadurch gelang es in den zurückliegenden Jahren stets, eine breite Masse von engagierten Menschen für gemeinsame Aktionen zu gewinnen. Die erfolgreiche Mobilisierung der Potsdamerinnen und Potsdamer gegen rechtsextreme Kundgebungen und Demonstrationen ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Die großen Herausforderungen bestehen darin, mittel- und langfristig dem alltäglichen Rassismus und dem bewussten und unbewussten Dulden von Formen von Diskriminierung entgegenzutreten und präventive Lösungen zu finden. Mit dem seit 2008

jährlich wiederkehrenden „Potsdamer Fest für Toleranz“ hat das Bündnis einen Fixpunkt im städtischen Jahreskalender verankert. Gemeinsam mit lokalen Partnern werden in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Potsdam im jeweils ausrichtenden Stadtteil Themen gesetzt.

„Potsdam bekennt Farbe“ ist heute ein Leitbild, das Toleranz, Weltoffenheit und das friedliche Miteinander ausdrückt und sich im Handeln der Menschen abbildet.

Am 3. August 2012 hatte die NPD den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam aufgefordert, eine Unterlassungserklärung abzugeben. Hintergrund war der in Folge einer Sondersitzung des Bündnisses im Juli verkündete Aufruf zur Bildung des Bündnisses „Potsdam nazifrei“. Damit rief das Bündnis zum friedlichen Protest gegen die für den 15. September angekündigte NPD-Demonstration und die Teilnahme am 5. „Potsdamer Fest für Toleranz“ sowie weiteren Veranstaltungen auf. Man warf dem Oberbürgermeister vor, das staatliche Neutralitäts- und Sachlichkeitsgebot zu verletzen. Deshalb sollte der Aufruf von der Internetseite der Landeshauptstadt Potsdam entfernt werden. Da wir uns diesem Einschüchterungsversuch nicht unterwarfen, folgte am 15. August ein Eilantrag der NPD beim VG Potsdam. Diesen lehnte das VG am 4. September ab. Das ließ die NPD nicht unbeantwortet und legte beim OVG Berlin-Brandenburg am 10. September Beschwerde ein. Das OVG wies die NPD-Beschwerde mit Beschluss vom 14. September zurück.

In der Argumentation zu ihren Entscheidungen banden die Gerichte die Tradition des 1685 erlassenen Ediktes von Potsdam und dessen Neuformulierung im Jahr 2008 ein. Der

Oberbürgermeister wurde von den Gerichten vornehmlich als Vorsitzender des Bündnisses gesehen.

Das zehnjährige Bestehen unseres Bündnisses ist Resultat und Ausdruck seiner Funktionsfähigkeit und Rolle als zentrale Schaltstelle für die Umsetzung der Ziele der Landeshauptstadt Potsdam, eine weltoffene, gewaltfreie und tolerante Stadt zu sein. Potsdam ist zu einer Modellstadt in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geworden.

Auch auf europäischer Ebene hat das Bündnis bereits durch sein Konzept und Handeln innerhalb des Vereins der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ Beachtung und Anerkennung gefunden.

Zehn erfolgreiche Jahre Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ sind das Ergebnis der kollektiven, verlässlichen und stetigen Zusammenarbeit. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit gilt es auch aufgrund der aktuellen Entwicklungen fortzusetzen.

Mit dieser Broschüre liegt nun eine Chronologie vor, die verdeutlicht, dass Toleranz, Respekt, Offenheit und Integration Kernpunkte der Identität dieser Landeshauptstadt Potsdam sind.

Oberbürgermeister Jann Jakobs
Vorsitzender des Bündnisses
„Potsdam bekennt Farbe“

2. Geleitwort

der Generalsuperintendentin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und Vorsitzenden des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Brandenburg Heilgard Asmus

Tausende Potsdamerinnen und Potsdamer jeden Alters und vielfältiger Herkunft kamen vor wenigen Wochen zum Fest der Toleranz rund um den Hauptbahnhof zusammen. Neonazis, die an diesem Tag durch das Zentrum der Landeshauptstadt marschieren wollten, hatten das Nachsehen. Dieser Septembertag zeigte, welche breite Unterstützung das Engagement für eine demokratische Stadtgesellschaft heute genießt.

Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ hat daran einen großen Anteil. Zehn Jahre lang hat es Menschen zusammengebracht und Gemeinsamkeiten gestiftet. Vielfältige Verbindungen sind entstanden: zwischen den demokratischen Parteien, Vereinen und Unternehmen, zwischen den Stadtvierteln durch die jährlich an anderem Ort stattfindenden Toleranzfeste, mit anderen Kommunen in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, mit den Bündnissen und Verbänden Brandenburgs im Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass bürgerschaftliches Engagement dann zu Erfolg führt, wenn Politik, Verwaltung und Bürger/innen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus an einem Strang ziehen. „Potsdam bekennt Farbe“ hat mit seinen vielfältigen Aktivitäten zur Umsetzung einer kommunalen Strategie beigetragen, die sich kontinuierlich menschenverachtenden Ideologien entgegenstellt. Dabei reagiert es nicht

nur auf extrem rechte Aktivitäten, sondern unterstützt und entwickelt Projekte im Bereich der Antirassismussarbeit und der Demokratieförderung.

Im Namen des landesweiten Aktionsbündnisses will ich meine Hochachtung für diese Arbeit aussprechen. Wir sagen auch: herzlichen Dank für dieses langjährige Engagement, die gute Zusammenarbeit und den konstruktiven Erfahrungsaustausch!

Die Initiativen und Bündnisse in Brandenburg haben in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus viel geleistet und auch viel erreicht. Das tagtägliche Eintreten für demokratische Werte und ein respektvolles Miteinander braucht einen langen Atem und stellt uns immer wieder vor neue Herausforderungen.

Nicht zuletzt mit dem Bekanntwerden der rassistischen Mordserie des NSU im vergangenen Jahr und dem Agieren der ermittelnden Behörden wurde deutlich, wie notwendig eine gesellschaftliche Debatte über Rassismus für das gleichberechtigte Zusammenleben bleibt. Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ hat sich seit seiner Gründung immer wieder stark gemacht für die Grundlage unseres Zusammenlebens: die auf der unantastbaren Menschenwürde aufbauen den Menschenrechte. Ich hoffe, dass es weiterhin die gesellschaftliche Debatte in Brandenburg in diesem Sinne entscheidend mit gestalten wird.

Heilgard Asmus

Generalsuperintendentin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg,

Vorsitzende des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Brandenburg



3. Die Anfänge

„Potsdams Sportler bekennen Farbe“ - ein Rückblick von Anne Pichler, stellvertretende Vorsitzende des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ und Geschäftsführerin des Stadtsportbundes Potsdam e.V.

Im Sommer des Jahres 2000 erschreckte nicht nur mich persönlich die Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen hinsichtlich der Entwicklungen und Erscheinungen des Rechtsextremismus in Deutschland. Signifikante Vorfälle rechtsextremer Gewalttaten im Land Brandenburg zeigten, dass rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche Ansichten und Vorfälle besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Zweifelsohne war in Potsdam Rechtsextremismus ein weniger sichtbares Problem als in anderen Orten im Land Brandenburg, die im rechtsextremen Sprachgebrauch als „national befreite Zonen“ bezeichnet wurden.

Grundsätzlich war für mich klar, dass gehandelt werden musste. Der Sport erschien dabei als wirksamer Zugang, um durch gemeinsame Aktivitäten Vorurteile abzubauen und das Verständnis füreinander zu fördern.

In Sportvereinen trainierende Jugendliche lernen Fairness und Regeln des Miteinanders sowie die Konsequenzen von Regelverstößen. Sie erleben Integration als Resultat gemeinsamen Handelns. So reifte innerhalb des Stadtsportbundes die Idee des Konzeptes „Potsdams Sportler bekennen Farbe“. Ein Symbol für Weltoffenheit und Toleranz sollte entstehen. Damals war es ein Traum, dass dieses Symbol einen vergleichbaren Status in Potsdam erlangen würde, wie zum Beispiel die Aidsschleife. Ohne die Aufgeschlossenheit des damaligen Bürgermeisters und Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung

und Umweltschutz Jann Jakobs wäre es ein Traum geblieben. Unterstützt durch die Landeshauptstadt Potsdam und in Kooperation mit Potsdamer Jugendorganisationen konnte die Idee im September des Jahres 2000 reifen. Am 7. Oktober führte der Stadtsportbund Potsdam e.V. im Bürgerhaus am Schlaatz eine Veranstaltung unter diesem Slogan durch. Ziel war es, die Jugend für jegliche Formen von Intoleranz und Gewalt zu sensibilisieren. In dem Motto „Potsdams Sportler bekennen Farbe“ sollten sich alle widerfinden, die gegen Menschenverachtung, Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eintraten.

Mit zahlreichen Potsdamer Organisationen und der Landeshauptstadt Potsdam veranstaltete der Stadtsportbund Potsdam e.V. im Potsdamer Stern-Center am 3. November 2000 ein vielfältiges Sport- und Kulturprogramm unter der Schirmherrschaft des damaligen Oberbürgermeisters Matthias Platzeck bereits unter dem Leitbild „Potsdam bekennt Farbe - gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“. Es war der Beginn eines Entwicklungsprozesses, an dessen Ende die institutionalisierte Form des Bündnisses steht. Eine erste Bewährungsprobe bestand dieser Zusammenschluss als





Am 18. Mai 2000 erhielten zwei Schülerinnen des Humboldt-Gymnasiums unter 108 Einsendungen den 1. Preis.

am 8. Januar 2001 ein schändlicher Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam verübt worden war. 4.000 Schüler¹ begaben sich am 11. Januar zum jüdischen Friedhof, um dort eine Mahnwache abzuhalten. Am Platz der Einheit fanden bis zum März Mahnwachen statt.

Bürgermeister und Beigeordneter Jann Jakobs als Koordinator gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt lud in Folge des Anschlages im Januar 2001 zu Gesprächsrunden ein, um angemessene Reaktionen zu besprechen und mittel- und langfristige Maßnahmen zu koordinieren: Einrichtung der Rubrik „Potsdam bekennt Farbe“ auf der städtischen Internetseite und ein Wettbewerb des Schulverwaltungsamtes an den Potsdamer Schulen zur Gestaltung von T-Shirts mit dem Motto „Potsdam bekennt

Farbe“. Im Mai zeigte das Bürgerhaus am Schlaatz gemeinsam mit dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. die Ausstellung „Wider das Vergessen“ eine Dokumentation des Massenmordes im Konzentrationslager Auschwitz.

Als weitere wichtige Maßnahme übertrug Jann Jakobs die Koordinierung der Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in der Landeshauptstadt Potsdam der Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz (SIKO).

Als Bündel mittel- und langfristiger Maßnahmen bemühte sich die Landeshauptstadt Potsdam um die Aufstellung eines LAP im Rahmen der Plattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C)“ des BMFSFJ. Das Bundesministeri-

um betrachtete die Förderung als einmaliges Investitionsprogramm zur Erstellung nachhaltiger Handlungskonzepte auf kommunaler Ebene. Damit bot dieses Programm die Chance, Rechtsextremismus und Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu analysieren und einen nachhaltigen Lösungsansatz auf lokaler Ebene zu entwickeln. Mit dem Beschluss des LAP durch die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wurde auch die Bildung eines Beirates zu dessen Umsetzung strukturell verankert.



Aufruf für den 3. November

Das Bündnis hat sich bis heute zu einem Ort des vertrauensvollen Dialoges entwickelt. Hier sollte das Wissen der einzelnen Akteure zusammengeführt werden, um sich gemeinsam gegen Rechtsextremismus, alltäglichen Rassismus als eine Form von Diskriminierung, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Das setzte voraus, dass jeder Akteur unseres Bündnisses dazu bereit sein musste,

den anderen zu respektieren, sich für das Kennenlernen zu öffnen und die gemeinsame Zusammenarbeit als notwendig anzuerkennen. Heute sind die Bande zwischen den Mitgliedern unseres Bündnisses Resultat einer gefestigten Vernetzung und der Pflege der kurzen Kommunikationswege, die eine schnelle Mobilisierung und Zusammenführung von Informationen ermöglichen.

Erklärungen des Bündnisses sind Ausdruck eines gemeinsamen Willens und Bekenntnisses, die einen weiten Teil des demokratischen Spektrums im öffentlichen Diskurs umfassen. So gelang es uns, in den vergangenen zehn Jahren zielorientiert Weltoffenheit, Toleranz und ein friedliches Miteinander in dieser Stadt des Potsdamer Toleranzediktes zu fördern. Dabei zeigte sich das Bündnis stets offen für Anregungen von außen und integrierte neue Mitglieder, die sich in diesem Gremium engagieren wollten. Es entwickelte sich aber auch zu einem geschützten Raum für Bürger und zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich zu konkreten Themen äußern wollten.

¹ Für den besseren Lesefluss wird die männliche Form verwendet.

² Sofern vom Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ gesprochen wird, ist zugleich auch der Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gemeint.

4. Chronologie

4.1 Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Am 4. Juli 2001 berichtete der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung über die Erstellung eines LAP für die Landeshauptstadt Potsdam. Damit sollte die Landeshauptstadt Potsdam die Möglichkeit und Chance nutzen, „ein auf einer gründlichen Analyse beruhendes, mit verschiedenen Verwaltungsressorts und Initiativen abgestimmtes, integriertes und auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt erstellen zu lassen“ (Bericht des Oberbürgermeisters, 04.07.2001). Mit Mitteln vom BMFSFJ förderte das SPI mit einer Summe von 60.000 DM die Erstellung des LAP im Rahmen der Plattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) durch Camino. Den Bezugsraum in Potsdam bildeten die Stadtteile Stern und Drewitz. Da innerhalb des Projektantrages auf funktionierende Jugendhilfestrukturen hingewiesen werden konnte, war der Aktionsplan von Beginn an gesamtstädtisch angelegt. Vier Punkte waren im Rahmen der Erstellung des LAP tragend: erstens, eine Situationsanalyse; zweitens, eine Ressourcenanalyse bestehender Strukturen, Ansätze und Maßnahmen; drittens, die Formulierung strategischer Ziele und viertens, die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs. Zielsetzungen dabei waren die Förderung einer demokratischen Kultur, die Aktivierung der „schweigenden“ Mehrheit für die Stärkung des Toleranz- und Geschichtsbewusstseins und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (02/SVV/0456) wurde der LAP am 5. Juni

2002 als Handlungskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam angenommen. Das Bündnis als parteienübergreifendes beratendes Gremium benötigte mit seiner Gründung am 2. Juli 2002 eine qualifizierte Unterstützung. Im Rahmen des Projektes „Entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ wurde es durch weitere Fördermittel des BMFSFJ möglich, eine Servicestelle befristet für zwei Jahre einzurichten. Entimon stellte die Fortsetzung des einjährigen Aktionsprogrammes von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt des BMFSFJ aus dem Jahr 2001 dar. Mit einer Gesamtsumme von 45.000 Euro für den Zeitraum Juli 2002 bis April 2004 konnte Camino eine Servicestelle innerhalb des Bündnisses aufbauen. Diese nahm am 11. Juli 2002 ihre Arbeit auf. Zentrale Aufgaben der Servicestelle waren: vierteljährliche Treffen des Bündnisses zu organisieren, Informationsversorgung zu gewährleisten, Beratung der Akteure und Entwicklung einer Netzwerkstruktur zu fördern. Ausgewählte Kernpunkte in den ersten beiden Jahren des LAP waren insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im öffentlichen Raum und dessen Einfluss auf die Entwicklung in der Jugendsubkultur. Um die Ausbreitung einer rechtsradikalen Jugendkultur und Dominanz von rechtsextremen Gruppen zu verhindern, mussten vor allem die Unterwanderungs- und Rekrutierungsversuche von Rechtsextremen aufgedeckt, analysiert und darauf reagiert sowie präventive Maßnahmen etabliert werden. Mit diesen Kernpunkten verknüpft war das Thema Alltagsrassismus in der Nachbarschaft, in Schulen und in der Verwaltung.

Durch Camino koordinierte Werkstattgespräche und Werkstattkonferenzen trugen zu einer zielgerichteten Umsetzung verschiedener Maßnahmen des Handlungskonzeptes und der Strategien des Bündnisses bei.

Camino (2001): Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam. Berlin/Potsdam

Camino beendete die Tätigkeit zum 30. April 2004.

Maßnahmen des LAP 2002

Maßnahmen	Inhalt
1-10	Unterwanderung und Dominanz Rechtsextremer im öffentlichen Raum und Einrichtungen; Stärkung demokratischer Potenziale in nicht rechtsextremorientierten Jugendgruppen
11-19	Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Aufklärung über die Folgen von Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus
20-25	Begegnungen und Kontakte zwischen der Bevölkerung, Migranten und Flüchtlingen fördern
26-30	Alltag von Menschen ausländischer Herkunft erleichtern
31-35	Menschen zu motivieren, öffentlich Zivilcourage zu zeigen und die Entsolidarisierung mit Gewalttätern zu erreichen
36-40	Veränderung der strukturellen Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung
41-45	Abbau von Diskriminierung und Integrationshindernissen in Potsdamer Behörden
46-51	Prävention im Rahmen von Maßnahmen gegen rechtsextreme Gewalt und Straftaten
52-54	Handlungsspielräume zur Intervention vermitteln und stärken
55-60	Reaktionsmaßnahmen, um Opfer zu unterstützen und die Solidarisierung mit ihnen zu fördern
61-63	System des Erfahrungs- und Informationsflusses und –austausches entwickeln
64-67	Vernetzung von Einrichtungen und Organisationen ausbauen
68-73	Öffentlichkeitsarbeit nachhaltig gestalten
74-78	Wissen über Rechtsextremismus, Alltagsrassismus, interkulturelle Themen und Handlungskonzepte vermitteln
79-80	Fachlich fundierte Steuerung und Evaluation der Arbeit des Bündnisses und Begleitung der Umsetzung des LAP

4.2 Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ 2002 - 2012

2002



Potsdam!
bekennt Farbe

**Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit
und ein friedliches Miteinander.**

*Oben: Eröffnung der Interkulturellen
Woche 2002*

Links unten: Motto „Potsdam bekennt Farbe“

Presse

„Stadt ruft zu Kundgebung auf“, MAZ, 12.09.2002 +++ „Reaktionen auf NPD“, PNN, 21.11.2002
+++ „Aufruf zu Gegendemonstrationen“, MAZ, 10.09.2002 +++ „NPD meldet Aufmarsch an“,
PNN, 20.11.2002 +++ „Reaktion auf NPD“, PNN, 21.11.2002 +++ „Sicherheitspläne und Nachbar-
schaftskonzept“, MAZ, 04.12.2002 +++ „Gegen Rechts im öffentlichen Raum“, PNN, 04.12.2002

2. Juli

In Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 5. Juni 2002 findet die **konstituierende Sitzung** des „Beirates zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam“ (im Folgenden: Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“) statt. Damit ist die Grundlage für die aktive Verwirklichung der Ziele des Bündnisses gelegt. Jann Jakobs, amt. Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, wird zum Vorsitzenden des Bündnisses gewählt. Die Geschäftsführerin des Stadtsportbundes Potsdam e.V., Anne Pichler, wird stellvertretende Vorsitzende.

11. Juli

Eröffnung der „Servicestelle Camino“ (Camino) zur Umsetzung des LAP in den Räumen der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam. Camino steht dem Bündnis als koordinierendes Mitglied zur Seite. Im Internet geht die Webseite www.aktionsplan-potsdam.de mit Materialien, Newslettern und Linklisten rund um den Aktionsplan online.

14. September

„Demonstration für Toleranz und friedliches Miteinander“, etwa 1.000 Menschen versammeln sich unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe“ am Alten Markt, um gegen eine von der NPD auf dem Luisenplatz geplante Kundgebung zu protestieren. Die NPD verzichtet schließlich wegen des starken zivilgesellschaftlichen Engagements und zahlreicher angemeldeter Gegenveranstaltungen in der Landeshauptstadt Potsdam auf die Kundgebung.

1. Oktober

2. Werkstattkonferenz im Rahmen des LAP zum Thema „Toleranz und Courage im öffentlichen Raum“ mit mehr als 30 Teilnehmern im Stadthaus. Es entstehen die AG`s „Keine rechte Unterwanderung in Sicherheitsdiensten“, „Verantwortung in der Nachbarschaft“ und „Sicherheit im Öffentlichen Nahverkehr“.

4. November

2. Sitzung des Bündnisses. Camino präsentiert seine geplanten Aktivitäten als Servicestelle. Die Koordinatoren der Servicestelle berichten von der 2. Werkstattkonferenz und stellen weitere Prioritäten zur Umsetzung des Aktionsplanes vor.

23. November

Der AStA der Universität Potsdam ruft zu einer Gegenkundgebung unter dem Motto „Gegen Antiamerikanismus und Faschismus – Potsdamer gegen Rechts“ gegen eine Demonstration der NPD auf. Das Bündnis unterstützt die Aktion und wirkt durch Bündnismitglieder aktiv bei der Kundgebung mit. Etwa 500 Menschen nehmen an dieser Kundgebung teil.

3. Dezember

Werkstattgespräch „Sport gegen Rassismus“ organisiert, von der Camino und dem Stadtsportbund Potsdam e.V. im Bürgerhaus am Schlaatz, um eine sinnvolle Kooperation und Vernetzung der Akteure im Bereich Sport, Jugendhilfe und Integrationsarbeit zu erreichen und neue Ressourcen zu erschließen. Mehr als 16 Vertreter verschiedener Institutionen und Organisationen nehmen daran teil.

21. Dezember

Kundgebung auf dem Alten Markt, initiiert von Schülern der Voltaire-Gesamtschule mit etwa 600 Teilnehmern unter dem Motto „Schüler gegen Rechts“ gegen eine rechtsextreme Kundgebung.

31. Dezember

Der vom Bündnis eingerichtete „Aktionsfond für Toleranz und Demokratie“ fördert im Jahr 2002 zehn Projekte mit einer Gesamtsumme von 3.060 Euro.

Gründungsmitglieder:

amt. Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam

Ausländerbeauftragte

Ausländerbeirat

DGB Region Mark Brandenburg

Fraktion CDU

Fraktion Die Andere

Fraktion PDS

Fraktion SPD

Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz

Jugendamt

alle Regionalarbeitskreise der Jugend(sozial)arbeit

Camino

Stadtsportbund Potsdam

Aufruf zu Gegendemonstrationen

Stadt und Gewerkschaften verurteilen geplanten NPD-Aufmarsch

Zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen den geplanten NPD-Aufzug am kommenden Sonnabend haben gestern der amtierende Oberbürgermeister Jann Jakobs, die Stadtvorordnetenversammlung

und der Regionalvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dettel Boer, aufgefordert. Die Potsdamer sollten entsprechende Aufrufe von Parteien und Organisationen beachten, heißt es in einer

einstimmig verabschiedeten Erklärung. Bisher sei der Neoziaufmarsch nicht genehmigt. Seine Parolen wendeten sich direkt gegen die in Potsdam lebenden jüdischen Mitbürger und damit gegen ein

friedliches Miteinander. „Wir bedauern zutiefst, dass der Name Potsdam durch eine solch schändliche Demonstration antidemokratischen Ungeistes in den Schmutz gezogen wird“, heißt es. MAZ

Aktionen der Bündnismitglieder	
30. 4.	Festival „Rock gegen Rechts - TOLERANZ – BILDUNG – ARBEIT für EUCH, DICH, UNS“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit 800 Besuchern.
26.5.	Embassy-Cup - Internationales Botschafts-Hallenfußball-Turnier, organisiert vom Embassy-Cup e.V., dem Stadtsportbund Potsdam e.V. und der Landeshauptstadt Potsdam. Beteiligte Mannschaften setzen sich aus Vertretern der Botschaften der Türkei, Ukraine, Italiens, Ecuadors, Spaniens, Polens, Brasiliens, Frankreichs, Russlands, Marokkos, der Republik Kirgisien und des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland zusammen.
25.9. bis 6.10.	"Woche der ausländischen Mitbürger - Interkulturelle Woche" mit dem Motto „Rassismus erkennen – Farbe bekennen“ im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ initiiert durch die Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam.

Mitglieder des Bündnisses	
AG Antirassismus des AStA der Universität Potsdam	Konfliktwerkstatt
Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam	MBT
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
DGB Region Mark Brandenburg	Polizeipräsidium Potsdam - Schutzbereich Potsdam
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam – Ausländerseelsorge	Koordinatoren der Regionalarbeitskreise Jugend(sozial)arbeit (RAK)
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Camino
Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam	Stadtsportbund Potsdam e.V.
Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam	

Reaktion auf NPD

Potsdamer gegen Rechts/Gegendemos angemeldet

VON NICOLA KLUSEMANN

Insgesamt sechs Gegendemonstrationen zum angekündigten NPD-Aufmarsch am kommenden Sonnabend (PNN berichteten) wurden bis jetzt bei der Polizei angemeldet. Unter den Anmeldern sind die Stadtverwaltung, der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Potsdam, der Fanclub vom SV Babelsberg 03 sowie linksorientierte Gruppierungen.

Im Rahmen des städtischen Toleranzprogramms „Potsdams bekennt Farbe“ ruft die Landeshauptstadt alle Einwohner auf, sich der Aufforderung des AStA anzuschließen und am 23. November um 11 Uhr zur Kundgebung unter dem Motto „Gegen Antiamerikanismus und Faschismus – Potsdamer gegen Rechts“ zu kommen. Unter anderen würden der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Matthias Platzeck, der amtierende Oberbürgermeister Jann Jakobs und Generalsuperintendent Rolf Wischnat sprechen. Der Gegenaktion würden sich auch zahlreiche Potsdamer Schulen anschließen, hieß es in einer gestrigen Mitteilung der Stadtverwaltung.

Der AStA hatte gestern schriftlich mitgeteilt, am 23. November in der Zeit von 9 bis 15 Uhr eine Kundgebung auf dem Alten Markt „anlässlich der Neonazi-Demonstration“ zu veranstalten. Die Fußballfans von Babelsberg 03 schlugen ebenfalls vor, sich zur Gegendemo zentral auf dem Alten Markt zu treffen. Der Fanclub will für die bessere Absprache ab Freitagabend ein Infotelefon unter 0177-876 79 69 einrichten.

Nach bisherigen Erkenntnissen wollen sich die Anhänger der rechtsextremen Partei am kommenden Sonnabend um 11 Uhr vor

dem Potsdamer Hauptbahnhof versammeln. Die genaue Demonstrationsroute der NPD ist der Polizei bekannt, werde aber trotz Aufforderung durch linke Gruppierungen nicht öffentlich gemacht, sagte der Sprecher des Polizeipräsidiums Potsdam, Rudi Sonntag. Nur so könne man direkte Konfrontationen zwischen Rechten und Linken verhindern, so der Sprecher. Schließlich sei es auch Aufgabe der Polizei, mögliche Auseinandersetzungen schon im Vorfeld zu vereiteln. Bereits Mitte September hatte der NPD-Landesverband in Potsdams Innenstadt aufmarschieren wollen. Nachdem sich aber Gegendemonstrationen ankündigten, wurde die Kundgebung kurzfristig zum Bahnhof Pirschheide verlegt. Nur ein knappes Dutzend Linke wohnten dem bei.

Mit den jetzt angemeldeten Gegenaktionen seien spontane Demonstrationen – wie von der „Initiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei“ vorgesehen – nicht mehr akzeptabel, erklärte Polizeisprecher Sonntag. Hier werde lediglich nach einer Möglichkeit des direkten Aufeinandertreffens gesucht, die Polizei wolle aber die Gruppierungen aus den linken und rechten Lagern bewusst trennen. Wer Zeit zum Spruchbändermalen hätte, könne auch eine Demonstration ordnungsgemäß ankündigen, erklärte der Präsidiumssprecher.

Lutz Boede von der Initiative hingegen besteht auf dem Recht der spontanen Kundgebung: Schließlich befänden sich „in jedem geordneten Potsdamer Haushalt universell einsetzbare Transparente mit antifaschistischen Losungen (...) Auch mit Spruchbändern durchgeführte Versammlungen können spontan geplant sein.“

Sicherheitspläne und Nachbarschaftskonzept

Camino-Servicestelle zieht positive Bilanz

Auf ein erfolgreiches erstes Halbjahr seiner Tätigkeit kann „Camino“ zurückblicken: Die „Servicestelle zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie“, die sich mit Konzepten gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit befasst, konnte bereits neun regionale Initiativen in ihrer Arbeit finanziell unterstützen. Dabei gehe es vor allem um eine möglichst unbürokratische und kurzfristige Hilfe für kleine Projekte im Rahmen des Aktionsplans, so Camino-Geschäftsführerin Sabine Behn.

Zuschüsse in der Höhe von je maximal 500 Euro erhielten bislang unter anderem eine Theatergruppe für ihre Arbeit mit mongolischen und deutschen Kindern und die Initiative dreier Studentinnen, die Spielnachmittage mit Kindern in einem Ausländerwohnheim organisieren. Der für die Förderungen bereit gestellte „Aktionsfonds“ betrug im ersten Halbjahr 3200 Euro, gespeist aus Mitteln der Stadt und eines Bundesprogramms gegen Rassismus.

An der Erarbeitung des Lokalen Aktionsplanes vor Gründung der Servicestelle waren

unter anderem Gruppierungen aus dem schulischen Bereich, der Jugendhilfe und der Sicherheitskonferenz beteiligt: Ein breit gefächertes Spektrum, das den Potsdamer Aktionsplan vor Plänen anderer Städte auszeichnet.

Auf einer Konferenz am 1. Oktober wurden drei verschiedene Schwerpunkte erarbeitet: Die Pläne für die Erhöhung der Sicherheit für Migranten auf Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln sollen der Sicherheitskonferenz zugute kommen: Sie sehen Schulungen des ÖPNV-Personals für den Notfall und zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen in vielen Wagen vor. Weitere Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der zunehmenden Tendenz rechtsextremer Jugendlicher, Ordnergruppen zu unterwandern, sowie mit rechtsextremen Rekrutierungsversuchen vor Schulen und anderen Jugend-Treffpunkten.

Zurzeit läuft ein Projekt am Schlaatz, das sich auch mit der Planung interkultureller Veranstaltungen befasst. Der „Sicherheit in der Nachbarschaft“ will sich die Servicestelle in der nächsten Zeit verstärken widmen. *ir*

2003



Oben: Mitglieder des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam 2003 bis 2008
Links: Camino (2003): Handreichung „Rechts extremismus“ zum Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam. Berlin/Potsdam

Presse

„Mittläufer sollen zur Umkehr bewegt werden“, MAZ, 03.01.2003 +++ „Zum Rechtsradikalismus in Potsdam - Böse Beispiele schon im Buddelkasten“, MAZ, 22.01.2003 +++ „Gegen Rechts“, PNN, 26.06.2003 +++ „Mehr Ausländer in der Stadt – Interkulturelle Woche beginnt“, MAZ, 19.09.2003 +++ „Kontaktstelle für Ausländer - Stadt will Uni-Wunsch erfüllen“, MAZ, 18.10.2003

29. Januar

3. Sitzung des Bündnisses. Zu einer der prioritären Aufgaben des Bündnisses wird die nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit für Toleranz, Gewaltfreiheit und Demokratie erklärt. Das Bündnis bespricht die Möglichkeit betrieblicher Vereinbarungen bezüglich rechtsextremer und rassistischer Einstellungen und Aktivitäten bei Mitarbeitern von Sicherheitsdiensten. Die Überwindung des Gutscheinsprinzips für Flüchtlinge wird befürwortet.

2. April

Die Landesregierung hatte am 7. Januar den Runderlass zur Festlegung auf das Sachleistungsprinzip bei der Versorgung von Asylbewerbern neu formuliert und es den Landkreisen und kreisfreien Städten künftig freigestellt, ob sie Leistungsberechtigten nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz Sachleistungen oder Barleistungen gewähren. Die SVV der Landeshauptstadt Potsdam bestätigt diesen Entschluss (Beschluss 03/SVV/0232) und stellt auf Geldleistungen um. Damit ist eines der Ziele des LAP (Maßnahme 38) erreicht.

25. Juni

„Für Potsdam – Gegen Rechts. Zukunftswerkstatt zum Thema ‚Rechte Aufmärsche und Demonstrationen‘“ unter Leitung des MBT im Potsdamer Stadthaus. In Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam diskutieren mehr als 20 Teilnehmer den Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen. Die AG „Kreative Aktionsformen gegen rechtsextreme Demonstrationen“ wird gebildet.

1. Juli

4. Sitzung des Bündnisses. „Alltagsrassismus“ und „rechte Demonstrationen“ sind die bestimmenden Themen. Besonders die Initiative „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ soll dazu beitragen, für das Thema „Alltagsrassismus“ an Potsdamer Schulen zu sensibilisieren. Ein Konzept für eine Plakataktion zum Thema „Alltagsrassismus“ wird vorgestellt.

13. Oktober

Werkstattgespräch zum Thema „Nachbarschaft“. Erstmals nehmen Vertreter der Wohnungswirtschaft am Diskurs mit der AG „Verantwortung in der Nachbarschaft“ des Bündnisses teil. Themen sind die Ethnisierung von Konflikten, die Verortung von „Angsträumen“ und die Erstellung einer Landkarte zur Koordination der Konfliktlösung.

14. Oktober

5. Sitzung des Bündnisses. Bericht über den runden Tisch zu Übergriffen auf nicht-rechte Jugendliche vom 21. August und zu Burschenschaften an der Universität Potsdam. Die Ergebnisse der AG „Verantwortung in der Nachbarschaft“ werden ausgewertet. Die Konzeption einer internationalen Konferenz zu den Themen Rassismus, Alltagsrassismus und Rechtsextremismus wird diskutiert.

21. Oktober

Beginn des Plakatwettbewerbs „Alltagsrassismus“, initiiert durch Mitglieder des Bündnisses für das Wintersemester 2003/2004 der FH Potsdam in Kooperation mit dem FB Design unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam.

31. Dezember

Der vom Bündnis eingerichtete „Aktionsfond für Toleranz und Demokratie“ fördert im Jahr 2003 zehn Projekte mit einer Gesamtsumme von 2.400 Euro.

Mitglieder des Bündnisses	
AG Antirassismus des AStA der Universität Potsdam	Lösungsweg e.V.
Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam	MBT
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
DGB Region Mark Brandenburg	Polizeipräsidium Potsdam - Schutzbereich Potsdam
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	Camino
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	SIKO
Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam	Stadtsporbund Potsdam e.V.
Koordinatoren der RAK	

Aktionen der Bündnismitglieder	
30.4.	„Rock gegen Rechts - Rechts abbiegen verboten“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit 800 Besuchern.
21.8.	Runder Tisch zu Übergriffen auf nicht-rechte Jugendliche durch rechtsextrem orientierte Jugendliche, organisiert von Camino und der Opferperspektive e.V. mit 15 Teilnehmern. Kritisch wird darauf hingewiesen, dass die Opfer von rechtsextremen Übergriffen in der Öffentlichkeit zu wenig Beachtung finden, der Täter-Opfer-Ausgleich angeregt und die Opferberatung ausgebaut werden sollen.
23.9. bis 3.10.	Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in der Landeshauptstadt Potsdam unter dem Motto „Integrieren statt ignorieren“.
24.9.	Jugendforum für zugewanderte Flüchtlinge im Rahmen der Interkulturellen Woche, initiiert durch den Fachbereich Jugend, Soziales und Wohnen, organisiert durch die Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam und Camino.
21.10.	Camino führt die 3. Werkstattkonferenz zum Thema „Alltagsrassismus“ durch. Inhaltliches Ziel der Werkstattkonferenz stellt die Auseinandersetzung mit Stereotypen, Vorurteilen und Diskriminierungen in alltäglichen Situationen in der Nachbarschaft, der Schule und der Verwaltung dar. Prof. Birgit Rommelspacher von der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin referierte vor 20 Vertretern verschiedener Organisationen.

Zum Rechtsradikalismus in Potsdam Böse Beispiele schon im Buddelkasten

Es gibt eine rechtsextreme Subkultur in Potsdam. Diese Erkenntnis ist nicht neu. So wurde letztes Jahr am Stern ein 25jähriger Mann aus Sierra Leone rassistisch beschimpft und schwer verletzt; und am Hauptbahnhof schlug ein 57-jähriger Klempner einem Farbigen unvermittelt ins Gesicht. Pöbeleien, Beleidigungen und Erniedrigungen bis hin zur offenen, körperlichen Gewalt richten sich gegen „Andersartige“, die sich nicht ins Raster des gelegentlich bauch- und des öfteren hirnfrei tragenden Cordon- oder Alpha-Industries-Uniformierten zwängen lassen. Auch der Anschlag auf den Vereinskassierer von Chamäleon e.V. in der Neujahrsnacht stellt die Gewaltbereitschaft und das menschenverachtende Potenzial dieser Rechtsradikalen unter Beweis. Randalen und Pöbeleien der meist besoffenen und auch im nüchternen Zustand nicht gerade sympathischen Täter sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs.

Getragen wird dies von einem breiten gesellschaftlichen Alltagsrassismus, dessen Akzeptanz viel größer ist als wir uns vorstellen. Ich spreche vom Phänomen der Biedermänner und Brandstifter, jener Angepassten, die von psychischer oder physischer Gewalt keine Notiz nehmen, weil sie persönlich ja (noch) nicht das Opfer sind.

Mit dem Aktionsplan gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der seit Juli tätigen Camino-Serviceestelle, die rund 80 Initiativen gegen Rechts vernetzt, ist ein Anfang getan.

Dass eine Menge Überzeugungsarbeit nötig ist, beweist ein Vorfall unter Fünfjährigen, den ich neulich beobachtete. Als auf einem Spielplatz eine Gruppe Kinder nichtdeutscher Herkunft auf Potsdamer Altersgenossen zusteuerte, riefen letztgenannte: „iiiiieeh, da kommen die Asylis“ und „Die sind dreckig“ und räumten das Feld. Unterstützt von ihren Eltern, die sie an die Hand nahmen und wegzogen und bei solchen spontanen Aussagen ihrer Kinder wohl eine ganze Menge falsch gemacht haben dürften. Till Meyer,

Juso-Hochschulgruppe

MAZ, 22.01.2003

Gegen Rechts

„Rechte Aufmärsche“ war Thema der Zukunftswerkstatt

VON KARSTEN SAWALSKI *PKN*

Potsdam ist im vergangenen Jahr verstärkt Schauplatz von Demonstrationen rechtsgerichteter Parteien und Gruppierungen geworden. Zum Thema „Rechte Aufmärsche und Demonstrationen“ hatte am Mittwoch die Serviceestelle Aktionsplan Potsdam in Zusammenarbeit mit dem Mobilien Beratungsteam und der Sicherheitskonferenz Potsdam zu einer Zukunftswerkstatt eingeladen. Vertreter von Bürgerinitiativen, vom Ausländerbeirat, dem Flüchtlingsrat und der Stadtverwaltung nahmen an dem ganztägigen Workshop im Kulturhaus Babelsberg teil.

„Die bisherigen Aufmärsche bleiben keine Einzelfälle“, sagte Frauke Postel vom Mobilien Beratungsteam Brandenburg. „man muss mit weiteren Demonstrationen der rechten Szene in Potsdam rechnen“. Die brandenburgische Landeshauptstadt sei für die Rechtsextremen von „besonderer strategischer Bedeutung“. Einerseits aus historischer Sicht, aber auch durch die Nähe zu Berlin und der großen Aufmerksamkeit, die solche Aufmärsche hier erfahren würden.

Während des Workshops wurden in mehreren Arbeitsgruppen zunächst die Erfahrungen mit den bisherigen rechtsextremen Aufmärschen und Demonstrationen in Potsdam ausgetauscht. Die zentralen Fragestellungen konzentrierten sich darauf, wie die Gegendemonstranten damit umgegangen sind und an welchen Stellen Unzufriedenheiten empfunden wurden. Kritik sei an der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung geäußert worden, sagte Sabine Behn von Camino, dem Träger der Serviceestelle Potsdam. Gegenüber der Stadt gäbe es von Seiten der Initiativen „keine ausreichende Vertrauensbasis“, da im Vorfeld der rechten Aufmärsche des letzten Jahres Informationen nicht weiter gegeben und Absprachen nicht eingehalten worden seien. Konkret nannte Behn die Umleitung des NPD-Aufmarsches im November 2002 als Beispiel dafür, dass man nicht informiert worden sei.

Die Pressesprecherin der Stadtverwaltung, Rita Haack, zeigte sich angesichts des Vorwurfes erstaunt: „Solche Demonstrations-Umleitungen werden von der Polizei kurzfristig angesetzt und auch uns erst kurz vorher mitgeteilt“. Auf Nachfrage der PNN sagte Postel, dass die geäußerte Kritik an der Stadt „keine Meckerei“ sei, sondern als eine „kritische Beschreibung des Ist-Zustandes“ von den Teilnehmern der Arbeitsgruppen zusammengetragen wurde, um dann nach friedlichen, alternativen Formen von Gegendemonstrationen zu suchen. „Die alten Muster sind nicht mehr adäquat“, sagte Postel. Nach den Sommerferien wollen die Organisatoren der Zukunftswerkstatt ein weiteres Forum schaffen, in dem die Stadt und alle Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, zusammenkommen.

PNN, 26.06.2003

Kontaktstelle für Ausländer Stadt will Uni-Wunsch erfüllen / Uni fordert besseres Englisch in Behörden

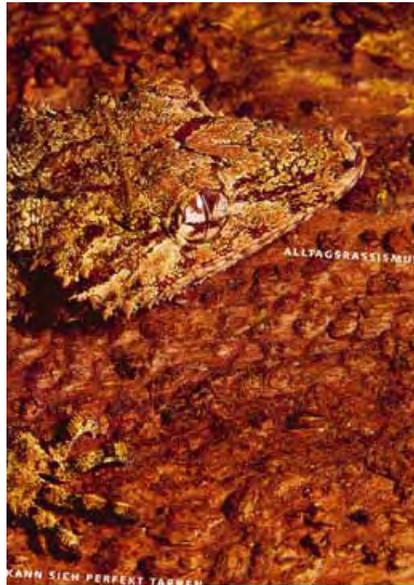
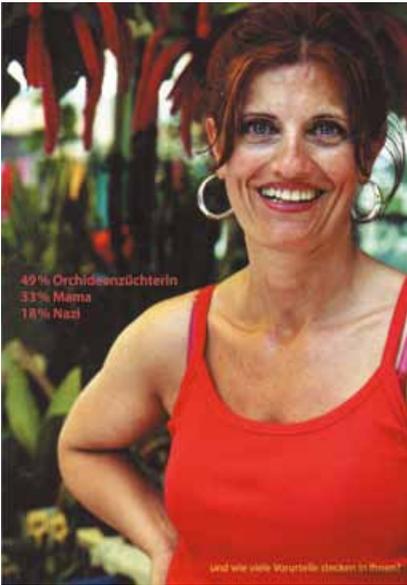
In der Stadtverwaltung soll es künftig einen direkten Ansprechpartner für ausländische Studenten und Wissenschaftler geben. Das kündigte Oberbürgermeister Jann Jakobs gestern auf seiner Stadtwanderung durch drei Potsdamer Hochschulstandorte an. Er griff damit eine Forderung von Martin Steub, Professor im Golmer Institut für Biochemie und Biologie auf. „Seit einem Überfall auf einen Iraner vor wenigen Wochen in Berlin sind unsere Gäste aus dem Ausland beunruhigt“, so Steub. Jakobs sicherte künftig eine engere Verbindung zwischen Universität und Verwaltung zu. Die Sozialbeigeordnete Elona Müller verspricht, schnellstmöglich eine Kontaktstelle einzurichten, möglicherweise über den Bürgerservice oder den Ausländerbeirat. Außerdem soll künftig ein Uni-Vertreter am lokalen Aktionsplan gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit mitarbeiten. Darüber hinaus forderte Steub von den Behördenmitarbeitern bessere Englischkenntnisse: „Wir müssen uns daran gewöhnen, dass Deutsch keine Weltsprache ist.“ Für ausländische Mitarbeiter seien Behördengänge oft ein Problem. Sprachkurse würden verwaltungsidealerweise bereits angeboten, hieß es dazu.

Steub verwies auf das hohe Renommee seiner Einrichtung. In den vergangenen vier Jahren konnten mehr als 14 Millionen Euro an Drittmitteln eingeworben werden, mehr als die Schlüsselzuweisungen für der Universität. „Hochschulen sind keine Geldvernichtungsanlagen, sondern ein Wirtschaftsfaktor“, sagte Steub. Mit der seit vielen Jahren geforderten Beschilderung sowohl des Uni-Standortes als auch des Wissenschaftsparkes Golm soll laut Jakobs noch in diesem Jahr begonnen werden. Die ebenfalls lange versprochene Über- beziehungsweise Unterführung der Bahnleise befindet sich in der Planung. Zudem führe man Gespräche mit der Bahn über eine Ausweitung der Zugverbindungen nach Golm.

Zuvor hatte sich Jakobs in der Gutenbergstraße über die Arbeit der dort ansässigen Ausbildungsstätte für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten informiert. Deren Leiter Reinhold Kliegl wünscht sich vor allem Planungssicherheit für die Einrichtung. Das Haus befindet sich im Eigentum der Stadt, das Grundstück gehöre jedoch einer Erbengemeinschaft. Der Pachtvertrag zwischen Stadt und Hochschule laufe nur bis 2009. Dies verhindere dringend notwendige Investitionen, zum Beispiel beim baufälligen Dach. Sogar ein Behindertenaufzug steht auf Kliegl's Wunschliste. Auch im Golmer Institut für Musik und Musikpädagogik hofft man auf engere Kooperation mit der Verwaltung. Vor allem würde man sich dort freuen, wenn das Kulturamt die Räume für die Diplomprüfungen wie früher kostenlos überließe. Im Institut für Sportmedizin am Neuen Palais halten sich die finanziellen Sorgen noch in Grenzen. Die Entwicklung von Therapiegeräten und ein auf vier Jahre angelegtes Projekt mit der AOK zur Vorbeugung von Rückenerkrankungen tragen zur Budgetaufbesserung bei. Zukunftsmusik ist die Schaffung eines medizinischen Regulationszentrums im Werner-Alfred-Bad. Hierzu werden derzeit mit dem Eigentümer Dirk Onnen Vorgespräche geführt. pee

MAZ, 18.10.2003

2004



Links oben: Siegerplakat von Daniela Jordan
des Wettbewerbs „Alltagsrassismus“
Rechts oben: Zweitplatziertes Plakat von
Sebastian Richter
Links unten: Drittplatziertes Plakat von Anke
Hohmeister

Presse

„Steckbrief im Internet“, MAZ, 10.03.2004 +++ „33 Prozent Mama, 18 Prozent Nazi“, MAZ, 16.03.2004 +++ „Zwei Erben“, PNN, 28.04.2004 +++ „Antirassismus zur Chefsache gemacht“, MAZ, 28.04.2004 +++ „Sich den Neonazis in den Weg stellen“, PNN, 22.10.2004 +++ „Potsdam wehrt sich“, 27.10.2004 +++ „Drei Demonstrationen gegen Rechts“, PNN, 27.10.2004 +++ „Sollte Potsdam zivilen Ungehorsam zeigen?“, PNN, 27.10.2004 +++ „Riesenplakat gegen rechten Aufmarsch“, MAZ, 29.10.2004 +++ „Potsdam trotz den Rechtsextremen“, MAZ, 30.10.2004 +++ „Potsdam „Farbe verleihen“ gegen Rechts“, PNN, 30.10.2004 +++ „Neonazi-Demo! Straßenschlacht in Potsdam“, Bams, 31.10.2004 +++ „Ausschreitungen bei Demo gegen Rechtsextreme“, Tagesspiegel, 31.10.2004 +++ „Ausschreitungen bei Demo gegen Rechten-Aufmarsch“, Berliner Morgenpost, 31.10.2004 +++ „Bärendienst“, MAZ, 01.11.2004 +++ „Brennende Barrikaden“, MAZ, 01.11.2004 +++ „Deutsche, kauft deutsche Bananen“, MAZ, 01.11.2004 +++ „Im Teufelskreis der Gewalt“, MAZ, 01.11.2004 +++ „Nazi-Aufmarsch ins Zentrum verhindert“, ND, 01.11.2004 +++ „No go für Neonazis“, taz, 01.11.2004 +++ „Ziel erreicht“, PNN, 01.11.2004 +++ „Ihr seid schon echte Helden“, MAZ, 02.11.2004 +++ „Ansehen der Stadt geschadet“, Oranienburger Generalanzeiger, 02.11.2004 +++ „Potsdams OB dankt“, Blickpunkt, 06.11.2004 +++ „Flaschen im doppelten Sinne – sind völlig fehl am Platze“, MAZ, 6./7.11.2004 +++ „Keine inhaltliche Auseinandersetzung, nur Krawall im Sinn“, MAZ, 09.11.2004 +++ „Drastische Botschaften“, MAZ, 10.11.2004 +++ „Rechtsradikalismus ist eine Frage von Ängsten“, MAZ, 15.11.2004

27. Januar

6. Sitzung des Bündnisses. Berichte vom Workshop „Alternative Strategien für den Tag X“, vom Stand der Plakataktion „Alltagsrassismus“, über die Förderung durch den Aktionsfonds und die Planungen der internationalen Konferenz im Haus der Jugend zu Chancen und Grenzen lokaler Aktionspläne gegen Diskriminierung und Rassismus am 12. und 13. November.

22. Februar

Ein Vertreter der antirassistischen Initiativen Potsdams bittet um Fortführung des Aktionsfonds als unbürokratische Förderung. Am 9. März gründet sich der „Aktionsfonds für Toleranz und Demokratie Potsdam e.V.“. Auf einem Benefizkonzert werden für den Fonds 600 Euro eingespielt. Bis Februar 2004 werden durch den Aktionsfonds insgesamt 20 Projekte mit einer Summe von 6.450 Euro gefördert.

Anfang März

Berliner und Brandenburger Neonazis veröffentlichen Namen und Adressen „missliebiger“ Personen auf einer „Feindesliste“ im Internet, wovon auch ein Bündnismitglied und weitere engagierte Potsdamer betroffen sind.

15. bis 26. März

Abschluss des Plakatwettbewerbs „Alltagsrassismus“. Mehr als 70 Plakate werden in der Galerie „Schaufenster“ der FH Potsdam ausgestellt. 300 Besucher besuchen die Ausstellung.

23. März

7. Sitzung des Bündnisses. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilt das Bündnis die Bedrohung eines Bündnismitgliedes und engagierter Potsdamer durch Berliner und Brandenburger Neonazis Anfang März. Der Opferperspektive e.V. berichtet in diesem Kontext über seine Arbeit. Der Fraktionsvertreter der PDS wird das Thema mit einem Dringlichkeitsantrag in die SVV einbringen. In der Sitzung wird auf den erfolgreichen Abschluss der Plakataktion „Alltagsrassismus“ hingewiesen. Eine Verteilung der Plakate erfolgt über das Aktionsbündnis Brandenburg, die Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH und den Stadtsportbund Potsdam e.V. Das Bündnis verabschiedet Camino als koordinierendes Mitglied, da eine weitere Förderung aus Bundesmitteln nicht mehr möglich war.

22. April

4. Werkstatt-Konferenz „Auf dem Weg zu Toleranz und Demokratie“ zur Umsetzung des LAP im Kulturhaus Babelsberg.

28. April

Pressekonferenz zur offiziellen Verabschiedung von Camino als Servicestelle für die Umsetzung des LAP. Zum 1. Mai 2004 werden die Aufgaben an die SIKO übertragen.

Juli

Bericht: „Auf den Weg gebracht: für Demokratie und Toleranz. Erfahrungen aus der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie Potsdam 2002 – 2004“; Lehnert, Ester; Siebert, Ingo; Camino, Potsdam 2004.

31. August

8. Sitzung des Bündnisses. Bericht aus der AG „Alternative Strategien gegen rechtsextreme Aufmärsche“. Für den 30. Oktober ist eine NPD-Kundgebung angekündigt. Zur Vorbereitung von entsprechenden Maßnahmen bildet sich aus der vorhandenen Arbeitsgruppe die AG „Kreativer Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen“, um eine gezieltere Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen. In der AG „Verantwortung in der Nachbarschaft“ haben sich drei Schwerpunktgebiete (Schlaatz, Groß Glienicke und Umzug der Gemeinschaftsunterkunft) herausgebildet, zu denen Workshops geplant sind. Der „Aktionsfonds für Toleranz und Demokratie Potsdam e.V.“ berichtet über seine Tätigkeit. Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt am Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“ teil. Das Bündnis begrüßt, dass zahlreiche andere Städte im Land Brandenburg vom Gutscheinsystem für Asylbewerber abgerückt sind. Das Bündnis beschließt nach nunmehr zwei Jahren, den LAP in einem Diskussionsprozess fortzuschreiben und die Einzelmaßnahmen zu prüfen.

7. September

Erstes Treffen der AG „Kreativer Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen“.

30. Oktober

Unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe“ demonstrieren ca. 2.500 Menschen gegen eine rechtsextreme Demonstration des Hamburger Neonazis Christian Worch. Der friedliche Protest wird überschattet von gewaltsamen Übergriffen linksextremistischer und autonomer Demonstranten. Es werden mehrere Polizeibeamte und Protestierende verletzt. Ungeachtet dessen ist es der Landeshauptstadt Potsdam gelungen, die Botschaft, „Faschismus ist keine Weltanschauung sondern ein Verbrechen“ zu vermitteln.

9. November bis 7. Dezember

Ausstellung der 24 Siegerplakate des Wettbewerbes „Alltagsrassismus“ im Stadthaus Potsdam im Empfangsbereich des Oberbürgermeisters.

30. November

9. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis prüft die ersten zehn Maßnahmen des LAP hinsichtlich ihres Umsetzungsstandes. Diese befassen sich mit der Unterwanderung und Dominanz Rechtsextremer im öffentlichen Raum und Einrichtungen sowie der Stärkung demokratischer Potenziale in nicht rechtsextrem-orientierten Jugendgruppen. Zur Unterstützung der Potsdamer Jugendhilfeträger in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Maßnahmen 1 und 5)

verzeichnet das Jugendamt eine Schwerpunktverlagerung hin zur Gewaltprävention, eines Fortbildungsbedarfs und notwendiger Konfliktmoderationen. Ein Sicherheitskonzept für den ÖPNV (Maßnahme 2) wurde erarbeitet und fortgeschrieben. Die Informationsbroschüren „Recht gegen Rechts“ und „Strategien moderner Formen des Rechtsextremismus“ von Camino (Maßnahme 6) fanden weite Verbreitung u.a. unter Schülern und Lehrern. Die Entfaltungsmöglichkeit für die nicht rechtsextreme Jugendkultur (Maßnahme 7) zu fördern, wird durch die RAK unterstützt. Selbstverantwortlich geleitete Jugendclubs zu stärken (Maßnahme 8) erfolgt in Absprache zwischen dem Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam und dem Stadtjugendring Potsdam e.V.. Ein Bedarf zur Schaffung von Räumen als Rückzugsmöglichkeit für Jugendliche in Schulen wird zu dieser Zeit nicht erkannt (Maßnahme 9). Gemeinsame Aktionen verschiedener Jugendzonen zu fördern (Maßnahme 10), wie zum Beispiel das antirassistische Fußballfest „Der Ball ist bunt“.

Das Bündnis wertet den Protest der Potsdamer gegen die rechtsextreme Kundgebung vom 30. Oktober aus. Besonders der frühzeitige Beginn der Vorbereitungen und die breite Basis von Unterstützern werden als wichtige Voraussetzung für den Erfolg gewertet. Das Bündnis distanziert sich klar von jeglicher Gewalt. Eine offene Frage bleibt, durch welche Protestformen die Potsdamer möglichst zahlreich angesprochen werden können.

Mitglieder des Bündnisses	
AG Antirassismus des AStA der Universität Potsdam	Lösungsweg e.V.
Aktionsfonds für Toleranz und Demokratie Potsdam e.V.	MBT
Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Potsdam	Opferperspektive e.V.
DGB Region Mark Brandenburg	Polizeipräsidium Potsdam - Schutzbereich Potsdam
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	Camino
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	SIKO
Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam	Stadtsporthbund Potsdam e.V.



Sonderpreis des Oberbürgermeisters für Ramona Unguranowitsch

Aktionen der Bündnismitglieder	
15.1.	Workshop „Alternative Strategien für den Tag X“ mit 20 Akteuren aus Potsdam, darunter zahlreiche Bündnismitglieder, zu Grundsatzfragen, Rahmenbedingungen und konkreten Aktionsvorschlägen gegen rechtsextreme Aktionen unter Leitung des MBT. Es gründet sich die AG „Alternative Strategien gegen rechtsextreme Aufmärsche“.
31.3.	Die Fraktionen der SVV der Landeshauptstadt Potsdam erklären den Angriff auf ein Mitglied des Bündnisses zu einem Angriff auf den sozialen Frieden in der Stadt. Derartige Angriffe werden nicht geduldet (Beschluss 04/SVV/0296).
30.4.	„Rechts abbiegen verboten - Festival gegen Rassismus“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit mehr als 2.000 Besuchern.
28.5.	Camino übernimmt in Trägerschaft das Nachbarschaftsprojekt für Toleranz und Demokratie, welches bis April 2005 vorgesehen ist. Ziel ist es, gemeinsam mit Multiplikatoren und Bewohnern in Potsdamer Stadtteilen eine aktive und tolerante Nachbarschaftskultur zu entwickeln. In das Projekt einbezogen sind der Schlaatz, Groß Glienicke und die Gemeinschaftsunterkunft im Lerchensteig.
3.6.	Perspektivenwerkstatt „Verantwortung für Toleranz und Demokratie in der Nachbarschaft“ im Rahmen des durch CIVITAS geförderten Nachbarschaftsprojektes für Toleranz und Demokratie aus organisiert von Camino und der Ausländerbeauftragten. Es beteiligen sich etwa 15 Vertreter lokaler Organisationen an dieser Veranstaltung im Stadthaus.
23.9. bis 2.10.	Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in Potsdam unter dem Motto „Integrieren statt ignorieren“.
12. bis 13.11.	Camino und die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung veranstalten eine internationale Tagung zum Thema „Lokale Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Prag-Wien-Triest-Potsdam“ im Haus der Jugend mit etwa 20 Teilnehmern.

33 Prozent Mama, 18 Prozent Nazi

Ausstellung zum Thema Alltagsrassismus eröffnet

INNENSTADT ■ Ein Baby, das mit einem Hakenkreuz spielt. Daneben der Spruch: „Heute ist es ein Spiel...und morgen?“ Der rote Brandenburger Adler, dessen geschwungener Flügel zur kantigen, schwarzen Schwinge des Nazigreifs mutiert. Dazu der Kommentar: „Kampf der brandenburgischen Vogelgrippe.“ Kein Zweifel, die Plakate provozieren. Und das sollen sie auch.

„Alltagsrassismus“ heißt das Thema der Ausstellung, die gestern in den Räumen des früheren Intersport-Geschäfts in der Friedrich-Ebert-Straße eröffnet wurde. Ein Semester lang beschäftigten sich Design-Studenten der Potsdamer Fachhochschule im Rahmen eines Plakatwettbewerbs unter Anleitung von Professor Lex Drewinski mit dem The-

ma. Das Ergebnis sind mehr als 70 verschiedene Entwürfe, die alle noch bis zum 26. März in der Ausstellung gezeigt werden. Oberbürgermeister Jann Jakobs war von den Arbeiten so angetan, dass er spontan anbot, die Plakate nach dem Ende der Schau in den Fluren des Stadthauses aufzuhängen. Stoff zum Nachdenken für die Wartenden im Bürgerservice.

Aufgerufen zu dem Wettbewerb hatte die Servicestelle Aktionsplan Potsdam. Der DGB Berlin-Brandenburg sponserte die Preisgelder. Jakobs lobte einen Sonderpreis für die beste Plakaterie aus. Die drei Siegerplakate wurden in einer Auflage von mehreren Hundert gedruckt und sollen demnächst im Stadtbild zu sehen sein.

Zur Gewinnerin des Wettbewerbs kürte die funfköpfige Ju-

ry Daniela Jordan. Auf einem ihrer insgesamt vier Entwürfe zeigt sie eine Frau, die in die Kamera lacht. Daneben steht: „49 Prozent Orchideenzüchterin, 33 Prozent Mama, 18 Prozent Nazi“. Die anderen sind ähnlich gelagert. „Auch in sympathischen Menschen stecken Vorurteile“, kommentierte Jordan ihre Arbeit und damit zugleich den Ansatz der Ausstellung. „Alltagsrassismus fängt in den Köpfen an“, so Esther Lehnert von der Servicestelle Aktionsplan.

Das größte Lob spendete der Präsident der Region Lambayeque in Peru, Yehude Simon Munaro. Er will die Aktion in seinem Heimatland wiederholen. „Bei uns leben Weiße, Indios und Gelbe“, sagte er, „und wir sind trotzdem ein rassistisches Land.“ ppe

Antirassismus zur Chefsache gemacht

MAZ Servicestelle beendet ihre Arbeit

Die von der Stadt und der Camino gGmbH vor zwei Jahren gegründete Servicestelle gegen rechte Gewalt stellt ihre Arbeit ein. Die Förderung läuft aus. Mit jährlich 40 000 Euro hat das Bundesprogramm Entimon zwei Halbtagsstellen und eine studentische Hilfskraft finanziert, die die Aktivitäten von 80 Vereinen und Einrichtungen, die sich in Potsdam gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt einsetzen, koordinierten. Man habe sich als unabhängiger Berater gesehen, erklärte Servicestellen-Mitarbeiterin Esther Lehnert. Gestern dankte Oberbürgermeister Jann Jakobs ihr und Ingo Siebert. Jakobs erinnerte an den Anschlag auf den jüdischen Friedhof 2001 und an den lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz, den die Stadtverordneten zu erarbeiten beschlossen hatten. Es sei damals sehr wohl diskutiert worden, ob sich ein solcher Plan für eine Stadt empfiehlt. In der weit weniger Übergriffe als anderswo zu verzeichnen sind. Die Entscheidung war richtig, so Jakobs. Die Öffentlichkeit sei für Themen wie Rassismus und rechte Gewalt sensibilisiert; immer wieder hat sie Stellung bezogen. Das sei auch ein Verdienst der Servicestelle.

In Potsdam kann man über Rechtsextremismus diskutieren, „ohne gleich als Nestbeschmutzer dazustehen“, erklärte Siebert. Das sei belleibte nicht in allen Städten so. Pots-

dam demonstriere politischen Willen. Man spüre, dass nicht nur Initiativen und Einrichtungen wie Schulen, Jugendhilfe und Sport, Antifa, Hochschulen und Wohnungsfirmen, sondern auch Oberbürgermeister und Fraktionen die Angelegenheit zur Chefsache gemacht haben, so Siebert. Das müsse beibehalten werden. Das Ringen um ein demokratisches, welt-offenes Klima brauche langen Atem; Feuerwehractionen helfen wenig, so Lehnert. Ihrer Einschätzung nach ist Alltagsrassismus auch in Potsdam präsent. „Die Stadt macht da keine Ausnahme.“

Beendet die Servicestelle ihre Arbeit, übernehmen andere Einrichtungen die Aufgaben. Die Sicherheitskonferenz der Stadt koordiniert künftig die Initiativen in Potsdam, auch das Jugendamt wird eingebunden, sagte Jakobs. Der Bereich analysiere derzeit in einer Umfrage, wie sich Rechtsextremismus heute in Jugendklubs darstellt, sagte Jugendamtsleiter Norbert Schweers. Die rechte Szene habe sich gewandelt und weitgehend aus den Jugendklubs zurückgezogen.

Die finanzielle Hilfe für Projekte liegt künftig in den Händen eines Bürgervereins, der den Aktionsfonds für Toleranz und Demokratie verwaltet. Mit 3200 Euro daraus hatte die Servicestelle bislang 20 Projekte unterstützt. Nach einem Benefizkonzert beläuft sich der Etat jetzt auf 600 Euro. C.B.

MAZ, 28.04.2004

Zwei Erben

CARSTEN BÖTTCHER MAZ

Das Camino-Projekt ist beendet, doch die Koordinierungsstelle für Toleranz und Demokratie und gegen Gewalt hat Erben. Zum einen soll die Sicherheitskonferenz der Stadt (Siko) Camino-Aufgaben fortführen. Zum anderen tagt der Beirat gegen Rechtsextremismus, dem neben Oberbürgermeister und Fraktionen auch linke Gruppen, AStA der Uni und andere angehören, weiter. Zu viel des Guten? Mitnichten. Denn beide Gremien ergänzen sich. Dass die Siko Polizei und Ordnungsamt in ihre Arbeit einbezieht, liegt nahe: dass sich im Umkehrschluss das linksalternative Spektrum ausklammert, muss man zur Kenntnis nehmen. Dennoch gehören diese meist jungen Leute zur Bürgerschaft, die sich gegen rechte Gewalt einsetzt. Der Beirat bietet hierfür ein Forum. Die Teilnehmer stellen politische Differenzen zurück und finden auf kleinem Nenner eine Basis gemeinsamen Handelns. Immer wieder ist in diesem Kontext von gewachsenen Vertrauen die Rede. Wie das Doppel Siko und Beirat funktionieren kann, zeigt ein Zusammenwirken auf völlig anderem Gebiet: bei der Drogenprävention. Infraktionen der Polizei in Klubs und Schulen sind nötig. Das vertrauliche Gespräch mit „nicht-behördlichen“ Beratern, etwa von Chill out, auch.

PNN, 28.04.2004

Farbe bekennen

SABINE SCHICKETANZ
über den Umgang mit Rechtsextremisten
PNN 9.10.04

Am 30. Oktober wollen die Rechten durch Potsdam ziehen. Dagegen muss die Stadt sich wehren. Deshalb ist es richtig, dass sich die Sicherheitskonferenz über Maßnahmen verständigt. Allerdings darf es nicht bei einer „einfachen“ Gegendemonstration, die vor allem bei den sehr politischen, linksgerichteten jungen Menschen Zuspruch finden wird, bleiben. Potsdam hat bereits eine Kampagne gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gestartet. „Potsdam bekennet Farbe“ heißt sie, doch sie ist in letzter Zeit ein wenig zu kurz gekommen. Jetzt aber müssen die bereits aufgenommenen Kontakte schnellstmöglich wieder funktionieren.

mehr denn je müssen neue Wege im Kampf gegen Rechts gefunden werden – denn die rechtsextremen Parteien gewinnen an Boden. Nach den Wahlerfolgen von NPD und DVD in Sachsen und Brandenburg muss auch in Potsdam die Auseinandersetzung mit den Rechten gesucht werden. Sie müssen mit Information und Argumentation demaskiert werden. Die Augen vor ihnen zu verschließen, wie es oft geschieht, ist zwar einfacher, aber gefährlich. Denn nur weil man sie nicht sehen will, verschwinden sie bekanntlich nicht. Eine Gegendemonstration am 30. Oktober ist ein wichtiges Signal – es darf jedoch nicht allein bleiben.

PNN, 09.10.2004

Drei Demonstrationen gegen Rechts

Neben Aktionsbündnis auch „solid“ und AG Antirassismus mit Demos aktiv / Schönbohm gegen Gewalt

Insgesamt drei Demonstrationen gegen den Aufmarsch von Rechtsradikalen am Sonnabend, dem 30. Oktober, in Potsdam sind bisher angemeldet und von der Polizei genehmigt worden. Das bestätigte Rudi Sonntag, Pressesprecher des Polizeipräsidiums Potsdam, gestern den PNN. Neben der großen Gegendemonstration der Stadtverwaltung und des Potsdamer Aktionsbündnisses von 24 Vertretern von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen und Bürgerinitiativen unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe!“, wollen die linksorientierte Gruppe „solid“ und die Arbeitsgemeinschaft Antirassismus mit eigenen Aktionen gegen die Rechtsextremen mobil machen. Doch bis

einschließlich Donnerstagsnachmittag besteht noch die Frist zur Anmeldung von weiteren Gegendemonstrationen, wie Sonntag erklärte.

Die Demonstration unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe!“ soll am Sonnabend um 12.30 Uhr am Platz der Einheit starten und durch die Friedrich-Ebert-Straße bis zur Breiten Straße und von dort über die Dorfstraße bis zur Charlottensraße führen. Die „solid“ hat um 11 Uhr eine Kundgebung am Glockenspiel geplant, die AG Antirassismus will an der Breiten Straße aktiv werden.

Die Stadtverwaltung und das Potsdamer Aktionsbündnis haben in der Vergangenheit immer wieder für einen Gewalt-

verzicht bei den geplanten Gegendemonstrationen plädiert. Dem Gewalt würde nur den Neonazis ein Christian Worch in die Hände spielen. Zu Besonnenheit bei den Protesten mahnt auch Innenminister Jörg Schönbohm (CDU).

Nach gewalttätigen Zwischenfällen am Rande eines NPD-Aufmarsches am vergangenen Wochenende in Hannover betont Schönbohm: „Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ist inakzeptabel.“ Derartige Ausschreitungen würden auch die Polizeibeamten vor Ort in eine „innere Konfliktlage“ bringen. „Denn die Beamten sind rechtlich verpflichtet, die Teilnehmer einer genehmigten Demonstration gegen etwaige An-

griffe zu schützen“, erklärt Schönbohm in seiner Pressemitteilung. Doch werde die Polizei alle ihnen gegebenen Möglichkeiten ausschöpfen, „um den Rechtsextremisten möglichst wenig Raum zu lassen“.

Die Demonstration unter dem Motto „Gegen Hetze und Terror von Links“, die vom bekannten Hamburger Neonazi Christian Worch angemeldet wurde, soll am Sonnabend um 12 Uhr am Potsdamer Hauptbahnhof beginnen. Neben regionalen Kameradschaften hat auch die rechtsgerichtete Organisation „Militärischer Helmschutz“ unter Gerdem Reinhold zu diesem Aufmarsch aufgerufen. Die geplante Route soll durch die Innenstadt zum Platz der Einheit führen. **DINA BUCARIS**

PNN, 27.10.2004

Riesenplakat gegen rechten Aufmarsch

Mehr als 80 Initiativen unterstützen Gegendemonstration / Poster zum Selbstgestalten

Bereits mehr als 80 Einrichtungen und Initiativen tragen den Aufruf gegen den rechten Aufmarsch am Samstag mit. Auch aus Berlin und Bernau lagen Unterstützungsangebote vor – ein Novum bei einer solchen Veranstaltung, so Oberbürgermeister Jann Jakobs gestern. Bis heute Mittag können sich Mäunterzeichner noch unter ☎ 289 34 23 melden. Eben-

falls bis heute, 14 Uhr, liegen im Stadthaus (F. Ebert-Straße, Raum 120) Plakat-„Rohlinge“ bereit, auf denen Poster gegen den Aufmarsch der Rechten entworfen werden können. Die „Rohlinge“ in den Formaten A3 und A0 tragen unten den Schriftzug „Potsdam bekennt Farbe“. Die gestalteten Poster dürfen an den Laternen im Stadtgebiet befestigt, muss-

ten aber am Sonntag selbstständig wieder abgenommen werden, so Jakobs. „Faschismus ist keine Weltanschauung, sondern ein Verbrechen“, lautet der Text eines 16-Quadratmeter-Transparentes, mit dem Potsdam den Aufmarsch am Bahnhof in Empfang nimmt. Kreativität sollte in jedem Falle Vorrang haben vor gewaltsamer Auseinander-

setzung, betonte Jakobs. Neben der von der Stadt angemeldeten Demonstration hat die Polizei zwei weitere Gegenveranstaltungen von den linken Gruppen Solid und AG Antirassismus genehmigt, so das Präsidium gestern. **C.F.**

Die Gegendemonstration beginnt 12.30 Uhr auf dem Pl. d. Einheit und führt über Breite, Dorf- und Charlottenstraße.

MAZ, 29.10.2004

Potsdam trotz den Rechtsextremen

Vier Demonstrationen mit etwa 2000 Teilnehmern gegen Neonazi-Aufmarsch

POTSDAM ■ Mit vier Demonstrationen wendet sich Potsdam heute gegen einen Aufmarsch von Neonazis. Das „Linke Bündnis Potsdam“, ein Zusammenschluss mehrerer Gruppen, ruft zu einer Kundgebung auf. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und Bürgerinitiativen laden ebenfalls zu einer Gegendemonstration ein. Die vorwiegend studentische „AG Anti-

Rassismus“ will auch demonstrieren. Außerdem veranstaltet eine Projektgruppe entlang der Strecke des Nazi-Aufmarsches „kreative Aktionen“.

Insgesamt erwartet die Polizei etwa 2000 Teilnehmer. Sie will auf die zu erwartenden Proteste mit einem Großaufgebot an Einsatzkräften reagieren, die auch aus anderen Bundesländern angefordert wurden. Kürzlich hatte es in Han-

nover bei gewaltsamen Protesten gegen eine NPD-Veranstaltung Verletzte gegeben.

Der Aufmarsch der Neonazis, zu dem laut Polizei etwa 200 Neonazis erwartet werden, und für den strenge Auflagen verhängt wurden, soll um 12 Uhr vom Hauptbahnhof in die Innenstadt führen. Um dagegen Position zu beziehen, findet um 11 Uhr am Glockenspiel, dem symbolträchtigen

Standort der ehemaligen Garnisonkirche, die Kundgebung des „Linken Bündnisses Potsdam“ statt. Die Aktion von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen und Bürgerinitiativen steht unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe!“ Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“. Beginn ist um 12.30 Uhr auf dem Platz der Einheit. **dap/MAZ**

MAZ, 30.10.2004

ATLAS

Ziel erreicht

DIRK BECKER über die Wirkung der Ausschreitungen bei der Nazidemo

Besser hätte es für den Neonazi Christian Worch und seine knapp 300 Getreuen nicht kommen können. „Gegen Hetze und Terror von Links“ lautete das fadenscheinige Motto ihrer Demonstration. Durch die Innenstadt Potsdams wollten sie marschieren und ihre Parolen grölen. Soweit kam es nicht. Gut 1 000 Gegendemonstranten belagerten die Lange

Brücke, ein Durchkommen war nicht mehr möglich. Doch dass es bei dieser Aktion nicht allein gegen die Nazis ging, zeigten sehr bald die knapp 500 gewaltbereiten Autonomen. Erst flogen Schimpfworte gegen Polizisten, dann Flaschen und Steine. Die Polizei war von der Besetzung der Langen Brücke überrascht. Bevor

überhaupt nur eine Flasche flog war der Einsatzleitung klar, dass die Rechten nicht durch die Innenstadt sondern auf einer alternativen Route marschieren müssen. Die Präsenz der 1000 Gegendemonstranten, die Bereitschaft zu Gesprächen und Verhandlungen mit der Polizei, das eindeutige Zeichen gewaltfrei zu bleiben, hätte weit mehr erreichen können als die fliegenden Steine, brennenden Müllcontainer und eingeworfenen Scheiben. So konnten Worch und Kameraden, getragen durch die Bilder der Randalie, bis in die Tagesschau marschieren und sich genau so präsentieren, wie gewollt: Nicht als Täter, sondern als Opfer.

PNN, 01.11.2004

BärenDienst

STEPHAN BREIDING

Es ging auch anders. Das zeigten die zahlreichen Demonstranten, die am Samstag friedlich und teils äußerst phantasievoll gegen den Neonazi-Aufmarsch in der Landeshauptstadt protestierten. Doch die Schlagzeilen beherrschten die militanten Gegendemonstranten, die sich erbitterte Straßenschlachten mit der Polizei lieferten. Mit ihrer Gewaltbereitschaft verdrängten sie sogar die Rechtsextremen samt deren braune Parolen aus der öffentlichen Wahrnehmung: Die Skinheads marschierten unbehelligt durch Babelsberg – und

nähezu unbeachtet von den Medien. Dem Kampf gegen den Rechtsextremismus haben die Randalierer einen BärenDienst erwiesen. Sie haben der Öffentlichkeit mit brennenden Barrikaden und Stein-Attacken die Frätze der Gewalt gezeigt und den Rechtsextremen damit ermöglicht, sich im Vergleich dazu als friedliche und harmlose Saubermänner zu präsentieren. So bekämpft man den Rechtsextremismus nicht – so macht man ihn hoffähig.

MAZ, 01.11.2004

No go für Neonazis

4.000 Demonstranten protestierten am Samstag gegen Neonazis. Dabei brannten auch Müllcontainer und Barris.

Es waren die schwersten Ausschreitungen, die Potsdam in jüngerer Zeit erlebt hat. Rund 1.000 linke Demonstranten lieferten sich am Samstag eine mindestens einstündige Straßenschlacht mit der Polizei. Die Auseinandersetzungen waren so heftig, dass der Einsatzleitung nichts anderes übrig blieb, als die Nazi-Route vom Bahnhof aus umzulenken. Die Neonazis mussten mit Babelsberg vorlieb nehmen.

Damit scheint sich zu bestätigen, wovon der sächsische Verfassungsschutz seit dem Wahlerfolg der rechtsextremen NPD warnt: dass nämlich mit einer neuen Gewaltwelle von links zu rechnen ist. Sowohl in Leipzig als auch vor einer Woche in Hannover kam es bei Nazi-Aufmärschen zu Straßenschlachten zwischen Linken und der Polizei.

In Potsdam begannen die Krawalle, als ein linker Demozug die Lange Brücke vor der Potsdamer Innenstadt blockierte. Kurz bevor die ersten Wasserwerfer an-

rückten, hagelte es bereits Steine und Flaschen. Zwar gelang es den Einsatzkräften, die Brücke unter ihre Kontrolle zu bringen. Doch wenig später brannten in der Potsdamer Innenstadt die Barrikaden und Müllcontainer. Nur auf der parallel stattfindenden Gegendemo des Aktionsbündnisses gegen rechts, an der neben 3.000 Nazi-Gegnern auch Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck teilnahm, blieb es ruhig.

Ob jetzt aber tatsächlich von einer neuen „Gewaltwelle“ zu reden ist, bleibt abzuwarten. Antifas feiern zumindest ihren Erfolg und fühlen sich in ihrer Strategie bestätigt: Denn die Polizei ließ, wie schon am 1. Mai in Berlin, den rechten Aufmarsch erst umleiten, als es knallte. Nächste Anlässe stehen auch schon an: Neonazis wollen am 13. November im brandenburgischen Halbe marschieren und am 4. Dezember in Berlin-Treptow Antifas rufen bereits zum Gegenprotest auf.

FELIX LEE

taz, 01.11.2004

„Ihr seid schon echte Helden“

Die Linke ist sauer auf Randal-Touristen / OB dankt für friedlichen Protest

ROBERT RUDOLF

INNENSTADT ■ Katerstim-
mung noch gestern bei den lin-
ken Demonstranten, die sich
am Sonnabend friedlich dem
Zug der Neonazis auf der Lan-
gen Brücke entgegengestellt
hatten. Immerhin, die De-
monstration der Rechtsex-
tremen durch die Innenstadt
habe man verhin-
dern können,
nannten Vertreter
von Asta, PDS-Ju-
gend, Jusos und
Bündnisgrünen
gestern als die Ha-
ben-Seite.

Einheitlich verur-
teilten sie die
vom so genann-
ten „Schwarzen
Block“ ausge-
hende Gewalt.
Die traurige Bil-
lanz des Tages:
18 verletzte Poli-
zisten. Dazu ka-
men Sachschä-
den: Sieben große
Blumenkübel
und zehn Zaun-
teile wurden im
Lustgarten be-
schädigt, sagte
Andreas Wan-
dersleben, Spre-
cher des Entwick-
lungsträgers Born-

stedter Feld. Glasscheiben in
der Breiten Straße klirrten.
Der Step entstanden durch
zerstörte Container und die Besel-
tigung von zwei Tonnen Müll
Kosten von mehreren Taus-
send Euro Unkosten.

Marek Schaller, stellvertre-
tender Vorsitzender der Pots-
damer Jusos, reagierte mit Un-
verständnis auf die Steinewer-
fer: Diese hätten den Rechtsex-
tremen Christian Worch und
seinen Anhang überhaupt
„erst in die Nachrichten ge-

bracht“. Anders als das De-
monstrationsbündnis „Pots-
dam bekennt Farbe“, das der
Konfrontation mit den Rechts-
extremen bewusst aus dem
Weg gegangen war, wollte
sich Schaller mit anderen Pots-
damer Jusos dem Zug entge-
genstellen. Im Rückblick kon-
statierte er, dass das Bündnis
„ja nun recht gehabt hat“. Die

zur Kompensation von Lange-
weile und Frust genutzt wer-
den, dieser linke Nihilismus
ist Brandenburg genauso ab-
träglich wie völkischer Natio-
nalismus.“

Für den Landesvorsitzen-
den der PDS-Jugend „Solid“,
Robert Wollenberg, handelte
es sich bei den Randalierern
um „Krawall-Touristen“, auf

nehmer mit Namen „Malk“
entgegnet: „Ihr Krawallbrüder
seid schon echte Antifaschis-
ten, echte Helden! (...) Schade
dass nicht hart genug gegen
Straftäter wie euch durchge-
griffen wird.“

Oberbürgermeister Jann Ja-
kobs (SPD) dankte gestern all
jenen, „die am Samstag fried-
lich und mit vielen guten

Pressesprecherin des Kreisver-
bandes der Bündnisgrünen,
Katrin Voiland, widerspricht
dem: „Es war unglücklich,
dass sich die Demonstrationen
geteilt haben.“ Hätten sich
mehr „Bürger“ den Rechtsex-
tremen entgegenstellt, dann
wäre die Gewaltbereitschaft
der Randalierer geringer ausge-
fallen, so ihre Einschätzung.
Sie verteidigte in einer Presse-
erklärung das Gewaltmonopol
des Staates und erklärte: „De-
monstrationen dürfen nicht

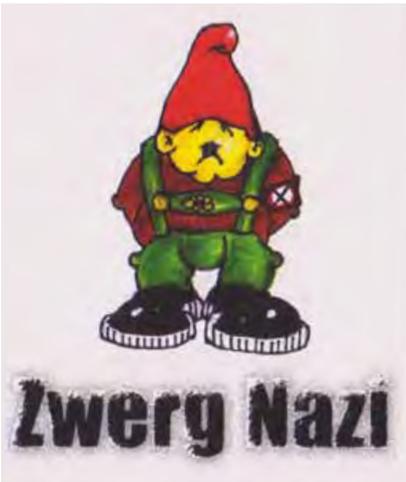
die aus der linken Szene „viele
Leute wirklich sauer“ seien.
Das spiegelt sich mittlerweile
auch in den Auseinandersetz-
ungen im Internet wieder.
Auf einer Plattform namens
„Infotrio“ prahlte jemand unter
dem Namen „pdmwestrulez“
im Diskussionsforum: „Es war
an der Zeit, dieser Stadt und
den Nazis zu zeigen, was wir
können! Das bleibt den Fas-
chos, ob grün oder braun, im
Kopf, und das ist richtig so.“
Ein anderer Diskussteil-

Ideen gegen die Zusammenrot-
tung von Neonazis in unserer
Stadt protestiert haben“. Auch
Jakobs sprach von Kra-
wall-Touristen, die dem ge-
meinsamen Anliegen „für To-
leranz, Gewaltfreiheit und ein
friedliches Miteinander einzu-
stehen“ Schaden zugefügt hät-
ten. „Sie spielen den Neonazis
in die Hände“, sagte Jakobs.

Sicherheitskräfte räumten
gestern ein, die Einsatzlage
vorab falsch eingeschätzt zu
haben.

→ 1 und 5

2005



Oben: Sichtbare Zeichen des Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“
 Unten: Postkarte für die Demo „Potsdam bekennt Farbe“ am 5. November

Presse

„Jegliche Gewalt wird nicht toleriert“, MAZ, 24.06.2005 +++ „Chamäleon gegen Gewalteskalation“, MAZ, 29.06.2005 +++ „Beirat begrüßt verstärkte Polizeipräsenz“, MAZ, 08.07.2005 +++ „Friedlich widerstehen“, PNN, 02.07.2005 +++ „Haftbefehle nach Überfall in Potsdam“, MAZ, 07.07.2005 +++ „Gewalt nicht tolerieren“, PNN, 07.07.2005 +++ „Jede gewaltfreie Reaktion wird begrüßt“, Pams, 10.07.2005 +++ „Erneut Prügelei in Potsdam“, MAZ, 16./17.07.2005 +++ „Gemeinsame Aktionen gegen Neonazi-Aufmarsch“, Blickpunkt, 01.10.2005 +++ „Bündnis gegen Nazi-Aufmarsch“, PNN, 03.11.2005 +++ „Jakobs: ‚Kein Platz für Rechte‘“, MAZ, 04.11.2005 +++ „Potsdam zeigt Farbe gegen Nazi-Demo“, MAZ, 04.11.2005 +++ „Ziviler Ungehorsam verhindert Nazi-Demo“, Pams, 06.11.2005 +++ „Naziaufmarsch verhindert: Lob für Demo-Konzept“, MAZ, 06.11.2005 +++ „Erfolgsmodell Potsdam“, MAZ, 07.11.2005 +++ „Potsdam bremst Worch aus“, MAZ, 07.11.2005 +++ „Rechtsextreme in der Klemme“, MAZ, 07.11.2005 +++ „Jakobs ruft zur Halbe-Fahrt“, MAZ, 08.11.2005 +++ „Abfuhr für Neonazis“, Der Potsdamer, 09.11.2005

1. März

10. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis prüft die Maßnahmen 11 bis 19 hinsichtlich ihres Umsetzungsstandes. Diese sind Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Ausmaß und die Folgen von Formen der Diskriminierung und des Rechtsextremismus. Informationsmaterial, Veranstaltungen, Projekte, Trainings, Wettbewerbe und Fortbildungen sollen organisiert werden. Das Konzept für den Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam wird durch den Migrantenbeirat präsentiert. Die Verleihung des Integrationspreises basiert auf einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (05/SVV/0011).

21. Juni

11. Sitzung des Bündnisses. Der Aktionsfonds e.V. berichtet über die getätigten Projektförderungen. JeP e.V. stellt sich dem Bündnis vor. Ein Vertreter der Bundeswehr erörtert das Thema Rechtsextremismus in der Bundeswehr.

27. Juni

Außerordentliche Sitzung des Bündnisses. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Brandenburg, Chamäleon, Treffpunkt Fahrland e.V. und Stadtjugendring Potsdam e.V. behandelt das Bündnis die verstärkt zu beobachtenden politisch motivierten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen linken und rechtsradikalen Jugendlichen. Strategien der Deeskalation zu stärken, verbesserte Kommunikation, funktionsfähige und schnelle Informationskanäle und den Ausbau der Netzwerkstruktur zu forcieren, ergeben sich als zentrale Aufgaben für das Bündnis.

7. Juli

Außerordentliche Sitzung des Bündnisses. Nach einem Überfall einer 15-köpfigen rechtsextremen Gruppe auf zwei Jugendliche am 3. Juli diskutiert das Bündnis gemeinsam mit dem Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen e.V. dieses Thema. Das Bündnis betont seine Rolle als Multiplikator, der vermittelnd reagiert, zur Deeskalation beiträgt und gewaltfreie Maßnahmen gegen rechtsextreme Gewalt fördert. Die zunehmende rechtsextreme Gewalt betrachtet das Bündnis als Angriff auf das demokratische Stadtklima. Der Oberbürgermeister informiert, dass anlässlich des Terroranschlages in London eine Andacht in der Potsdamer Friedenskirche stattfindet.

7. September

12. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis wertet die Maßnahmen 21 bis 40 des LAP aus und beschließt, einen Jahresbericht zu erstellen. Die Maßnahmen umfassen die Förderung von Begegnungen und Kontakten zur Bewältigung des Alltages von Menschen mit Migrationshintergrund, zur Entsolidarisierung mit Tätern, öffentliches Zeigen von Zivilcourage und der Veränderung struktureller Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Das Fachgremium JUTA des Diakonischen Werkes Potsdam e.V. wird Bündnismitglied. Das Bündnis thematisiert die von Neonazi Christian Worch geplante Demonstration und die aggressive Werbung der NPD an Schulen. Weiteres Thema ist erneut die Situation gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen

rechtsextremen und linken Gruppen. JeP e.V. berichtet über die Veranstaltungsreihe „Deeskalationsstrategien gegen rechte Gewalt – Couragiert und engagiert gegen Neonazis – ohne Gewalt“. Die Interkulturelle Woche wird durch die Ausländerbeauftragte vorgestellt.

21. September

Erweiterte Bündnissitzung. Das Bündnis bespricht mit Partnern die Koordination des Aktionstages gegen die geplante NPD-Demonstration am 5. November.

19. Oktober

Erweiterte Bündnissitzung. Weitere Koordination des Aktionstages zur geplanten rechtsextremen Demonstration am 5. November. Verabschiedung des Aufrufes „Gegen braune Parolen und rechtes Gedankengut – für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“. Die AG „Kreative Aktionsformen gegen rechtsextreme Demonstrationen“ berichtet.

1. November

Erweiterte Bündnissitzung. Das Bündnis und die zivilgesellschaftlichen Akteure und Organisationen der Landeshauptstadt Potsdam treffen letzte Absprachen für ihren Aktionstag gegen die rechtsextreme Demonstration.

5. November

Unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“ stellen sich vom Luisenplatz ausgehend etwa 3.000 Protestierende gegen die Demonstration des Hamburger Neonazis Christian Worch am Schillerplatz nahe dem Bahnhof Charlottenhof.

23. November

Erweiterte Bündnissitzung. Auswertung des 5. Novembers als Aktionstag mit einem gelungenen gewaltfreien Unterbinden der rechtsextremen Demonstration. Im Zuge anstehender Prozesse gegen die rechtsextremen Täter des gewaltsamen Übergriffes auf linke Jugendliche vom 3. Juli bereitet das Bündnis die Prozessbegleitung für die Opfer vor.

20. Dezember

Beginn des „Tram-Prozesses“ gegen die rechtsextremen Gewalttäter des Übergriffes auf zwei Jugendliche aus der linksalternativen Szene vom 3. Juli. Mitglieder des Bündnisses nehmen als Beobachter und aus Solidarität mit den Opfern an den einzelnen Prozessstagen teil.

Mitglieder des Bündnisses	
AG Antirassismus des AStA der Universität Potsdam	JUTA des Diakonischen Werkes e.V.
Aktionsfonds für Toleranz und Demokratie Potsdam e.V.	Lösungsweg e.V.
Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam	MBT
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
DGB Region Mark Brandenburg	Opferperspektive e.V.
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam – Ausländerseelsorge	Polizeipräsidium Potsdam - Schutzbereich Potsdam
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	SIKO
JeP e.V.	Stadtsportbund Potsdam e.V.
Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam	

Aktionen der Bündnismitglieder	
30.4.	„Rhythm Against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit mehr als 2.800 Besuchern.
28.4.	Perspektivwerkstatt von Camino zum Thema „Verantwortung für Demokratie und Toleranz in der Nachbarschaft“.
28.6.	„Zurück zu einer gesamtgesellschaftlichen Analyse und einem zielführenden Diskurs“ - Pressekonferenz des Chamäleon e.V. und des JeP e.V., moderiert vom MBT.
7.7.	Anlässlich eines Terroranschlages in London nehmen Mitglieder des Bündnisses an der Andacht in der Potsdamer Friedenskirche teil.
22., 29.7., 12.8.	JeP e.V. führt die Veranstaltungsreihe „Deeskalationsstrategien gegen rechte Gewalt – Couragiert und engagiert gegen Neonazis – ohne Gewalt“ mit 20 Jugendlichen durch.
22.9. bis 30.9.	Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in der Landeshauptstadt Potsdam unter dem Motto „Miteinander Zusammenleben gestalten“.
22.9.	Im Rahmen der Interkulturellen Woche verleiht die Landeshauptstadt Potsdam zum ersten Mal den Integrationspreis.
12.11.	„Tag des Gedenkens und der Versöhnung“ auf dem Soldatenfriedhof in Halbe zum Volkstrauertag. Das Bündnis und das Aktionsbündnis Brandenburg organisieren die Teilnahme einer Vielzahl von Potsdamern an diesem Aktionstag.

Links und rechts der Langen Brücke Friedlich widerstehen

MICHAEL ERBACH über die Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Jugendgruppen in Potsdam

Die Landeshauptstadt, die für ihre links-alternative Szene als Bollwerk gegen rechtsextremistischen Mob bekannt war, sich rühmen konnte nicht zu den in Brandenburg bereits bestehenden „national befreiten Zonen“ zu gehören, hat ihr Gesicht verändert. Rechts-extremisten treten mehr und mehr offen auf. Erst vor ein paar Wochen störten sie ein Stadteifest im Wohngebiet Am Schlaatz so rabiat, dass die Polizei eingreifen musste. Nicht vergessen ist jene Neujahrsnacht, als Rechte das alternative Jugendprojekt Chamäleon in der Hermann-Eilfein-Straße überfielen – die Täter wurden vor ein paar Tagen verurteilt. Während des Prozesses zeigten Rechtsextremisten allerdings eine solche Präsenz in und vor dem Gebäude, dass Prozessbeobachtern Angst und Bange werden konnte. Die Vorgehensweise wird immer dreister – ist organisiert. Dagegen heißt es aufzustehen. Doch die Mittel, die linke Gruppen zum Teil anwenden, sind nicht geeignet das Problem zu lösen. Mit ihrer Verweigerungshaltung gegenüber staatlichen Institutionen, dem Misstrauen gegenüber Vereinen und Verbänden, ihrer überheblichen Verachtung gegenüber den Bürgern und mit roher linker Gewalt gibt es keine Chance, das eigentliche Problem zu lösen – das nämlich rechts von allen gutwilligen Potsdamern lauert. Linke Chaoten haben mit Steinwürfen der Sache geschadet, als zu friedlichen Demonstrationen gegen rechte Aufmärsche aufgerufen wurde, der Überfall auf einen jungen Rechtsextremen vor ein paar Tagen ist ebenfalls ein Rückschlag für die demokratische Kultur in Potsdam. Selbstjustiz ist kein Mittel gegen Rechts, ruft zurecht die Staatsgewalt auf den Plan, entlässt die Rechten in die Opferrolle – und heizt zudem die politische Debatte an. Sven Petke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, ist ohne jeden Zweifel kein Rechter, aber er nutzt auch jede Gelegenheit, nach Links aus-

zuteilen. Dass die Vorsitzende des Vereins Chamäleon zu den Tatverdächtigen des Überfalls auf den rechten Jugendlichen zählt, ist das

Jegliche Gewalt wird nicht toleriert

Jakobs: Maßnahmen zur Deeskalation

Oberbürgermeister Jann Jakobs will alle ihm „zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um eine weitere Eskalation zu verhindern.“ In Potsdam dürfe keine Situation entstehen, „die Gewalt in jeglicher Form toleriert“.

Damit reagierte er gestern auf den gewalttätigen Überfall von linksgerichteten jungen Menschen auf einen 16-Jährigen aus der rechtsextremen Szene (MAZ berichtete). Als Reaktion auf den Vorfall lädt Jakobs am 27. Juni zu einer außerordentlichen Sitzung des Beirats zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes ein. Mit den Vertretern von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen werden Maßnahmen berä-

ten, die zur Deeskalation beitragen können. Der Innenexperte der CDU-Landtagsfraktion Sven Petke fordert hingegen, bei den Ermittlungen wegen Mordversuchs, auch den möglichen Zusammenhang „mit einer staatlich unterstützten Einrichtung namens ‚Chamäleon‘ und Teilen der ‚Täter-schaft‘“ schnell zu klären. „Sollte es zutreffen, dass an der Straftat Personen beteiligt wären, die sich über diese Einrichtung organisieren oder dort gar über öffentliche Fördergelder beschäftigt waren, ist schnelles Handeln erforderlich.“ Öffentliche Gelder oder Einrichtungen gehören nicht in die Hände gewaltbereiter Extremisten, so Petke. MAZ

MAZ, 24.06.2005

eine. Der Vorfall muss auch juristisch aufgeklärt werden. Aber aus dem Verdacht die Forderung abzuleiten, die staatliche Unterstützung für den Verein aufzukündigen, ist eine unzulässige Vorverurteilung und ein böser Affront gegen die linke Szene insgesamt. Wichtig wäre es aber, dass die Szene durch ihr Verhalten keinen Anlass zu solchen Entgleisungen bietet. Das wäre ihr bester Beitrag gegen rechte Umtriebe – denen nur friedlich begegnet werden kann. Und im Verein aller demokratischen Kräfte.

MICHAEL ERBACH

„Gewalt nicht tolerieren“

Jakobs beruft Beirat ein / SPD: Farbe bekennen

PNN

In einer Sondersitzung soll heute der Beirat zur Umsetzung des Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie Maßnahmen gegen eine weitere Eskalation zwischen rechten und linken Gruppen in Potsdam beraten. Oberbürgermeister Jann Jakobs hat die Sitzung einberufen. „Ich bin entsetzt und beunruhigt über die zunehmende Gewalt“, sagte Jakobs gestern, nachdem der Beirat Überfall von 15 Rechtsextremen auf zwei Jugendliche aus der linken Szene am Sonntag bekannt geworden war (PNN berichtet). Er verurteilt den Angriff entschieden: „Gewalt darf in unserer Stadt nicht toleriert werden.“ Auch die Eraktionen von SPD und PDS sollten dem Überfall mit Entsetzen zur Kenntnis und verurteilt ihn „auf die Schärfste“. Wichtig sei nun, geschlossen zu handeln, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Mike Schubert. Es sei nötig, dass „Potsdam erneut Farbe bekennen“ und deutlich gemacht werde, dass für Gewalttäter in der Stadt kein Platz sei. Zudem müsse entschieden werden, dass der Eindruck entsteht, die Justiz müsse mit zweifelhafte Maß, so Schubert.

Hintergrund ist, dass alle Haftbefehle gegen die mutmaßlichen rechten Täter vom Sonntag vom zuständigen Richter am Amtsgericht zunächst außer Vollzug gesetzt worden waren. Zudem sprachen Polizei und Staatsanwaltschaft zunächst

von Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung. Nach dem mutmaßlichen Überfall einer Gruppe von Linken auf einen 16-jährigen Rechtsextremen waren vorwiegend Wochen vier Tatverdächtige wegen versuchten Mordes verhaftet worden. Solange es von Seiten der CDU und ihres Innenministers Jörg Schönbohm immer wieder „Ausflüchte und Rechtfertigungen“ zur Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten gebe, könnten sich die gewaltbereiten Schläger nun ermutigt fühlen“, warnte die stellvertretende Potsdamer PDS-Fraktionsvorsitzende Karin Schreier. Sie forderte Oberbürgermeister Jakobs auf, der Prävention einer Eskalation der Gewalt künftig einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Die Potsdamer Juos appellierten gestern an rechte und linke Gruppen, „sich strikt an rechtsstaatliche Prinzipien, demokratische Umgangsformen und das Gebot der Menschlichkeit zu halten. Selbstjustiz, Straßenkämpfe und Jagd auf Andersdenkende gehören nicht nach Potsdam. Das „Juso-Herr“ schlage zwar links, doch gehe es den Jusos nicht darum, „über in Grabenkämpfe zu verfallen“. Es könne jedoch unmöglich sein, dass ein „Trupp von 15 Schlägern zwei Menschen brutal zusammenschlägt“ und der Aufseher der Potsdamer nicht greifbar sei. SGH

Haftbefehle nach Überfall in Potsdam

OB Jakobs: Neue Qualität des Streits

POTSDAM ■ Nach dem brutalen Überfall mehrerer rechtsextremer Jugendlichen auf zwei Linke in der Potsdamer Innenstadt sind zehn Haftbefehle erlassen worden. Vier Männer sitzen in Untersuchungshaft. Sechs Haftbefehle wurden außer Vollzug gesetzt, wie die Potsdamer Staatsanwaltschaft gestern mitteilte.

Die Staatsanwaltschaft ermittelte weiterhin wegen des Verdachts des versuchten Mordes, betonte der Sprecher der Behörde, Jörg Wagner. Der Haftrichter habe allerdings in allen Fällen lediglich Haftbefehle wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung erlassen, sagte er.

In der Nacht zum Sonntag war die Gewalt zwischen rechtsextremen Jugendlichen und linken Gruppen eskaliert. Etwa 15 Rechtsextreme hatten in der Potsdamer Friedrich-Ebert-Straße einen 24- sowie einen 25 Jahre alten Mann aus der linken Szene überfallen und schwer verletzt. Eines der Opfer lag mehrere Tage im Krankenhaus. Opfer und Täter kammien sich von einem Prozess gegen Neonazis.

Die Täter hatten aus einer fahrenden Straßenbahn heraus ihre Opfer entdeckt und die Notbremse gezogen. Dann stürmte die Gruppe aus der Bahn und beschimpfte die beiden jungen Männer mit dem Satz: „Scheiß Zecke, ich mach' dich alle!“ Beide Opfer wurden am Boden liegend von den Tätern gegen den Kopf getreten. Der Angriff soll nach Angaben von Augenzeugen kaum zwei Minuten gedauert haben. Fünf der Angreifer konnten noch in Tatortnähe festgenommen werden, sind aber wieder frei.

Die Polizei hat eine Sonderkommission aus elf Kriminalisten des Potsdamer Schutzbereichs

und des Polizeipräsidiums eingesetzt, die Soko „Potsdam“. Beim Überfall vom Sonntag handelt es sich möglicherweise um eine Racheaktion. Vor mehr als zwei Wochen hatten Jugendliche der linken Szene einen Rechten überfallen. Danach waren vier Haftbefehle wegen versuchten Mordes verhängt worden; nur eine Frau sitzt noch in Haft.

Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) verurteilte den jüngsten Überfall. „Ich bin entsetzt und äußerst beunruhigt über die zunehmende Gewalt und neue Qualität der Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Gruppen.“ Es sei für ihn nicht

PNN, 07.07.2005

ÜBERGRIFFE RECHTSEXTREMER

Provokation, Pöbeleien, Gewalt

Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangscaesare und Militär veröffentlichte eine Liste von Übergriffen von Rechtsextremen, die sich seit Mai in Potsdam ereignet haben sollen. Nach Angaben von Potsdamers Polizeichef Ralf Marschall sind der Polizei alle diese Vorfälle bekannt.

■ **14. Mai:** 20 Nazis provozierten beim Fußballspiel des SV Babelsberg 03 im Karl-Liebknecht-Stadion.

■ **21. Mai:** Angriffe von mehreren Nazis mit Schlagstöcken bei der Babelsberger Live-Nacht.

■ **1. Juni:** Massive Präsenz von Rechtsextremen beim Prozessauftakt wegen des Überfalls auf das Jugendprojekt Chemnitz vor dem Amtsgericht.

■ **3. Juni:** Beim Chemnitzer-Prozess wird eine Schusswunde von den Rechten am Besuch der Verteidigung gehindert.

■ **7. Juni:** Raschenwürfe auf eine Wohnung, an der ein antisemitisches Transparent hängt, und auf ein Wohnprojekt.

■ **11. Juni:** Beim Ghettofest-Festival am Schloßplatz tauchen zwei linke Gruppen von rechts auf und schüttern die Veranstaltung ein. Die Polizei erteilt Platzverweise.

■ **12. Juni:** Mehrere Rechtsextreme versuchen, in das Chemnitzer-Haus in der Hermann-Effenberg-Straße einzudringen.

■ **13. Juni:** Letzter Tag des Chemnitzer-Prozesses. Am Morgen greifen verurteilte Rechte die linke im Hauptbahnhof an. Nachmittags wird ebenfalls im Bahnhof ein jugendlicher von Rechten bedroht.

■ **15. Juni:** Ringkämpfen zwischen Linken und Rechten am Platz der Einheit, eine Gaspatrone wird geschossen. Ein Opfer des Vortags wird am Hauptbahnhof verfolgt und bedroht. PHH

■ **19. Juni:** Pöbeleien gegen einen Linken bei einer Studenten-Party. Zwei Besucher des antisemitischen Straßenfestes in Babelsberg werden in einer Tram von etwa zehn Rechten angegriffen und verletzt. Der Fahrer ruft die Polizei.

■ **19. Juni:** Eine Gruppe Nazis fällt sich beim Stadtwerke-Fest im Lustgarten auf, darunter soll nach Angaben der Kampagne auch der Jugendliche sein, der am Tag zuvor von Linken überfallen wurde.

■ **24. Juni:** Nach einer Anzeige eines rechten Übergriffs werden die Opfer aus dem gleichen Täterkreis erneut angegriffen. Die Polizei nimmt zwei der mutmaßlichen Täter in Gewahrsam.

■ **30. Juli:** Zwei Linke werden in der Friedrich-Ebert-Straße aus einer Tram heraus von 15 Rechtsextremen angegriffen und teilweise verletzt. PHH

nachvollziehbar, dass das Gericht Haftbefehle außer Vollzug gesetzt habe. Für Donnerstag berief er eine Sitzung des Beirates für die Sicherheitskonferenz Potsdam ein. Die CDU-Landtagsfraktion warnte vor einer „Spirale der Gewalt“ in der Landeshauptstadt. Der Übergriff müsse mit aller Härte des Gesetzes verfolgt werden, fordert der innenpolitische Sprecher Sven Petke. „Gewalt darf in Potsdam keine Chance haben.“ MAZ

MAZ, 07.07.2005

PNN, 07.07.2005

Gemeinsame Aktionen gegen Neonazi-Aufmarsch

Kundgebung am 5. November

Potsdam. Am vorigen Wochenende trafen sich auf Einladung von Oberbürgermeister Jann Jakobs Vertreter Potsdamer Institutionen und Gruppen des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens. Eingeladen waren neben den Vertretern des Beirates zur Umsetzung des „lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie“ auch Vertreter der jüdischen Gemeinde, der Kirchen, der Ortsbeiräte, der Gewerkschaften, die Vorsitzende der Stadtviertelräte, die Vorsitzende der Stadtverwaltung, die Ausländerbeauftragte der Stadt, die stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates, Vertreter der IHK, der Kreishandwerkerschaft, des ASTA und weitere Initiatoren. Das Gespräch wurde vor dem Hintergrund der für den 5. November durch den Neonazi Christian Wörch angekündigten Demonstration

durch Potsdam mit dem Ziel durchgeführt, das weitere gemeinsame Handeln zu veranlassen. „Es ist außerordentlich wichtig, Herrn auf dem Luisenplatz am 5. Wörch und seinen Gefolgsleuten auch in diesem Jahr gemeinsam zu zeigen, dass in Potsdam kein Platz für Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Gewalt ist und auch in Zukunft nicht sein wird. Unter dem Deckmantel des Gedankens an die Opfer des Zweiten Weltkrieges wollen die Rechtsradikalen erneut ihre menschenverachtenden Forderungen vertreten. Das dürfen wir nicht zulassen“, so Oberbürgermeister

Jann Jakobs. Verabredet wurde ein gemeinsamer Aufruf an alle Potsdamer zu einer friedlichen Protestkundgebung am 5. November. Die Koordinierung der Aktionen wurde die Sicherheitskonferenz der Stadtverwaltung Potsdam beauftragt. Die Mitarbeiterinnen der Sicherheitskonferenz sind unter dem Telefonnummern 0331/2893421 zu erreichen. Die Koordinierungsteilnehmer sind über die E-Mail-Adresse info@potdamer-koordination.de zu erreichen.

Potsdam zeigt Farbe gegen Nazi-Demo

Mindestens 2500 Gegendemonstranten

VON ALBERTA HILF

POTS DAM ■ Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche sind in Potsdam längst ein Zeichen gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch in vier Innenstadtteilen. Die Stadt will Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Interessierten weiterhin Gruppierungen zu einem Aktionstag auf, der unter dem Motto steht: „Potsdam bekommt Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“.

Beginnen wird der Aktionstag am 11. Uhr mit einem öffentlichen Friedensgebet, dem sich gegen 12 Uhr eine Kundgebung anschließt. Bei der Gelegenheit werden Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) und der Zeitungsredakteur Karl Stenzel sprechen. Stenzel wurde als Jugendmitglied von der Nazis im 2. Weltkrieg inhaftiert. Für den Nachmittag sind weitere Aktionen mit Übersetzungsmöglichkeiten geplant. Jakobs äußerte gestern vor Journalisten die Erwartung, dass viele Teilnehmer zur Gegendkundgebung kommen, die beim Nazi-Aufmarsch in der Innenstadt am 30. Oktober 2004 Ziel sei, mehr als 2500 Demonstranten in Potsdam zusammenzubringen.

Der Aufmarsch der Rechtsextremisten im der Hamburger Christian Wörch soll um 12 Uhr vor dem Bahnhof Charlottenhof beginnen. Über Zappellau und Breite Straße wollen die Neonazis zum Hauptbahnhof ziehen. Die Polizei geht dabei von 350 Rechtsextremisten Teilnehmern aus.

Neben der Gegendkundgebung auf dem Luisenplatz gibt es weitere Protestveranstaltungen. So laden die Bündnisgruppen ab 11.30 Uhr auf den Parterre-Ecke Zappellaustraße/Kaiserslauternstr. Die Verein „Freunde der Patzerstraße“ ist am Bahnhof Babelsberg (ab 12 Uhr), der Verein „Brandenburger Lebensart“ am Bahnhof Pirschfeld (ab 14 Uhr) und der Verein „Utopia“ am Bahnhof Sanssouci (ab 14 Uhr) präsent. Damit sollen mögliche Ausweichrouten der Nazi-Demo blockiert werden.

Zudem erwartet die Polizei, die mit 2000 Beamten in der Innenstadt verteilt sein wird, dass Gegendemonstranten die Aufmärschroute der Neonazis direkt blockieren werden. Es besteht Gefahr, dass sich der Widerstand gegen die Rechtsextremisten wegen der vielen Gegendkundgebungen zersplittert. Doch Jann Jakobs versichert: „Wer zum Luisenplatz geht, wird nicht verpassen.“

MAZ, 04.11.2005

Blickpunkt, 01.10.2005

Bündnis gegen Nazi-Aufmarsch

1000 Teilnehmer bei offizieller Gegendemo erwartet

INNENSTADT - Ein Linkes Bündnis Potsdam ruft „alle couragierten Menschen“ dazu auf, die für diesen Sonntagabend, dem 5. November, geplante Neonazi-Demonstration durch die Innenstadt zu verhindern. Wie der Sprecher des Bündnisses, Lars Glönde, gestern mitteilte, habe sich das Linke Bündnis Potsdam nach dem Angriff auf das alternative Wohnprojekt „Chamäleon“ gebildet. Es setzt sich aus verschiedenen linken Potsdamer Initiativen und Gruppen zusammen, darunter die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär. Glönde zufolge könne der Aufmarsch nur dadurch verhindert werden, dass sich alle Menschen dort versammeln, „wo die Nazis sind – und nicht in vermeintlich sicherer Entfernung“. Auch der Linkspartei-nahe Jugendverband „solid“ rief gestern dazu auf, nicht hinzusehen, „dass Neonazis am Sonntag ihre menschenverachtende Propaganda ungestört verbreiten“, so Norbert Müller von „solid“.

Stadts Potsdam startet um 12 Uhr auf dem Luisenplatz. Die Initiative „Potsdam bekommt Farbe“ rechnet mit rund 1000 Teilnehmern. Hinter der Demonstration stehen die Stadt, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und viele weitere Gruppierungen. Die Rechtsextremisten um den Hamburger Christian Wörch wollen sich am Bahnhof Charlottenhof treffen und von dort durch die Innenstadt ziehen. Wörch hat für den Aufmarsch 300 Teilnehmer angemeldet, teilte das Polizeipräsidium Potsdam mit. Die Grünen, die auch Mitglied der Initiative „Potsdam bekommt Farbe“ sind, veranstalten eine weitere Gegendemonstration. Dadurch wolle man eine mögliche Ausweichroute versperren, falls den Rechten der Zug durch die Innenstadt verwehrt bleibe, sagte Kreisvorsitzende Mitglied Marie-Luise von Halem.

Die von der „AG Antifaschismus“ angekündigte Kundgebung am Bahnhof Charlottenhof ist von der Polizei wegen befürchteter Zusammenstöße mit den Rechten nicht genehmigt worden.

PNN, 03.11.2005

KOMMENTIERT

Erfolgsmodell Potsdam

VON ALBERTA HILF

Es ist glücklich. Was sich engagierte Bürger, die Stadt Potsdam und wohl auch ein wenig die Polizei erhofft haben, ist eingetreten: Der Marsch von 200 Neonazis am Sonntagabend durch die Landeshauptstadt ist blockiert und verhindert worden. Verhindert – wohlgemeint – durch läugnende friedlich protestierende Potsdamer. Das ist ein schöner Erfolg. Umso mehr, da sich Szenen vom 30. Oktober vergangener Jahres, als Linksradiokale am Rande eines Neonazi-Aufmarsches randaliert und brennende Barrikaden gebaut hatten, nicht wiederholt haben. Liegt der friedliche Verlauf der Gegendkundgebungen am Sonntagabend am starken Polizeiaufgebot? Zum Teil sicher. Aber schwerer wiegt, dass die Bürger von Potsdam bewiesen haben, dass es unter ihnen eine breite Basis gibt, die sich Rechtsextremisten friedlich in den Weg stellen will. Diese Form des bürgerschaftlichen Engagements ist auch auf andere Orte übertragbar. Und es ist wichtig, dass sie übertragbar wird: Am kommenden Sonntagabend, dem Volkstrauertag, wollen 3000 Neonazis durch Halbe marschieren. Ein Aktionsstündchen mit Gegendemonstranten auf, ebenfalls dorthin zu kommen, innerminister Jörg Schönbohn spricht auf einer Gegendkundgebung, es fahren Busse. Das Erfolgsmodell Potsdam kann auch in Halbe funktionieren.

MAZ, 07.11.2005

Jakobs: „Kein Platz für Rechte“

Potsdam bekennt Farbe gegen Neonazi-Aufmarsch – auch mit bunten Schals

POTSDAM • Kleine Modenschau am Rande: Bei der Pressekonferenz zum Aktionstag für Toleranz legte sich Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) gestern einen Schal mit der Aufschrift „Potsdam bekennt Farbe“ um. 2600 Stück will Stadtkirchenvorsteher Markus Schütte morgen verteilen, wenn die Potsdamer auf dem

Luisenplatz gegen den Aufmarsch von Neonazis in ihrer Stadt protestieren. Um eine Spende von einem Euro pro Schal wird gebeten. Damit und mit einer Zuwendung der Stadtwerke werden die 5000 Euro Herstellungskosten der luftigen Halstücher getragen. „Für Rechte ist in unserer Stadt kein Platz“, sagte Ji-

kobs. Der Aktionstag auf dem Luisenplatz wird mit einem ökumenischen Friedensgebet um 11 Uhr beginnen. Daran schließt sich um 12 Uhr eine Kundgebung an, bei der Jakobs und der KZ-Überlebende Karl Stenzel sprechen werden. Befürchtungen, dass sich der Widerstand gegen die Neonazis durch Gegenkundgebun-

gen an anderen Orten zu sehr verteilen könnte, begünstigte Jakobs mit den Worten: „Wer zum Luisenplatz geht, wird nichts verpassen.“

Am 12. November können Potsdamer um 9 Uhr am Stadthaus in Busse steigen, die zur Protestdemonstration gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch in Halbe fahren. *ack*

MAZ, 04.11.2005

Ziviler Ungehorsam verhindert Nazi-Demo

Tausende Demonstranten blockieren friedlich die Marschroute / OB Jakobs: „Ein voller Erfolg!“

Von Kay Grimmer

Gluckwunsch! Potsdam hat gestern mit tausendfachem zivilen Ungehorsam unmissverständlich und friedlich „Nein“ zu Rechtsradikalismus und Neonazis gesagt. Die geplante Demonstration der Rechtsextremen von Potsdam-West zum Hauptbahnhof wurde durch den Anmelde selbst – dem bundesweit bekannten Neonazi Christian Worch – kurz vor am Bahnhof Charlottenhof am 15.30 Uhr abgebrochen, nachdem

Gegendemonstranten stundenlang die Demo-Route versperrten. Bis dahin standen die knapp 200 Rechtsextremen über drei Stunden am Sammelort auf dem Schillerplatz. Worch stellte in Berlin, Prenzlauer Berg, einen Eilantrag, um die Demonstration dort noch durchführen zu können.

Über 2000 Polizeibeamte aus acht Bundesländern waren im Einsatz. Bei einer Konfrontation zwischen 150 Linken und der Polizei am Bahnhof Charlottenhof kam es zu Rangeleien, ansonsten setzten

die Beamten nicht nur mit ihren neuen Anti-Konflikt-Teams auf ein im Nachhinein durchweg gelungenes Konzept der massiven Präsenz und Deeskalation. Zur gemeinsamen Gegenkundgebung „Potsdam bekennt Farbe“ von Stadt, Verbänden und Institutionen am Mittag auf dem Luisenplatz fanden sich offizielle Angaben zufolge etwa 1500 Teilnehmer ein. Beobachter schätzten die Zahl jedoch auf weit über 2000. Im Anschluss blockierten die Teilnehmer, darunter OB Jann Jakobs, mehrere Begegnungs-

netze und Vertreter verschiedener Stadtfraktionen, die Kreuzung Zepplin-/Breite Straße, an der Worchs Demo-Route verlaufen sollte. Zur gleichen Zeit demonstrierten Die Grünen auf der Zeppelinerstraße, Ecke Kastanienallee und versperrten somit auch eine mögliche Alternativroute. Insgesamt wurden fünf Gegendemonstrationen genehmigt. Jakobs zeigte sich nach der gelungenen Aktion glücklich. „Ein voller Erfolg!“ Potsdam hätte „den Rechten nicht die Straße überlassen“.

PamS, 06.11.2005

NaziAufmarsch verhindert: Lob für Demo-Konzept

Jakobs fordert Potsdamer auf,

am Sonnabend am Soldatenfriedhof Halbe erneut zu protestieren

Das Konzept der Anti-Nazi-Demonstrationen am vergangenen Sonnabend in Potsdam haben gestern sowohl die CDU-Stadtfraktion als auch der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen gelobt. Die friedlichen Blockaden seien ein voller Erfolg für „alle Potsdamer, die eine tolerante und weitoffene Stadt auf der Straße vertreten haben“, so Nils Naber, Sprecher des Kreisverbandes Potsdam der Bündnisgrünen. Auch der CDU-Fraktion

vorsitzende Götz Th. Friedrich hob das „positive Resultat“ der friedlichen Gegendemonstration hervor. In einem offenen Brief an die Sicherheitskonferenz (SIEK) und Oberbürgermeister Jann Jakobs lobte Friedrich die organisatorische Vorbereitung durch die SIEK. Beide Parteien betonten, der Rechtsextremismus habe keine Chance in Potsdam. Auch der Oberbürgermeister lobte gestern das Engagement der Potsdamer. Sie

hätten erneut deutlich gemacht, „dass sie keine nationalsozialistische Ideologie wollen – nicht auf den Straßen und nicht in den Köpfen unserer Einwohner“. Zugleich forderte er dazu auf, diesen Erfolg zu nutzen und weiter zu fragen. Er bat alle Potsdamer, dem Aufruf zu einem „Tag des Gedenkens und der Versöhnung“ zu folgen. Dieser solle am 12. November ab 11 Uhr im Rahmen einer Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in

Halbe begangen werden und zugleich ein Protest gegen den für diesen Tag geplanten Neonazi-Aufmarsch an diesem Ort sein. *al*

– Für die Fahrt nach Halbe stehen am Sonnabend um 9 Uhr Busse am Stadthaus bereit. Anmeldung mit Name, Telefonnummer oder e-Mail-Adresse an oberbürgermeister@rathaus.potsdam.de; Unkostenbeitrag: 5 Euro.

MAZ, 06.11.2005

2006



Oben: Solidaritätskundgebung am 21. April
 Links unten: Prämierung des LAP mit dem „DEMO-Kommunalfuchs“
 Rechts unten: Gottesdienst am 18. November in Halbe zum „Tag der Demokraten“

Presse

„Zum sechsten Mal Rock gegen Rechts“, MAZ, 02.05.2006 +++ „Zur Wachsamkeit aufgefordert“, Der Potsdamer, 04.05.2006 +++ „Gefährdetes Gebiet Nische“, ND, 04.05.2006 +++ „Anklage im Fall Ermyas M.“, MAZ, 23.08.2006 +++ „Die schweigende Mitte wecken“, PNN, 13.09.2006 +++ „Vorbildlicher Aktionsplan“, MAZ, 26.09.2006 +++ „Gute Strategien gegen Rechts“, MAZ, 18.11.2006 +++ „Schals zeugen von Bekenntnis“, MAZ, 20.11.2006 +++ „Erster Sieg“, MAZ, 20.11.2006

21. Februar

13. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis befasst sich mit Maßnahmen zur Veränderung der strukturellen Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie der Möglichkeiten zur Abschaffung der Residenzpflicht. Das Bündnis legt den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005 vor. Bündnismitglieder berichten von ihrer Teilnahme an den seit dem 20. Dezember stattfindenden Prozesstagen gegen die Täter des rechtsextremen Überfalls vom 3. Juli 2005.

7. März

Sondersitzung des Bündnisses. Hintergrund des Treffens ist eine vermutlich politisch motivierte Auseinandersetzung zwischen linken und rechtsextremen Jugendlichen im Stadtteil Drewitz am 4. März.

19. April

Außerordentliche Bündnissitzung. In den Morgenstunden des 16. April hatte es in der Landeshauptstadt Potsdam eine Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und einem Potsdamer afrikanischer Herkunft gegeben. Eine rassistisch motivierte Tat konnte zunächst nicht ausgeschlossen werden. Beschluss des Bündnisses für das Opfer eine Solidaritätskundgebung am 21. April 2006 durchzuführen. Der Vorfall sorgt bundesweit für Schlagzeilen.

21. April

„Potsdam bekennt Farbe“ - Solidaritätskundgebung auf dem Luisenplatz für das Opfer vom 16. April. Mehr als 4.000 Menschen setzen sich für Toleranz, Solidarität und Menschlichkeit ein.

25. April

14. Sitzung des Bündnisses. Die beeindruckende Solidaritätskundgebung auf dem Luisenplatz am 21. April verdeutlicht die Wichtigkeit der Arbeit des Bündnisses. Zu den weiteren kurz-, mittel- und langfristigen Aktionen des Bündnisses zählen die Wiederauflage der Plakataktion „Alltagsrassismus“ und die Unterstützung Potsdamer Schulen bei dem Projekt „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ und einer verstärkten Aufklärungsarbeit an Schulen, Jugendeinrichtungen und in der Eltern- und Familienarbeit. Die Neuformulierung des Ediktes von Potsdam wird diskutiert. Die Lage des Rechtsextremismus in Potsdam soll Hauptthema der nächsten Sitzung sein.

27. April

Die Plakataktion „Alltagsrassismus“ aus dem Jahr 2004 wird aufgegriffen und mit 400 Postern in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Landeshauptstadt Potsdam gezeigt.

24. Mai

15. Sitzung des Bündnisses. Der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg referiert zum Thema „Lage des Rechtsextremismus in Potsdam“. Als Gäste sind die Potsdamer Ortsbürgermeister anwesend. Die Situation wird als positiv bewertet, da in Potsdam weder Parteistrukturen noch Kameradschaften existieren. Die Szene sei unorganisiert, dennoch sei ein Anstieg von Straftaten mit verfassungsfeindlichem Hintergrund zu verzeichnen.

5. Juli

16. Sitzung des Bündnisses. Nachdem ein Bündnismitglied Aktivitäten von rechtsextremen Akteuren am Potsdamer Hauptbahnhof registriert hatte, wird gemeinsam mit dem Center-Management der Bahnhofspassagen die Situation analysiert und Absprachen zur Information und Schulung von Mitarbeitern hinsichtlich der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus getroffen. Das Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam beschließt, im Nachgang zur 15. Sitzung, Treffpunkte von rechtsorientierten Jugendlichen für das Bündnis zusammenzustellen und vertiefende Gespräche mit Polizei, Streetworkern, SIKO und Jugend(sozial)arbeitern zu führen. Das Bündnis bespricht den gewaltsamen Tod des Jugendlichen David F. vom 15. Juni, der von einem aus Afghanistan stammenden Jugendlichen ermordet worden war. Die Eltern des Opfers hatten die geringe Aufmerksamkeit für diesen Vorfall in der Öffentlichkeit beklagt. Potsdams Oberbürgermeister berichtet über die Teilnahme an der Mahnwache und Trauerfeier für das Opfer. Das Jugendamt betreut die Jugendlichen aus dem Umfeld des Opfers.

12. September

17. Sitzung des Bündnisses. Das KulturGewerbeQuartier Schiffbauergasse stellt die Initiative „Zeichen setzen...“ als ein gemeinsames Projekt der Unternehmen am Kulturstandort Schiffbauergasse vor. Die Belegschaften der Unternehmen repräsentieren 15 Nationen und sprechen sich deshalb klar für ein weltoffenes, respektvolles und nachbarschaftliches Miteinander aus. Das Jugendamt präsentiert den Bericht zum Arbeitsgespräch „Jugendgewalt“ vom 24. August mit zwölf Vertretern von Streetwork, Fanprojekt SV Babelsberg 03, der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam, der Polizei und der Fraktion Die Andere. Im Ergebnis soll am 30. Januar 2007 eine Tagung zum Thema „Ursachen von Gewalt“ stattfinden und ein Reader zu relevanten Ansprechpartnern der Gewaltprävention, Mediation und Streitschlichtung erstellt werden.

16. November

Im Rahmen des 1. Bundeskongresses „Kommunalpolitik besser machen“ erhält die Landeshauptstadt Potsdam für ihre kommunalpolitische Gesamtstrategie den „DEMO-Kommunalfuchs 2006“. Prämiert wird die Landeshauptstadt für den LAP.

November/Dezember

Zur Verbesserung der Außenwirkung werden für das Bündnis Aufkleber mit dem Logo „Potsdam! bekennt Farbe Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“ an Dienstfahrzeugen der Landeshauptstadt Potsdam angebracht. Mit Flaggen, Schals, Stempeln und Buttons soll das Motto „Potsdam bekennt Farbe“ in seiner Außendarstellung gestärkt werden.

5. Dezember

18. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis wertet den erfolgreichen „Tag der Demokraten 2006“ in Halbe aus. Es wird über die Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam am Arbeitstreffen der deutschsprachigen Mitglieder der ECCAR am 19. und 20. Oktober in Berlin berichtet. Die RAA Brandenburg stellt Förderprogramme zur Unterstützung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus für Toleranz und Demokratie vor. Das Bündnis beschließt, die Mitgliedschaft im Aktionsbündnis Brandenburg zu beantragen.

31. Dezember

Die AG „Kreative Aktionsformen gegen rechtsextreme Demonstrationen“ erarbeitet eine Handreichung zur effektiveren Vorbereitung und Durchführung von Aktionstagen. Ziel ist, schneller auf kurzfristige rechtsextreme Aktionen und Veranstaltungen von DVU bzw. NPD zu reagieren, Maßnahmen schneller koordinieren zu können, Partner in kurzer Frist zu gewinnen und langfristig bestehende Kooperationsbeziehungen zu festigen.

Mitglieder des Bündnisses	
AG Antirassismus des AStA der Universität Potsdam	Lösungsweg e.V.
Aktionsfonds für Toleranz und Demokratie Potsdam e.V.	MBT
Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Potsdam	Opferperspektive e.V.
DGB Region Mark Brandenburg	Polizeipräsidium Potsdam - Schutzbereich Potsdam
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	SIKO
Fanprojekt SVB 03 des Diakonischen Werkes e.V.	Stadtsporbund Potsdam e.V.
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Täter-Opfer-Ausgleich des Diakonischen Werkes e.V.
JeP e.V.	Wildwuchs Streetwork des Diakonischen Werkes e.V.
Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam	

Aktionen der Bündnismitglieder

11.3.	„In Halbe Flagge zeigen! Keine Toleranz für Neonazis!“. Zahlreiche Bündnismitglieder beteiligen sich am Aktionstag „Halbe ist bunt und nicht braun“.
5.4.	Die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdam beschließen den Beitritt zur ECCAR und bekennen sich zum 10-Punkte Aktionsplan der Koalition (06/SVV/0205).
19.4.	In der Friedenskirche nehmen mehr als 800 Menschen, darunter zahlreiche Mitglieder des Bündnisses, an einem Fürbitt-Gottesdienst für den am 16. April gewaltsam verletzten Potsdamer afrikanischer Herkunft teil. Die Ausländerseelsorgerin Monique Tinney spricht das Gebet.
30.4.	„Rhythm against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit mehr als 3.000 Besuchern.
8.6.	JeP e.V. erhält das „Band für Mut und Verständigung“ des Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit und des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg in Anerkennung seines Engagements gegen Rechtsextremismus und für die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt.
27.6.	Gemeinsam mit der RAA Brandenburg stellen die Koordinatoren des Projektes „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ deren Programm für Schulen vor. Schüler, Lehrpersonal und Schulleiter nehmen an der Veranstaltung teil.
4.7.	Die Voltaire-Gesamtschule erhält als erste Potsdamer Schule den Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, unterstützt durch die RAA Brandenburg. Die Patenschaft übernimmt der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam.
9.9.	Mitglieder des Bündnisses beteiligen sich am Lauffest zu Gunsten der „Stiftung Altenhilfe Potsdam“.
11.9.	Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam Jann Jakobs und die Vorsitzende der SVV Birgit Müller unterzeichnen die Beitrittserklärung zur ECCAR.
24.9. bis 30.9.	Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in Potsdam unter dem Motto „Miteinander Zusammenleben gestalten“.
30.9.	Die Landeshauptstadt Potsdam verleiht zum zweiten Mal den Integrationspreis.
19. und 20.10.	Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt an einem Arbeitstreffen der deutschsprachigen Unterzeichnerstädte der ECCAR und der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte“ in Berlin teil.
18.11.	In Halbe beteiligen sich zum Volkstrauertag mehr als 250 Potsdamer, unterstützt durch das Bündnis und das Aktionsbündnis Brandenburg an der örtlichen Gedenkveranstaltung, dem „Tag der Demokraten“. Insgesamt versammeln sich etwa 8.000 Menschen vor Ort.

Zur Wachsamkeit aufgefordert

Potsdam (tela). Unter dem Motto "Potsdam bekommt Farbe" veranstaltete bereits zum sechsten Mal die DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)-Jugend am Vorabend des 1. Mai in der Landeshauptstadt ein Musikfestival gegen Rassismus. Für die Veranstaltung auf dem Luisenparkplatz könnten in diesem Jahr die Bands "Ruffianen", "Frau Neumann", "Fosbury Jump" und "Kloster" gewonnen werden. Auch sie zeigten persönliches Engagement, indem sie ohne Gegen nur jugend Aufwandsentschädigung spielen.

"Potsdam bekommt Farbe" hat nach Ansicht des DGB-Regio-

vorsitzenden Mark Brandenburg Diefel Bass mit den Ereignissen der letzten Tage in der Landeshauptstadt eine neue Bedeutung erlangt. Im Rahmen des Festivals fördern sie sich nicht mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, rechten Parteien und Hass gegen fremde Kulturen abzufinden. Potsdam Oberbürgermeister Jann Jakobs mischte in dem Rahmen deutlich das Rechtsradikalismus hier sind in Brandenburg kein Platz haben. "Das das immer wieder gesagt werden muss, haben wir in den letzten Tagen in Potsdam erfahren müssen", so der Oberbürgermeister und nicht gleichzeitig

zur Wachsamkeit auf. Nach Angaben des Veranstalters stabilisierte sich das Festival gegen Rassismus in den vergangenen Jahren in Potsdam mehr und mehr zu einer festen Größe. Foligten zu Beginn im Jahr 2001 gerade einmal 200 Besucher der Einladung, waren es im vergangenen Jahr bereits 2.000 und in diesem Jahr mehr als 2.500. Neben dem DGB als Initiator unterstützen die Landeshauptstadt Potsdam, die Stiftung Grodes Waisenhaus zu Potsdam, die EWT, die Brandenburgische Automobil GmbH sowie die Lokalisation "Der Potsdamer" dieses Festival.

Der Potsdamer, 04.05.2006

Die schweigende Mitte wecken

Potsdam gegen Rechts: Zweite „Schule ohne Rassismus“ und Bürger-Workshop

Nach der Voltaire-Gesamtschule möchte sich mit der Friedrich-Wilhelm-von-Steuern-Gesamtschule die zweite Potsdamer Schule um den Titel „Schule ohne Rassismus“ bewerben. Dies sagte der amtierende Leiter des Hauses, Frank Brandt, auf PNN-Anfrage. „Wir wollen damit ein Zeichen gegen jede Art von Diskriminierung setzen“, so Brandt. Ein für den Titel benötigter Schirmherr sei mit Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck bereits gefunden.

Auch bei den übrigen Projekten der Stadt gegen Rassismus, die Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) nach dem Angriff auf den Deutsch-Äthiopier Ermyas M. ausgerufen hatte, gibt es Bewegung. So findet im Stadthaus am 25. September ein

Workshop zum Thema Bürgerengagement gegen Fremdenfeindlichkeit statt. Das Motto lautet „Wie weckt man die schweigende Mitte?“, veranstaltet wird das Treffen von der Stadtverwaltung und dem Europa-Informationsbüro im Rat-

haus. „Wir hoffen auf viele interessierte Gäste“, so Marco Michel vom Europa-Büro. Als ein Referent wird der Rechtsextremismusexperte Prof. Roland Roth von der Universität Magdeburg erwartet.

Noch in Arbeit ist eine von Jakobs vorgeschlagene Konferenz der sieben Partnerstädte Potsdams zum Rechtsextremismus. Zurzeit würde diese noch vorbereitet, so Dieter Jetschmanegg, Referent von Jakobs. Einigen müsse man sich noch über das genaue Thema, den Umfang, den Termin und die Finanzierung einer solchen Konferenz. Gleichfalls noch unklar sei der genaue Text für eine neues Potsdamer Toleranzedikt, das Jakobs angeregt hatte. Jetschmanegg sagte dazu, dass es derzeit erste Gespräche mit international tätigen Experten in Potsdam“ gebe. Er sei „optimistisch, dass wir im Laufe des Herbsts zu einem Text kommen“.

Auch in der Steuben-Schule möchte man vor Jahresfrist weiter sein. Die Klassensprecher seien über die Planungen für den Titel „Schule ohne Rassismus“ informiert. „Wir müssen nun alle Schüler mit dem Thema vertraut machen“, so Schulleiter Brandt. Er könne sich vorstellen, dass nicht alle „gleich“ mitmachen würden. „Da muss Überzeugungsarbeit geleistet werden, denn so ein Titel muss von innen heraus kommen.“ Als erste Projekte hätten bereits Zeitzeugen des Nationalsozialismus von ihren Erfahrungen berichtet. Zudem sei die Beteiligung der Schule an Aufbau und Kosten einer Bibliothek in dem afrikanischen Land Togo geplant. Der Titel „Schule ohne Rassismus“ wird nur an Schulen verliehen, bei denen mehr als 70 Prozent der direkten Schulsehler ihren ihr Einverständnis per Unterschrift erklären.

HENRI KRAMER

PNN, 13.09.2006

Anklage im Fall Ermyas M.

Staatsanwaltschaft sieht nicht länger Fremdenhass als Tatmotiv

FRANK SCHAUBA

POTSDAM ■ Vier Monate nach der Attacke gegen den deutsch-äthiopischen Wissenschaftler Ermyas M. hat die Staatsanwaltschaft Potsdam Anklage gegen die beiden Tatverdächtigen erhoben. Dem 29-jährigen Hauptverdächtigen Björn L. der wegen seiner hellen Stimme den Spitznamen „Pepo“ führt, wird gefährliche Körperverletzung zum Last gelegt. Dem 31-jährigen Thomas M. unterlassene Hilfeleistung. Ferner richten sich gegen beide der Vorwurf der gemeinschaftlichen Beleidigung.

Von einem fremdenfeindlichen Motiv für die Tat geht die Potsdamer Staatsanwaltschaft inzwischen nicht mehr aus. „Die Anklageschrift legt die Tat keine rassistische Motivation zugrunde“, erklärte Beihildeleiter Heinrich Junke gestern gegenüber der MAZ. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe – die die Ermittlungen kurz nach der Tat zusammen in Potsdam verübten. Tat so sich gezogen habe, weil sie eine „Gefahr für die innere Sicherheit“ erkannte – habe gegen L. und M. ursprünglich wegen versuchten Mordes ermiselt. Als Tatmotive hätte die

höchste deutsche Anklagebehörde zunächst Ausländerhass angenommen. Dieser Vorwurf stütze sich auf Aussagen der männlichen Täter: die vom Mord der Opferkammer vor der Tat zufällig aufgenommen worden waren. Dort war zu hören, wie der 37-jährige Deutsch-Athiopier als „schön Negger“ bezeichnet worden war.

Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft stellt sich der Tatbeweis nun hingegen anders dar: Wenige Minuten vor der Tat und etwa 50 Meter vom späteren Tatort entfernt hätten es zu einer ersten Be-

gegnung zwischen den drei Männern. Der mit 1,98 m große rechtlich unbeherrschte Ermyas M. sagt spontan: „Er geht mal andersherum.“ Dann sagt er das Wort „Schweinehirt“, worauf er als „Schiff Negger“ beschimpft wird. Nach dieser verbale Auseinandersetzung vom Ermyas M. den jungen Mördern hinterher und versucht, einem von ihnen ins Gesicht zu treten. Daraufhin so die Staatsanwaltschaft, dreht sich Björn L. um und schlägt den 37-Jährigen mit einem so weitgehend Schlag, dass ein Augenkontakt nicht bewahrt

Vorbildlicher Aktionsplan

Zu Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit

NAUENER VORSTADT ■ Auf einer Tagung im Plenarsaal des Stadthauses versuchten gestern Mitarbeiter der Stadtverwaltung und verschiedener lokaler Projekte, Ideen für mehr bürgerschaftliches Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln. Doch schon im Eröffnungsvortrag von Roland Roth, Professor für Politik an der Hochschule Magdeburg, wurde deutlich, dass dieser Wunsch einige Tücken birgt.

So habe die Bundesregierung zwar in den letzten fünf Jahren 292 Millionen Euro in Programme gegen Fremdenfeindlichkeit gesteckt und damit viele lokale Projekte ermöglicht, es fehle jedoch die wissenschaftliche Begleitung, kritisierte Roth. Deshalb könne niemand mit Sicherheit sagen, welche Maßnahmen gut gegen Fremdenfeindlichkeit wirkten. Es sei auch zu Missgriffen gekommen. Unter dem Schlagwort interkulturelle Begegnung seien Workshops veranstaltet worden, bei denen die Teilnehmer exotische Obstsorten kennen lernen und zubereiteten. Ein

Afrika-Tag in einer Kita habe darin bestanden, dass die Kinder mit den Fingern aßen und danach trommelten. Aber auch von dem neuen und, laut Bundesfamilienministerin, effektiveren Förderprogramm sei keine deutliche Verbesserung zu erwarten, sagte Roth. Die Verantwortung für die Förderfähigkeit von Projekten läge dann nämlich bei den Kommunen, die oft ihre Augen vor den Problemen schließen.

Potsdam gehöre aber zu den Vorbildern, stellten die Teilnehmer in der anschließenden Diskussion fest. Im lokalen Aktionsplan gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus würden die Probleme regelmäßig diskutiert und Gegenmaßnahmen eingeleitet. Für die Zukunft wünschten sich die Projektträger vor allem eine sichere finanzielle Basis, denn die kleinteilige Vergabe von Fördermitteln sei ein großes Hindernis. Die Tagung wurde von der Europa Information Potsdam veranstaltet. Sie soll eventuell mit Beteiligung der europäischen Partnerstädte wiederholt werden. **cs**

MAZ, 26.09.2006

Erster Sieg

PEER STRAUBE

Die Sensibilität steigt, daran kann kein Zweifel bestehen. Zum ersten Mal ist es gelungen, die Neonazis von ihrer für sie landesweit wichtigsten Kultstätte, dem Waldfriedhof in Halbe, fernzuhalten. 8500 Menschen haben dies gemeinsam erreicht, und mehr als dreimal so viele Potsdamer wie im letzten Jahr haben dazu ihren Beitrag geleistet. Die Stadt darf stolz darauf sein – nicht zuletzt, weil der Kelch rechtsextremer Aufmärsche in diesem Jahr an der Stadt vorbeizugehen scheint. Nach der für die Rechtsextremen katastrophal verlaufenen Veranstaltung im November 2005, als sie, eingeschlossen von Tausenden friedlicher Gegendemonstranten, unrichtiger Dinge wieder abziehen mussten, ist ihnen Potsdam offenbar fürs erste verleidet worden. Die Stadt sei damit landesweit zum Beispiel geworden, dass sich bürgerliches Engagement lohnt, freute sich stellvertretend für viele Linkspartei-PDS-Fraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg. Doch es gibt noch Potenziale. Im nächsten Jahr sollte an den Schulen verstärkt für ein Mitmachen beim Tag der Demokraten geworben werden. Die braune Gefahr ist nicht gebannt, sie hat sich nur einen anderen Ort gesucht. Irgendwann wird sie hoffentlich keinen mehr finden.

MAZ, 20.11.2006

Schals zeugen von Bekenntnis

Rund 250 Potsdamer in Halbe

PEER STRAUBE

HALBE / POTSDAM ■ In ihrem Urteil waren sich alle einig. Dass man die Neonazis aus Halbe vertrieben habe, sei ein „großer Erfolg“ gewesen, bilanzierten Politiker und Potsdamer, die am Sonnabend zum Tag der Demokraten in das Städtchen im Landkreis Dahme-Spreewald mitgereist waren. Allein 180 Potsdamer hatten sich in drei Bussen auf den Weg gemacht, viele folgten im eigenen Auto. Auf mindestens 250 schätzte Oberbürgermeister Jann Jakobs die Zahl der in Halbe vertretenen Landeshauptstädter. Im vergangenen Jahr hatte noch ein Bus ausgereicht, die Potsdamer Demonstranten aufzunehmen. Jakobs wertete es außerordentlich positiv, „dass diese Stätte, die für Nazis einen hohen symbolischen Wert hat, nazifrei ist“. In seiner Einschätzung sah er sich im Schulterchluss mit Linkspartei-PDS-Fraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg. Die Breite des Engagements sei eine ganz andere als noch im Vorjahr, sagte er. Scharfenberg erklärte, er sei stolz, dass in Potsdam eine „starke, stabile Basis“ gegen den Rechtsextremismus zustande gekommen sei. Künftig müsse man allerdings noch stärker in den Schulen für eine Teilnahme am Tag der Demokraten werben. „Die jungen Leute sind sehr ansprechbar“, so Scharfenberg.

Auch SPD-Fraktionschef Mike Schubert zeigte sich erfreut über die große Resonanz in der Bevölkerung. „Das Schönste war, die ganzen Leute mit den Schals ‚Potsdam bekennst Farbe‘ zu sehen“,

sagte er. Im kommenden Jahr müssten die Aktivitäten landesweit fortgesetzt werden. Neonazis dürften in Brandenburg keinen Ort finden, an dem sie ihr „Heldengedenken“ ungestört zelebrieren könnten, sagte Schubert.

Die mitgereisten Potsdamer waren sich ebenfalls einig. „Es ist das Verdienst der Menschen, die hier waren, dass die Nazis ausweichen mussten“, sagte Tino Erstling. Er habe teilgenommen, damit „möglichst viele da sind“. Die Veranstaltung sei „wunderbar organisiert“ gewesen, befand Nicole Miemoth und hatte sogar ein Lob für die Politiker übrig. Es habe sie sehr beeindruckt, wie sich die verschiedenen Parteien zusammengeschlossen hätten, um die Veranstaltung der Neonazis gemeinsam zu verhindern, so Miemoth. Sie freue sich, dass die erste Garde der Landespolitiker angetreten sei und damit die Bedeutung der Aktion hervorgehoben habe. Ihr Mann Andreas warnte indes davor, dass künftige Tage der Demokraten zu viel „Volksfestcharakter“ haben könnten. „Man muss noch erkennen, warum man hergekommen ist.“ Dennoch sei das Programm mit dem Gottesdienst, der der Kundgebung voranging, gelungen gewesen, sagte er. Helmut Schmidt, der selbst den Krieg miterlebt hat, war trotz körperlicher Beschwerden mitgekommen, „um zu verhindern, dass meine Familie und alle Bekannten je wieder in ein solches Chaos gestürzt werden“. Besonders habe er sich gefreut, dass so viele junge Menschen an der Demonstration in Halbe teilgenommen haben.

MAZ, 20.11.2006

Gute Strategie gegen Rechts

Die Stadt wurde mit dem „Kommunalfuchs“ der Zeitschrift „Demo“ geehrt

OLIVER FISCHER

POTSDAM ■ Die Stadtverwaltung ist für ihre Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus und Gewalt geehrt worden. Als eine von insgesamt fünf Kommunen erhielt Potsdam am Donnerstagabend den von der SPD-Bundestagsfraktion und der Zeitschrift „Demo“ gestifteten Preis „Kommunalfuchs“. Bei einer SPD-Veranstaltung im Berliner Paul-Löbe-Haus nahm Bürgermeister Burkhard Exner (SPD) den Preis – ein handgefertigtes Bild des deutsch-iranischen Künstlers Mahmoud Mirzaie – in Empfang.

Mit der Auszeichnung würdigte die Jury ausdrücklich die Arbeit, die Potsdam in den vergangenen fünf Jahren gegen rechte Gewalt geleistet hat. Demo-Herausgeber Gerhard Langemeyer hob insbesondere den 2001 beschlossenen „Aktionsplan für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ hervor. Dieser Plan entspreche den Anforderungen an moderne Kommunalpolitik „in hohem

Maße“, so Langemeyer. Die Stadt habe mit dem Aktionsplan und der Gründung eines Beirats ein breites Bündnis ge-

gen Rechts auf die Beine gestellt und so das politische Klima in der Stadt nachhaltig beeinflusst. „Der Demo-Fuchs

ist für uns eine hohe Auszeichnung“, freut sich Exner. Um so mehr, da die Riege der restlichen Preisträger beeindruckend ist. Unter anderem wurde Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, der das Amt von 1972 und 2006 ununterbrochen bekleidete, für sein politisches Lebenswerk ausgezeichnet. Zudem sei der Preis eine Anerkennung für die Bürger, die an den Programmen gegen Rechtsextremismus teilhaben. Das Bild soll deshalb einen Ehrenplatz bekommen. Ob es im Büro des Oberbürgermeisters hängen wird, stehe aber noch nicht fest, sagte Exner.

Dass die Programme gegen rechte Gewalt in der Bevölkerung positiv aufgenommen werden, lasse sich derzeit am großen Zuspruch der Bürger zum Tag der Demokraten beobachten, so Exner. Rund 200 Potsdamer hätten sich bislang für die Fahrt nach Halbe angemeldet. Die Stadt stellt nach jetzigem Stand vier Busse bereit. Diese fahren heute um 10.30 Uhr ab Hauptbahnhof; die Rückfahrt erfolgt gegen 18 Uhr.

MAZ, 18.11.2006

2007



Oben: Verleihung des Potsdamer Integrationspreises
 Unten: T-Shirts und Anstecker mit dem Motto „Potsdam! bekennt Farbe“

Presse

„Profilschärfe in der Kritik“, MAZ, 22.03.2007 +++ „Nach der Niederlage: Von Jena lernen...?“, PamS, 22.03.2007 +++ „Tanz für Toleranz“, MAZ, 02.05.2007 +++ „Keine organisierte rechte Szene in Potsdam“, PNN, 27.05.2007 +++ „Nazis bedingt organisiert“, PNN, 22.06.2007 +++ „Bahnhof wieder sicher“, MAZ, 25.07.2007 +++ „Vorwürfe gegen Jugendclub“, MAZ, 29./30.09.2007

6. März

19. Sitzung des Bündnisses. Der Stand der Bewilligung der Anträge der Landeshauptstadt Potsdam durch die Bundesregierung für die Programme „Jugend für Vielfalt“ und „Xenos – Leben in Vielfalt“ werden besprochen. Das Jugendamt berichtet von der Fachtagung „Ohnmächtige Jugend(arbeit)“, die als Reaktion auf die Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen mit Todesfolge (Juni 2006) konzipiert worden war. Das BIG - demos stellt das Projekt „Elterninitiative gegen Rechts“ vor. Die RAA Brandenburg berichtet darüber, dass die Steuben-Gesamtschule in diesem Jahr den Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ erhalten soll. Die Weidenhof-Grundschule und die Fontane-Gesamtschule sind ebenfalls auf dem Weg, diesen Titel zu bekommen.

26. Juni

20. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis wertet den Bearbeitungsstand der in der 14. Sitzung besprochenen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen aus. Aus der Bewerbung Potsdams als „Stadt der Wissenschaft“ wird das Projekt „Neues Potsdamer Toleranzedikt“ präsentiert. Es wird der Rechenschaftsbericht 2006 vorgestellt.

4. September

21. Sitzung des Bündnisses. Bericht zum Programm der Interkulturellen Woche 2007. Das Bündnis beschließt, Möglichkeiten für einen eigenständigen Internetauftritt für „Potsdam bekennt Farbe“ zu prüfen. Information über die Vorbereitungen für die Sondersitzung zum Thema „Kommunalwahl“ am 16. November. Auf Anfrage eines Bündnismitgliedes berichtet Thomas Liebe, Leiter des Treffpunkts Fahrland e.V. im OT, über rechtsorientierte Jugendliche vor Ort und die Arbeit im Treffpunkt. Der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit wird umstritten diskutiert.

August/September

Das Bündnis lässt neue T-Shirts mit dem Motto „Potsdam! bekennt Farbe“ anfertigen.

14. November

Im Rahmen des 30. Plenums des Aktionsbündnisses Brandenburg wird das Bündnis Mitglied in diesem Zusammenschluss lokaler Bürgerinitiativen und landesweit tätiger Organisationen und Verbände gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

16. November

Sondersitzung zum Thema rechtsextreme Parteien und Kommunalwahl. Bildung der AG's: „Gemeinsamer Wahlaufufruf“, „Schulungen und Beschaffung von Informationen zu Aktivitäten der NPD“ und „Zielgruppen“.

Mitglieder des Bündnisses

AG Antirassismus des AStA der Universität Potsdam	Lösungsweg e.V.
Aktionsfonds für Toleranz und Demokratie Potsdam e.V.	MBT
Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Potsdam	Opferperspektive e.V.
DGB Region Mark Brandenburg	Polizeipräsidium Potsdam – Schutzbereich Potsdam
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	RAA Brandenburg
Fanprojekt SVB 03 des Diakonischen Werkes e.V.	SIKO
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Stadtsportbund Potsdam e.V.
JeP e.V.	Täter-Opfer-Ausgleich des Diakonischen Werkes e.V.
Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam	Wildwuchs Streetwork des Diakonischen Werkes e.V.

Aktionen der Bündnismitglieder

17.3. bis 25.3.	Aktionswoche gegen Rassismus initiiert von Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V. und dem Interkulturellem Rat Deutschland e.V. Die Ausländerbeauftragte, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Potsdam e.V. und BeDiTo e.V. organisieren den „Abend der Begegnungen“ mit einer Theateraufführung der Evangelischen Studierendengemeinschaft „Woher kommst Du?“.
22.3.	Innerhalb der „Internationalen Woche gegen Rassismus“ findet in der Landeshauptstadt Potsdam die landesweite Präsentationsveranstaltung der 21 Schulen mit dem Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, organisiert von der RAA Brandenburg, statt. Mehr als 140 Teilnehmer zählt die Veranstaltung.
30.4.	„Rhythm against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz organisiert von der DGB-Jugend mit mehr als 2.000 Besuchern.
11. und 12.5.	Treffen des Lenkungsausschusses und Generalkonferenz der ECCAR in Nürnberg. Die Mitgliederversammlung beschließt einstimmig die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam im Lenkungsausschuss.

30.9.	Die Landeshauptstadt Potsdam verleiht zum dritten Mal den Integrationspreis.
23.9. bis 30.9.	Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in Potsdam unter dem Motto „Teilhaben – Teil werden!“
15.12.	Jugendkonferenz gegen Rechtsextremismus „Take the power back“ der Sozialistischen Jugend – Die Falken in Kooperation mit den Bündnismitgliedern Opferperspektive e.V. und MBT im T-Werk in der Schiffbauergasse mit 40 Teilnehmern.

Profilschärfe in der Kritik

Mobile Wissenschaft und neues Toleranzedikt bleiben

„Stadt der Wissenschaft“ ist Potsdam erneut nicht geworden, aber warum? Mit Oberbürgermeister Jann Jakobs sprach MAZ-Redakteur Rainer Plagemann unmittelbar nach der Entscheidung.

Erst als Kulturhauptstadt Europas gescheitert, nun als deutsche Stadt der Wissenschaft – woran hat es jetzt gelegen?

Jakobs: Das ist schwer zu beurteilen. Wir waren breit aufgestellt, Potsdam ist eben vielfältig. Es ist offenbar der Eindruck entstanden, wir hätten zu viel und wären ein Stück weit beliebig geworden, so dass unsere Profilschärfe kritisch gesehen wurde. Dass die Realisierbarkeit der Projekte bei Jena als besser einge-

schätzt worden sein soll, kann ich gar nicht nachvollziehen.

Hätte man bei der Präsentation mehr Show bieten sollen?

Jakobs: Das wollten wir ja nun gerade nicht machen. Die Jury wollte Authentizität, und wir wollten authentisch bleiben. Kraft der Leute sollte klar werden, dass wir da vorn voll hinter dem Konzept stehen. Mag sein, dass manchem im Publikum, den Schülern zum Beispiel, die Show Jena besser gefallen hat, das kann ich verstehen. Aber ich habe auch von vielen im Saal gehört, dass sie uns

echter fanden. Den Ausschlag hat das sicher nicht gegeben.

Was wird bleiben nun von den geplanten Projekten?

Jakobs: Das neue Edikt von Potsdam ist als förderwürdig interpretiert worden, das werden wir voranbringen. Und all die Projekte, mit denen wir Wissenschaft mobil machen und in die Stadtteile bringen, die Wissenschaftsstraßenbahn zum Beispiel, möchte ich weiter verfolgen. Am Montag setzen wir uns zusammen und beraten, was wir in Zukunft fortsetzen wollen und können.

MAZ, 22.03.2007

Tanz für Toleranz

1500 Zuschauer bei „Rhythm against Racism“ am Luisenplatz

SEBASTIAN SCHOLZE

INNENSTADT ■ Es war der Moment, der wohl am besten verdeutlichte, wofür die über den Luisenplatz und die City schallende Musik stand: Als die ungarische Band „Little Cow“ ihren Auftritt begann, war ihre Rock-Musik mit folkloristischen Elementen textlich sicher nicht für alle zu erlassen. Dennoch tanzten die Menschen fröhlich, jenseits aller Grenzen von Hautfarbe, Religion oder Ansicht miteinander. Schon zum siebenten Mal veranstaltete der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit der Initiative „Tolerantes Brandenburg“ den „Rock gegen Rechts“, mittlerweile als „Rhythm against Racism“ bekannt. Nach Polizeiangaben kamen 1500 Gäste. Frech prangte das Plakat „Kein Sex mit Nazis!“ auf der Bühne, als DGB-Regionalsvorsitzender Detlef Baer und Oberbürgermeister Jann Jakobs die Versam-

melten aufriefen, in ihrem Handeln gegen Neonazis und rechte Gruppierungen nicht nachzulassen. Baer war erfreut darüber, dass so viele den Weg gefunden hatten, bedauerte aber gleichzeitig, dass „unser Konzert immer noch notwendig ist“. Jakobs forderte, „dass auch der Alltagsrassismus in Form von böden Witzen“ aufhören müsse.

melten aufriefen, in ihrem Handeln gegen Neonazis und rechte Gruppierungen nicht nachzulassen. Baer war erfreut darüber, dass so viele den Weg gefunden hatten, bedauerte aber gleichzeitig, dass „unser Konzert immer noch notwendig ist“. Jakobs forderte, „dass auch der Alltagsrassismus in Form von böden Witzen“ aufhören müsse.

„Potsdam bekommt Farbe“, rief er kämpferisch.

Alfred Roos vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Freundschaftsfeindlichkeit erinnerte daran, dass immer noch viele Übergriffe verübt werden. „Die Nazis mögen mit CDs vor Schulhöfen um Nachwuchs werben“, rief er, „aber wir haben die bessere Musik!“

Während am Rande des Platzes Organisationen wie Amnesty International und der DGB auf sich aufmerksam machen und Aktionen wie „Jugendfeuerwehr gegen Rechts“ um Unterstützung warben, durfte die Teltower

Band „Kantholz“ mit ihrer Mischung aus Ska und Dancehall den Abend eröffnen. Schnell sprangen die Besucher auf den treibenden Beat an, feierten ausgelassen zu Liedern wie „Sauer macht lustig.“ Ein manchmal wehmütiges Akkordeon begleitete danach die Gitarren der ungarischen Musiker, die auch mit ihrer unaufdringlichen Art beim Publikum ankamen. Als Vertreter Potsdams traten die Musiker von „Maggies Farm“ auf – wie alle Bands des Abends spielten sie ohne Gage.

Mit „5Bugs“ aus Berlin kam der Höhepunkt zum Schluss. Melodioser Rock, direkt nach vorne – die große Schar auf dem Luisenplatz wusste die Spielart zu schätzen. Fröhlich spielten die Berliner, bis Sänger Chris die Zuschauer zum Stagediving aufforderte: „Es ist laut Grundgesetz nicht verboten – ihr könnt also kein Gesetz brechen!“ Nur zu gern kam man seinen Worten nach.

MAZ, 02.05.2007

Bahnhof wieder sicher

Kein „Bedrohungspotenzial“ durch rechte Szene mehr

Potsdam hat weder eine durchgehend organisierte rechte Szene, noch gibt es derzeit einschlägig bekannte Treffpunkte von Neonazis. Diese Einschätzung trafen Oberbürgermeister Jann Jakobs und Renate Michael vom Schutzbereich der Potsdamer Polizei gestern vor Journalisten. Noch vor kurzem war das anders. Wie aus dem ersten Rechenschaftsbericht des Lokalen Aktionsplanes gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hervorgeht, galt der Potsdamer Hauptbahnhof zuletzt als „wohl wichtigster Treffpunkt rechter Jugendlichen“.

Begünstigt durch die zentrale Lage hätten sich dort im Sommer 2005 neben Potsdamer Neonazis auch solche aus

der rechten Szene des Umlandes eingefunden und in einer Gaststätte in der Spange „Beobachtungsposten“ bezogen. Viele Passanten hätten sich „bedroht“ gefühlt, sagte Jakobs. Als Gründe nennt der Bericht das „unterschiedliche Anzeigenverhalten von Polizei und Sicherheitsdiensten sowie Bundespolizei“. Die beiden letztgenannten sind für das Innere des Bahnhofs zuständig. Den Gewerbetreibenden wirft der Bericht zudem „Tolerierung“ der Rechten und dem Centermanagement „fehlendes Problembewusstsein“ vor. Inzwischen hätten jedoch alle Beteiligten das Problem erkannt und gegengesteuert. Sicherheitsleute und Polizei seien geschult und über neue „Symbole der

rechtsextremen Szene“ in Kenntnis gesetzt worden. Vom Hauptbahnhof gehe kein „Bedrohungspotenzial“ mehr aus, sagte Michael.

Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes gibt es in Potsdam keine rechtsextremen Parteistrukturen und keine rechten Kameradschaften. Bilanziert wird eine „unorganisierte Szene“, allerdings auch für 2005 ein Anstieg von rechtsextremistisch motivierten Straftaten. Im Zuge der bevorstehenden Kommunalwahl werde der Beirat, der zur Umsetzung des Aktionsplanes ins Leben gerufen wurde, weitere Erkenntnisse zusammengetragen und auswerten, sagte Jakobs. Dazu werde man mit allen demokratischen Parteien zusammenarbeiten. *pee*

MAZ, 25.07.2007

Nazis bedingt organisiert

Verfassungsschutz: „Anzeichen von Strukturierung“

Im Streit um Stärke und Organisiertheit der rechtsextremen Szene in Potsdam gibt es nun eine offizielle Bewertung des Brandenburgischen Verfassungsschutzes. „In Potsdam sind Anzeichen einer Strukturierung der rechtsextremistischen Szene erkennbar“, sagte Geert Piorkowski, Sprecher des Brandenburger Innenministeriums, an dem der Verfassungsschutz angegliedert ist. Dies werde unter anderem dadurch deutlich, dass Potsdamer Rechte an von Neonazis oder der NPD organisierten Demonstrationen teilnehmen würden. Zudem würde die Potsdamer Szene rechtes Propagandamaterial verteilen, „Potsdamer Neonazis suchen auch die Nähe zur NPD, die allerdings in der Landeshauptstadt keine aktiven Strukturen hat“, so Piorkowski.

Damit nimmt der Verfassungsschutz eine Position zwischen dem Oberbürgermeister und der Autonomen Antifaschistischen Linke Potsdam (AALP) ein. Gestern hatte die AALP in einer Mitteilung von einer „organisierten rechtsextremen Szene“ in Potsdam gesprochen und Jann Jakobs (SPD) sowie den Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit angegriffen: Die rechte Szene der Stadt dürfe nicht tolgeschwiegen werden.

Jann Jakobs hatte im Juli vor Journalisten eine Bilanz für den Beirat gezogen und gesagt, dass von einer organisierten rechtsextremen Szene in Potsdam keine Rede mehr sein könne (PNN berichtet).

Zu den unterschiedlichen Sichtweisen auf das Problem Rechtsextremismus äußerte sich gestern auch das Büro von Jakobs: Das Stadtoberhaupt habe mit seinen Äußerungen nichts verharmlosen wollen, sondern nur den vom gesamten Beirat abgesegneten Rechenschaftsbericht vorgebracht, so Dieter Jetschmanegg vom Büro von Jakobs: „Es ist nicht gesagt worden, dass das Problem ignoriert wird.“ Würden nun Dinge wie die Bedrohung linker Jugendlicher durch Neonazis in Fahrland publik, sei dies ein Anlass sich über den Beirat mit diesem Problem zu befassen, so Jetschmanegg. „Auch mit Blick auf die Kommunalwahl wird sich der Beirat zusammensetzen, um eine Strategie zu erarbeiten, falls die NPD in Potsdam zur Wahl antritt.“ Dabei sei es gut, dass sich viele gesellschaftliche Kräfte in dem Gremium befänden, auch Linke.

Die AALP allerdings nicht. Der Verfassungsschutz schätzt sie als nicht unproblematisch ein. „Es gibt Hinweise, dass Verbindungen zwischen Linksextremisten und der AALP bestehen“, so Piorkowski vom Innenministerium. HENRI KRAMER

PNN, 22.08.2007

Vorwürfe gegen Jugendklub

Stadt stellt sich vor die Klubleitung in Fahrland

FAHRLAND ■ Der Treffpunkt Fahrland ist wegen seiner akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Klubbesuchern unter Beschuss geraten. Treffpunkt-Leiter Thomas Liebe musste sich am Donnerstagabend im Jugendhilfeausschuss schwerer Vorwürfe von Frank Wernick-Otto erwehren, der als sachkundiger Bürger für die Grünen im Ausschuss sitzt. Wernick-Otto warf Liebe eine Verharmlosung rechtsextremer Täter vor und forderte ihn auf, sich von entsprechenden Zitaten in der Presse zu distanzieren. Das tat Liebe aber nicht, und auch Sozialdezernentin Elona Müller und Jugendamtsleiter Norbert Schweers stellen sich schützend vor ihn. Liebe sah sich zu Unrecht „in die rechte Ecke gedrängt“, nachdem man einen

Anzeige

als rechts oder eher rechts beschreiben; das könne man nicht ignorieren. Es gebe in Fahrland aber einen „nachweisbaren Rückgang“ an extremistischen Delikten und Täufern, was auch dem Klub zu verdanken sei. Bei einer Sitzung des Beirates zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans gegen Gewalt und Rechtsextremismus Anfang September soll Liebe zur Situation in Fahrland gesagt haben, der Ortsteil habe mehr Probleme mit Linken als mit Rechten. Zudem seien die Rechten in seinem Klub gewaltfrei und würden keinen verdrängen. „Wir dürfen Jugendliche nicht vertreiben“, mahnte Schweers jetzt. Jugendarbeit müsse auch extreme Jugendliche erfassen, „damit es keine Verstärkung der Szenen gibt.“ rai

Liebe zitierte die jüngste Shell-Studie, wonach rund 20 Prozent der Jugendlichen sich

MAZ, 29.09.2007

2008



**Stolpersteine
in Potsdam**

**Ich wähle,
weil...**

„... mit Politik viel
verändert werden kann
und einiges verändert
werden könnte
und müsste.“ *Alina (18)*

30 Kandidaten wollen dich überzeugen.
Für sie voten kannst du zwischen dem
15. Juni und 10. August.
Außerdem: Infos zur Wahl, Kandidaten-
Portraits, Umfragen und Gewinnspiele!

Stimme ab für mich unter:

www.ich-waehle-weil.de

Eine Aktion von: *Politik kennt Farbe!*    

Links: Erstmals Verlegung der
STOLPERSTEINE in Potsdam
Rechts: Flyer der Erstwählerkampagne
„Ich wähle weil...“

Presse

„Geschichtsstunde auf Gleis 1“, MAZ, 23.04.2008 +++ „Potsdams Jugend bekennt Farbe“, MAZ, 02.05.2008 +++ „40 Bewerber für Erstwählerkampagne“, PNN, 27.05.2008 +++ „Potsdam bekennt Farbe“, MAZ, 17.09.2008 +++ „Toleranz-Flagge am Luisenplatz gehisst“, MAZ, 18.09.2008 +++ „Festival der Demokratie“, MAZ, 20./21.09.2008 +++ „Fest der Toleranz“, Blickpunkt, 20.09.2008 +++ „Demonstration gegen DVU“, PamS, 21.09.2008 +++ „Fest für Toleranz“, MAZ, 22.09.2008 +++ „Protest gegen DVU: demokratisch oder nicht?“, PNN, 29.09.2008 +++ „Warnschuss vom rechten Rand“, MAZ, 30.09.2008 +++ „Fest der Toleranz“, MAZ, 10.10.2008

17. Januar

22. Sitzung des Bündnisses. Die im Ergebnis der Sondersitzung vom 16. November 2007 gebildeten AG's informieren über Zwischenstände ihrer Arbeit. Das Bündnis befasst sich mit einer Konzeption zur Dokumentation der eigenen Arbeit. Eingeladene Jugendliche berichten über die Situation im Wohngebiet Drewitz. Das Bündnis und der Aktionsfonds für Toleranz und Demokratie Potsdam e.V. führen eine Bestandsanalyse durch.

26. Februar

Im Ergebnis der 22. Sitzung des Bündnisses erfolgt eine Zusammenkunft von Akteuren der Stadtteile Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld, koordiniert durch die Ausländerbeauftragte, um die Situation rechtsextremer Aktivitäten in diesen Stadtteilen einzuschätzen. Eine Problemerkörterung zwischen den lokalen Akteuren, dem MBT und dem Stadtkontor ist verabredet. Das MBT hat bereits Beratungsangebote an die örtlichen Schulen vermittelt.

11. März

23. Sitzung des Bündnisses. Die AG „Zielgruppen“ präsentiert die Jung- und Erstwählerkampagne „Ich wähle, weil...“. Das Bündnis stimmt das weitere Vorgehen hinsichtlich des Internetauftritts von „Potsdam bekennt Farbe“ ab. Die Ergebnisse der Konferenz der Landeshauptstadt Potsdam mit ihren Partnerstädten zum Thema „Strategien für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ vom 19. bis 21. Februar werden vorgestellt.

28. März

Pressemitteilung des Bündnisses zur Kommunalwahl am 28. September 2008. Darin informiert das Bündnis die Öffentlichkeit über die gebildeten AG's „Gemeinsamer Wahlauf Ruf“, „Jung- und Erstwähler“ und „Kommunikation und Information“.

6. Mai

24. Sitzung des Bündnisses. Der proWissen Potsdam e.V. und medienlabor - Agentur für Kommunikation und Medienentwicklung KG informieren über den Fortgang des Projektes des neuen „Potsdamer Toleranzediktes“. Die AG's „Kommunalwahl“ geben einen Zwischenstand. Gemeinsam mit Jugendlichen wird ein rechtsextremer Übergriff am 1. Mai an der Pirschheide besprochen. Die SIKO berichtet von einer Zunahme rechtsextremer Graffiti seit Januar. Am 26. April sollen gegenüber der Ausstellung „Zug der Erinnerung“ am Hauptbahnhof durch Besucher des Baublütenfestes in Werder fremdenfeindliche und rassistische Bemerkungen gefallen sein. Die Ausländerbeauftragte informiert über die Vorbereitung der Interkulturellen Woche und des Integrationspreises. Die Aktivitäten Rechtsextremer im Ortsteil Fahrland werden erneut thematisiert.

26. Juni

25. Sitzung des Bündnisses. Zwei Einwohner Potsdams beraten mit dem Bündnis über rechts-extrem anmutende Flaggen, woraufhin das MBT Beratungsunterstützung zusichert. Der Verfassungsschutz informiert über rechtsextreme Aktivitäten im Vorfeld der Kommunalwahl. Das Bündnis berät über Erkenntnisse zu rechtsextremen Übergriffen in Potsdam im April und Mai. Das

Bündnis will Handlungsempfehlungen für Veranstalter und die Landeshauptstadt Potsdam formulieren, um extremistischem, rassistischem, antisemitischem oder anderweitig diskriminierendem Gedankengut auf städtischen Veranstaltungen und in städtischen Einrichtungen begegnen zu können. Das Sicherheitsunternehmen GSE-Protect mbH wird Bündnismitglied.

2. September

26. Sitzung des Bündnisses. Beschluss zur Durchführung des Festes der Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit vor dem Brandenburger Tor. Diskussion einer Ausstellungskonzeption „Potsdam bekennt Farbe“. Auswertung einer internen Befragung der Bündnismitglieder durch die SIKO und GSE zur Arbeit des Bündnisses. Als Ergebnisse für die weitere Arbeit werden festgehalten: Eine stärkere Fokussierung auf präventive Maßnahmen, Kontrolle und Reflexion von Maßnahmen, Frage- und Problemstellungen, die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, um über Alltagserfolge berichten zu können, Zielgruppen wie Jugendliche, Flüchtlinge und Experten sollen besser eingebunden werden und das Bündnis muss als selbstbestimmter Akteur in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen werden. Bericht zur Vorbereitung der zweiten Konferenz der Partnerstädte der Landeshauptstadt Potsdam zum Thema „Jugend und Gewalt“ im Herbst 2009.

11. September

Sondersitzung des Bündnisses. Bericht über den Stand der Vorbereitungen für das erste „Potsdamer Fest der Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit“ am 20. September vor dem Brandenburger Tor.

20. September

Das erste „Potsdamer Fest der Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit“ setzt ein Zeichen für Weltoffenheit und Toleranz. Zur gleichen Zeit findet auf dem Luisenplatz eine Kundgebung der DVU mit ca. 40 Teilnehmern statt. Das starke zivilgesellschaftliche Engagement der Potsdamer Bevölkerung, des Bündnisses und seiner Partner bewirken die frühzeitige Auflösung dieser Veranstaltung. Das Fest zieht 1.500 Besucher an.

18. November

Sondersitzung des Bündnisses. Nach einer genehmigten Demonstration unter dem Motto „Freiräume statt Schlossträume“ feiern Jugendliche in der geschlossenen Skaterhalle in der Kurfürstenstraße. In der Nacht zum 9. November wird die nicht genehmigte Veranstaltung aufgelöst. In den Medien werden Vorwürfe gegen diesen Polizeieinsatz geäußert. Das Bündnis vermittelt den Austausch zwischen Betroffenen aus der alternativen Jugendszene und dem Schutzbereich der Polizei Potsdam.

25. November

27. Sitzung des Bündnisses. Mit der Stellungnahme „Beirat verurteilt Naziaktion“ reagiert das Bündnis auf die Gründung eines Stützpunktes der Jungen Nationaldemokraten am 9.11. und die missbräuchliche Nutzung der Turnhalle des Schiller-Gymnasiums. Das Bündnis weist auf Möglichkeiten hin, wie Veranstalter sich gegen solche Vereinnahmung schützen können. Handlungsempfehlungen zur Arbeit des Bündnisses, die im Februar erarbeitet worden waren, werden vorgestellt. Die Evaluation des LAP ist für das Jahr 2009 geplant. Das „Potsdamer Fest für Toleranz“ und die Ergebnisse der AG's zur Kommunalwahl werden als Erfolg gewertet. Abstimmung zum Konzept des Opferperspektive e.V. zur Broschüre „Eigentlich fühle ich mich hier wohl. Alltagsrassismus in Potsdam“.

November

Die Jung- und Erstwählerkampagne „Ich wähle, weil...“ ist für den Politikaward des Fachmagazins „politik & kommunikation“ in der Kategorie gesellschaftliche Organisation nominiert.

Mitglieder des Bündnisses	
ASTA der Universität Potsdam	MBT
Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Potsdam	Opferperspektive e.V.
DGB Region Mark Brandenburg	Polizeipräsidium Potsdam – Schutzbereich Potsdam
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	RAA Brandenburg
Fanprojekt Babelsberg des Diakonischen Werkes e.V.	SIKO
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Stadtsportbund Potsdam e.V.
GSE	Stadtjugendring Potsdam e.V.
JeP e.V.	Täter-Opfer-Ausgleich des Diakonischen Werkes e.V.
Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam	Wildwuchs Streetwork des Diakonischen Werkes e.V.
Lösungsweg e.V.	

Aktionen der Bündnismitglieder

23.1.	Beginn des Projektes „Potsdamer Toleranzedikt – Für ein weltoffenes und tolerantes Potsdam“ als ein Kooperationsprojekt der Landeshauptstadt Potsdam und proWissen Potsdam e.V.
25.1.	Die Waldorfschule Potsdam erhält als zweite Potsdamer Schule den Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, unterstützt durch die RAA Brandenburg. Patin wird die Leiterin der Gedenkstätte „Lindenstraße 54“ Catrin Eich.
19.2. bis 21.2.	1. Konferenz der Landeshauptstadt Potsdam mit ihren Partnerstädten. Vertreter aus Bonn, Luzern, Opole und Perugia tauschen sich zum Thema „Strategien für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ aus. Die Konferenz ist eine der auf der 14. Sitzung des Bündnisses (25. April 2006) beschlossenen langfristigen Maßnahmen. In den AG's „Kommunale Strategien“ und „Migration“ fand eine rege Diskussion statt. Die Konferenz wird mit der Verabschiedung von Handlungsempfehlungen beendet.
2.4.	Die Landeshauptstadt Potsdam wird Mitglied des aus der ECCAR hervorgegangenen gleichnamigen Vereins. (Beschluss 08/SVV/0292)
25. und 26.4.	Im Hauptbahnhof Potsdam besuchen mehr als 3.100 Menschen die Ausstellung zur Deportation von Kindern in der Zeit des Nationalsozialismus - „Zug der Erinnerung“. Die Bündnismitglieder RAA Brandenburg, der DGB Region Mark Brandenburg und die Landeshauptstadt Potsdam unterstützten das Projekt und erinnern an den 100. Geburtstag von Oskar Schindler.
30.4.	„Rhythm against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit mehr als 3.000 Besuchern.
2.6.	Die Weidenhof-Grundschule erhält als dritte Potsdamer Schule den Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, unterstützt durch die RAA Brandenburg. Die Patenschaft übernehmen Yvonne Bönisch (Judo Olympiasiegerin) und Kevin Kuske (Olympiasieger im Zweier- und Viererbob).
27.6.	„Straßenfußball für Toleranz“ im Rahmen des LBS-Cups, gemeinsam organisiert von der Landeshauptstadt Potsdam, der Stadtsporjugend Potsdam und der Brandenburgischen Sportjugend auf dem Luisenplatz.
2.7.	Die SVV beschließt das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (08/SVV/0434).
3.7.	Erstmals werden in Potsdam im Rahmen der Aktion „STOLPERSTEINE“ durch den Kölner Künstler Gunter Demnig sieben Gedenktafeln aus Messing in unmittelbarer Nähe des letzten selbstgewählten Wohnortes der jeweiligen Opfer verlegt. Die Schicksale von jüdischen Mitbürgern in Potsdam hatten Schüler der Voltaire-Gesamtschule und des Helmholtz-Gymnasiums recherchiert.
13.9.	Demonstration des Bündnisses „Keine Stimme den Nazis“ durch die Neubaugebiete Waldstadt, Stern und Drewitz mit rund 400 Teilnehmern. Eine Kampagne gegen den möglichen Einzug von DVU bzw. NPD in Kreistage bzw. Stadtparlamente im Ergebnis der Kommunalwahl am 28. September.
18. bis 20.9.	Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam an der Mitgliederversammlung und dem Treffen des Lenkungsausschusses der ECCAR in Bologna.

20.9.	Protestaktionen gegen die DVU-Kundgebung auf dem Luisenplatz mit dem Motto „Der DVU die Show stehlen“, organisiert von der AG Antirassismus des AStA und der Antifa sowie eine Kundgebung von der Linksjugend SOLID.
5.10.	Die Landeshauptstadt Potsdam verleiht den vierten Integrationspreis.
5.10. bis 12.10.	Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in Potsdam unter dem Motto „Teilhabe – Teil werden!“
10.10.	Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam und Prof. Heinz Kleger stellen der Öffentlichkeit das neue „Potsdamer Toleranzedikt – Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft“ vor. Das hundertseitige Buch ist das Ergebnis eines achtmonatigen Stadtgesprächs.
29.10. bis 15.11.	Die Ausstellung zum Potsdamer Toleranzedikt im Hauptbahnhof besuchen rund 1.200 Interessierte. Diskussionsrunden zu den Themen Gewalt, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus von Potsdamer Schülern mit der RAA Brandenburg, Schulsozialarbeitern, dem Lehrstuhl für Friedensziehung, Konfliktbearbeitung und Ökologie an der FH Potsdam, dem Bus e.V. Potsdam und dem Opferperspektive e.V. ergänzen das Programm.
28.11.	Neben Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen, die sich an der Unternehmensinitiative „Charta der Vielfalt“ beteiligt haben, wird auch der Landeshauptstadt Potsdam die Urkunde durch den Koordinator der Charta Dr. Ullrich Jahnke (Bundeskanzleramt) überreicht.



Protestformen gegen die DVU-Kundgebung am Luisenplatz



Beteiligung an dem Stadtgespräch für das „Potsdamer Toleranzedikt“

Potsdams Jugend bekennt Farbe

POLITIK Antirassismus-Festival am Vorabend des 1. Mai auf dem Luisenplatz

Mittlerweile ist es eine gute Tradition: Am Vorabend des 1. Mai kommt die Jugend der Landeshauptstadt zu einer fröhlichen und lauten Kundgebung auf den Luisenplatz.

Von Ulli Behne

INNENSTADT / Am 30. April fand unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Jan Jacobs auf dem Luisenplatz bereits zum 8. Mal das „Rhythm Against Racism“-Festival der DGB-Jugend statt. Aus dem politischen und auch aus dem musikalischen Kalender der Stadt Potsdam ist dieser Termin nicht mehr wegzudenken. Hier hat sich eine nicht zu überhörende Tradition im positiven Sinne entwickelt.

Über 3000 vorwiegend jugendliche Besucher waren

auf den Luisenplatz gekommen, um sich zu informieren, Spaß zu haben und zu feiern. Gerade im Vorfeld der Kommunalwahlen ist es wichtig, sich Intoleranz und Rassismus entgegen zu stellen und Farbe zu bekennen. Die Infostände auf dem Luisenplatz waren dann auch entsprechend beleuchtet. Gemeinsam mit anderen Initiativen streiten Kampagnen des Bündnisses „Est- und Jungwähler“, der DGB-Jugend und des Fördervereins Jugendarbeit in der Region, mit Fantasie und

Kreativität für ein tolemares Brandenburg. Dross Politik auch Spaß machen kann, war ein wichtiges Signal dieses Festivals. Die Reden der Schirmherren waren jugendfreudlich kurz und auf den Punkt gebracht. Danach ging es musikalisch zur Sache.

Zum Auftakt spielte das Trio „Khepra Karacho“, Name

und Programm passen da gut zusammen. Mit Gitarre, Synthesizer und Drums kreieren sie treibende Songs mit ganz witzigen deutschen Texten. Ein echter Bassist hätte der Musik allerdings gut getan, technischer Ersatz ist eben doch leblos und nimmt der Musik die Farbe.

Die zweite Band „Radiohavana“ bot deutschen Punk in klassischer Besetzung mit Bass, Gitarre, Schlagzeug und Gesang. Das Klang ganz unterhaltsam und gedanklich, aber auch beliebig und nicht

sehr eigen. Für richtigen Punk war das zu zahm und zu gefällig, so dass dem Hörer am Ende wenig bleibt, was ihn später an „Radiohavana“ erinnern könnte.

Glückwobobos, die dritte Band des Abends, brachten Ska-Musik in der Beine der Besucher. Mit drei Bläsern, Keyboard, Gitarre, Bass- und

Schlagzeug konnten sie, dank satirer Ska-Sounds, den Platz musikalisch in Bewegung versetzen. Die Songs litten aber sehr deutlich unter dem Weggang des ursprünglichen Sängers der Band. Diese Schwachstelle ließ sich auch musikalisch nicht wettmachen. Den Tänzern war es aber offensichtlich egal, der Spaß stand im Vordergrund.

Mit EL*KE als letzter Band des Abends stand wieder ein Trio auf der Bühne. Das wuchtigen Crossover-Hardrock mit deutschen Texten präsentierten. Laut, direkt und trotzdem ambitioniert und unverwechselbar. Das passte gut zum Abend und zum Thema des Veranstaltung, hatte den nötigen Druck und artikulierte die Wut über Intoleranz und rechte Verbotsheute. Hier ist kein Platz für Nazi-Spinner, haut besser ab und war für immer.

www.tb-mathisbismark.de
www.brandenburg-jugend.org www.bund-120wahlen-04a.de

*Laut, direkt
und trotzdem
ambitioniert
und unver-
wechselbar*

MAZ, 02.05.2008

Potsdam bekennt Farbe

TOLERANZ Stadtfest am Brandenburger Tor / Großtransparente „Nazis? Nein danke!“

Mit einem Fest der Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit sollen die Potsdamer Bürger am Samstag erneut Farbe bekennen.

Von Peter Degener

INNENSTADT Die Stadtverwaltung veranstaltet am kommenden Samstag ein „Fest der Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit“ am Brandenburger Tor. Von 11 bis 16 Uhr gibt es ein buntes Bühnenprogramm mit afro-brasilianischen Rhythmen, dem Musikkabarett „Schwarze Grüze“ und weiteren Bands. Auf dem Grünstreifen der Schopenhauerstraße zeigen auf einer „Meile der Demokratie“ Verbände, demokratische

Parteien und Institutionen ihre Arbeit für Toleranz. Mit großen Transparenten am Brandenburger Tor und dem Sparkassen-Gebäude am Luisenplatz will die Stadt ihre Meinung zum nahe stattfindenden DVU-Aufmarsch präsentieren: Darauf heißt es: „Nazis? Nein danke!“ Fröhlichkeit und Nachdenklichkeit sollen den Charakter des Festes prägen“, so Oberbürgermeister Jan Jacobs gestern.

Er hoffe, auch die Teilnehmer der zwei weiteren Protestveranstaltungen in das Fest mit einbeziehen zu können.

Um 12 Uhr wird der neue Superintendent Joachim Zehner mit dem katholischen Professor Johann Hafner ein ökumenisches Mittagsgebet spre-

chen. Die Junge Gemeinde wolle wieder Schals und T-Shirts mit dem Slogan „Potsdam bekennt Farbe“ vertreiben. Außerdem werde es ein stadtwides Glockenläuten geben, wie Stadtkirchenpfarrer Markus Schütte gestern angekündigt. Er sei auch in Gesprächen mit der jüdischen Gemeinde, wo es wegen des Sabbat am Samstag aber Vorbehalte gegen einen Redebeitrag gebe.

Der Stadtsporbund veranstaltet auf dem Vorplatz des Brandenburger Tors ein Fußballturnier mit 12 Mannschaften. Darunter sind Teams der demokratischen Parteien, die mit ihren Wahlkandidaten spielen werden, ein Team der Stadtverwaltung und des FFC Turbine

Potsdam. Schütte kündigte an, eine Mannschaft aus Pfarrern zusammenzustellen. Bis morgen können sich noch Teams beim Stadtsportbund anmelden.

Auch die Gaststätten „Luisa Seconda“, „Gohibar“ und „Asman“ beteiligen sich am Fest. Sie laden zu „Champagner, Sekt und Cuba Libre gegen Rechts und Fremdenfeindlichkeit“ und spenden von jedem verkauften Glas einen Euro an die Initiative „Potsdam bekennt Farbe“.

Der Oberbürgermeister lädt zudem weitere Gruppen oder Künstler, die sich in dem Anlegen des Festes verbunden fühlen, auf die Bühne vor dem Brandenburger Tor ein.

Info Anmeldungen zum Bühnenprogramm in der Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz unter 0331/289 34 24.

*Fröhlichkeit
und Nach-
denklichkeit
als Charakter
des Festes*

MAZ, 17.09.2008

Festival der Demokratie

POLITIK Veranstaltungen heute am Brandenburger Tor und rund um den Luisenplatz

„Nazis? Nein Danke“
Unter diesem Motto
begegnet die Stadt heute
einem geplanten
Aufmarsch der DVU.

Von Peter Degener

INNENSTADT | Heute findet am Brandenburger Tor das Festival für Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit statt. Von 11 bis 15.30 Uhr gibt es ein Bühnenprogramm, das von Attila Weidemann moderiert wird. Bei einem Straßenfußballturnier des Stadtsportbundes treten zwölf Teams unter anderem von Wahlkandidaten, der evangelischen Kirche und von Jugendclubs gegeneinander an. Um 12 Uhr beginnt ein ökumenischer Gottesdienst, bei dem der neue Superintendent Joachim Zehner erstmals nach seiner Amtseinführung öffentlich spricht. Außerdem gibt es eine Meile der Demokratie entlang des Grünstreifens der Schopenhauerstraße. Dort präsentieren sich Institutionen, die sich für ein tolerantes Miteinander einsetzen. Auch die demokratischen Parteien sind vertreten.

Unter dem Motto „Der DVU die Show stehlen“ beginnt um 11 Uhr ein Protestmarsch am Hauptbahnhof, der bis in die Schopenhauerstraße führt und von der AG Antirassismus sowie der AG Antifa organisiert wird. Neben dem Brandenburger Tor veranstaltet die Linksjugend „Solid“ ab 11 Uhr eine Kundgebung mit Musik und Redebeiträgen, welche die Unterbringung von Asylbewerbern am

Stadtrand und Ausländerfeindlichkeit thematisieren.

Seit gestern hängt ein Großtransparent mit der Aufschrift „Nazis? Nein danke“ am Brandenburger Tor. Außerdem ist der Bauzaun um den Brunnen am Luisenplatz mittlerweile mit Folien verkleidet, die bis heute morgen von Sprayern bunt gestaltet werden. Rund um den Luisenplatz verkaufen die Gastronomen unter Motto „Champagner, Sekt und Cuba Libre gegen Rechts und Fremdenfeindlichkeit“ Cocktails, von deren Erlös sie je einen Euro an die Initiative „Potsdam bekennt Farbe!“ spenden. Blickdichte, bunte Zäune sollen die Wahlkundgebung der DVU auf der nordwestlichen Ecke des Luisenplatzes aus dem Blickfeld der Festivalbesucher nehmen.

Was erwarten Sie vom Fest für Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit?

<p>Markus Schütte (Stadtpfarrer): Ich denke, wir setzen heute ein deutliches Zeichen für die Weltoffenheit Potsdams. Aber gewaltfrei! Luther sagte, „lasst die Geister aufeinander prallen und haltet die Fäuste stille.“</p>	<p>Ursula Löbel (Stadtverwaltung): Ich erwarte sehr viele Besucher auf diesem Fest, die sich friedlich für Toleranz aussprechen. Meine Hoffnung ist, dass wir dabei ein möglichst buntes Programm gegen Braun setzen.</p>	<p>Steffen Kühne (Linksjugend „solid“): Dass die Stadt aktiv geworden ist, finde ich gut, die DVU totzuschweigen aber nicht. Um uns mit deren Heucheleien auseinanderzusetzen, veranstalten wir unsere Kundgebung.</p>
<p>Karin Kregel: Wo ich herkomme, endet sowas leider immer in Krawall. Ich erwarte aber, dass die Toleranz durch so ein Fest wächst, aber bloß nicht gegenüber diesem Truppendenkmal auf der anderen Platzseite.</p>	<p>Sascha Rode: Ich erwarte von den Potsdamern, dass sie herkommen und das Fest nicht ignorieren, weil sie denken, die anderen werden schon hingehen. Ich werde da sein, um gegen die braune Brut zu protestieren.</p>	<p>Robert Forisch: Diese Parteien dürfen demonstrieren und nutzen das für ihre Propaganda. Deshalb finde ich zu viel Aufmerksamkeit falsch. Die Leute sollten sich still hinstellen und ihnen den Rücken zudrehen. <i>Notiert/Fotos: pede</i></p>

MAZ, 20.09.2008

Demonstrationen gegen DVU

Über 1500 Menschen bei Protesten / NPD- und Neonazi-Kader bei DVU

Potsdam – Gegen eine mehrstündige Wahlveranstaltung der rechtsextremen DVU hat es gestern in Potsdam mehrere Protestveranstaltungen gegeben. Zu einem von der Stadt initiierten Demokratiefest am Brandenburger Tor kamen nach Angaben eines Sprechers etwa 1200 Menschen. Am Mittag startete zudem eine Demonstration von etwa 400 vornehmlich Autonomen zum Luisenplatz. Auch der Jugendverband der Linkspartei „solid“ versammelte bei einer Kundgebung hunderte Teilnehmer.

Zur Kundgebung der rechtsextremen DVU auf dem Luisenplatz kamen knapp 50 Teilnehmer. Neben einigen DVU-Kandidaten zur Kommunalwahl waren auch der NPD-Politiker Thomas Wulff sowie der Neonazi-Aktivist Christian Worch unter den Teilnehmern. Größere Zusammenstöße zwischen DVU-Anhängern und Gegen-demonstrantengab es nach Polizeiangaben nicht. Die DVU musste ihre Kundgebung jedoch vorzeitig abbrechen, weil eine Antifagruppe das Stromaggregat zerstört hatte. Zwei Personen wurden

vorläufig festgenommen. Nach dem Abbruch wurde der Truck der DVU in der Zeppelinstraße mit Steinen beworfen. Die Polizei nahm mehrere Personen fest. 600 Beamte waren insgesamt im Einsatz, einer wurde leicht verletzt.

Auf dem Programm des Demokratiefestes standen unter anderem ein Fußballturnier, das die Mannschaft des Asylbewerberheims am Lerchensteig gewann. Die demokratischen Parteien präsentierten sich mit Ständen, dazu gabes Auftritte von Potsdamer Musikgruppen. **ddp/PamS/KG/HK**

PamS, 21.09.2008

Fest für Toleranz

EXTREMISMUS Protest gegen DVU-Kundgebung

POTSDAM | Gegen eine Kundgebung der rechtsextremen DVU im Vorfeld der Kommunalwahlen haben am Sonnabend in Potsdam hunderte Menschen demonstriert. Die Stadt und die Kirchen hatten zu einem „Fest der Toleranz und Demokratie“ und einem Mittagsgottesdienst aufgerufen. Auf dem Programm standen auch ein Fußballturnier sowie Kulturveranstaltungen. Zudem präsentierten sich die demokratischen Parteien mit Ständen. Nach Angaben der Veranstalter feierten im Stadtzentrum insgesamt mehr als 1000 Menschen.

Antifagruppen hatten zudem unter dem Motto „Der DVU die Show stehlen“ zu einer Demonstration vom Hauptbahnhof zum Festort aufgerufen. Laut Polizei sind drei Personen festgenommen worden. Zudem seien Anzeigen wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte aufgenommen worden. 600 Polizisten aus Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern waren im Einsatz. Die DVU brach ihre Veranstaltung, zu der nur rund 40 Anhänger kamen, vorzeitig ab. **MAZ**

MAZ, 22.09.2008

Protest gegen DVU: demokratisch oder nicht?

DVU blendiert, 22.9. 2008

So fing es mit den Straßenkämpfen in der Weimarer Republik an: Erst die internationalen und dann die nationalen Sozialisten. Das Ende ist bekannt. Selbstjustiz ist nicht die Grundlage, auf der eine Demokratie gedeihen kann. Mal sehen, wann die ersten „Aktivisten-Korps“ aufgestellt werden.

Irene Henning, Potsdam

Die Kraft aus der Demokratie

Ich nahm als Christ an der Protestveranstal-

staltung teil und traf am Brandenburger Tor viele Gleichgesinnte beim „Fest der Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit“. Darüber wurde in der Presse weiter berichtet, allerdings mit recht eingeschränkter Wahrnehmung. So fand das Straßenfußballturnier die Aufmerksamkeit der Journalisten, doch sie berichteten mit keinem Wort von der Ökumenischen Andacht, an der sehr viele Christen, einige jüdische Mitbürger und Vertreter der verschiedenen demokratischen Parteien teilnahmen. In seiner Rede setzte sich Superintendent Dr. Zeh-

ner mit der Gefahr von Rechts und dem Gedankenflug der Ewiggestrigen auseinander. Er erinnerte an die Reichsprögnacht vor 70 Jahren und rief dazu auf, der Stimme des Hasses die Kraft, die aus Demokratie und Toleranz erwächst, entgegen zu setzen. Alle Anwesenden spürten etwas von dieser „Kraft der Demokraten“ – das dürfte eigentlich auch aufmerksamen Journalisten nicht entgangen sein. Schade, dass dies aktuell keinerlei Erwähnung fand.

Konrad Geburek, Potsdam

PNN, 29.08.2008

Warnschuss vom rechten Rand

DVU und NPD ziehen mit rund 30 Vertretern in die Kreistage und in die Stadtparlamente von Potsdam und Cottbus ein

Von Nadine Fabian

GRÖDEN | Gröden ist ein unauffälliges Dorf. Die Straßen sind gefegt, der Rasen in den Vorgärten gemäht. Ende Oktober treffen sich hier Sportfreunde zum Werner-Seelenbinder-Gedächtnislauf. Im Advent gibt der Frauenchor ein Konzert in der Kirche. Das Leben ist ruhig in Gröden.

Wo sich die letzten Häuser in den Wiesen verlieren, ist Sachsen nicht mehr weit. 15 Auto-Minuten sind es bis Dresden. Gröden und das Amt Schradenland profitieren von dieser Nähe. Wer nicht bei BASF in Schwarzhöhe untergekommen ist, arbeitet in Sachsen. Man orientiert sich südwärts. „Potsdam und Berlin sind für uns sehr fern“, sagt die Amtsdirektorin Christa Schliebe (CDU).

Doch aus Sachsen kommt nicht nur Gutes in die Mack. Wenn die Wahlurnen aufgebaut, wenn Kugelschreiber und Stimmzettel zurechtgelegt werden, fallen das Schradenland und der Landkreis Elbe-Elster aus dem Rahmen. Seit Jahren fährt die DVU hier besonders viele Stimmen ein. Schon bei der Kommunal-

wahl 2003 hatte sie zwei Sitze im Kreistag errungen. Und sie bleibt. Jetzt entfielen in Elbe-Elster 5,1 Prozent der Stimmen auf die DVU, im Schradenland 9,8, allein in Gröden waren es über zwölf. „Wir haben uns diese Entwicklung nicht gewünscht“, sagt Amtsdirektorin Schliebe. „Aber der Wähler ist souverän.“

Und er hat den rechtsextremen Parteien landesweit Stimmen gebracht. DVU und NPD halten Einzug in fast alle Kreise und kreisfreien Städte. Allein in Ostprignitz-Ruppin sowie in Frankfurt (Oder) und Brandenburg/Havel sind sie nicht vertreten – dort waren aber auch keine Bewerber angetreten. Die Rechten werden voraussichtlich mit rund 30 Vertretern in den neu gewählten Kreistagen und Stadtparlamenten sitzen. Zuvor brachte es die DVU auf neun Sitze, die NPD auf vier.

Mit ein bis drei Abgeordneten wird die NPD nun in Oberhavel, Spree-Neiße, Uckermark, Dahme-Spreewald, Oder-Spree und Havelland sowie in Cottbus vertreten sein. Allerdings scheiterte ihr Ver-

such, in Guben (Spree-Neiße) einen verurteilten Totschläger in die Stadtverordnetenversammlung zu bringen. Die DVU hält ab sofort in Märkisch-Oderland, Oberspreewald-Lausitz, Teltow-Fläming, Potsdam-Mittelmark, Prignitz sowie in Potsdam je ein bis zwei Mandate. Landesweit erreichte die NPD 1,8 Prozent – 1,3 Prozent mehr als 2003. Die DVU kommt nahezu unverändert auf 1,6 Prozent.

Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) wertete die Entwicklung als dramatisch. Der gemeinsame Kampf der demokratischen Parteien gegen den Rechtsextremismus müsse weitergehen. Von einem Rechtsruck sprach gestern dennoch niemand. Allenfalls von einem Warnsignal. „Die Rechtsextremen haben es besser als die demokratischen Parteien geschafft, ihre Stammwähler zu mobilisieren“, begründet Ray Kokoschko vom Mobilien Beratungsteam den Wahlerfolg. „Läge die Wahlbeteiligung nicht bei 50 sondern bei 70 Prozent, würde es ganz anders aussehen. Die Rechtsex-

tremen sind noch lange nicht flächendeckend in der Lokalpolitik aktiv“, betont Kokoschko. „Noch immer rekrutieren sie ihre Kandidaten aus Ballungspunkten. So stammen für Barnim die meisten Kandidaten aus Bernau.“

Den demokratischen Parteien empfiehlt Kokoschko, öfter auf die Bürger zuzugehen, enger mit den Menschen vor Ort zusammenzuarbeiten, ihnen zuzuhören: „Ansonsten nehmen wir das Problem mit in die Landtagswahl.“

Das prognostiziert auch Amtsdirektorin Schliebe. Als sich um die Jahrtausendwende immer mehr Schradenländer in der harten Realität wiederfanden, wurden die Rechtsextremen zusehends stärker. Sie schafften es ohne großen Wahlkampf, jene an die Urne zu bringen, die frustriert sind und sich von der Politik allein gelassen fühlen. „Wenn wir die Menschen, die schwanken, nicht davon überzeugen können, dass unser Weg der bessere ist, werden wir lernen müssen, mit gewissen Prozenten zu leben.“

MAZ, 30.09.2008

2009



Logo of the organization, featuring a stylized figure and text.

Eigentlich fühle ich mich hier wohl.



Oben: „Rhythm against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz

Links: Broschüre „Eigentlich fühle ich mich hier wohl“ des Vereins Opferperspektive (Potsdam, 2009)

Presse

„An die Wand“, PNN, 09.09.2009 +++ „Stadt feiert erneut gegen DVU-Demo“, PNN, 09.09.2009 +++ „Toleranzfest in Potsdam“, PamS, 13.09.2009 +++ „Toleranzfest vor dem Luisenplatz“, PNN, 15.09.2009 +++ „Toleranzfest in der City“, MAZ, 18.09.2009 +++ „Potsdam feiert am Sonntag Fest für Toleranz“, PNN, 19.09.2009 +++ „Farbe bekennen“, Blickpunkt, 19.09.2009 +++ „Es geht auch anders“, MAZ, 21.09.2009 +++ „Friedliches Toleranzfest“, MAZ, 21.09.2009 +++ „Im nächsten Jahr wieder“, MAZ, 21.09.2009 +++ „Fest für Toleranz in Potsdam“, ND, 21.09.2009 +++ „2500 gegen 54“, PNN, 21.09.2009

27. Januar

28. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis begrüßt den vorgesehenen Umzug der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber an den Schlaatz. Es unterstützt, einen Stadtverordnetenbeschluss herbeizuführen für Selbstverpflichtungen und/oder Handlungsempfehlungen der Landeshauptstadt Potsdam für ein Verbot der Darstellung und/oder Verbreitung von extremistischem, rassistischem, antisemitischem oder anderweitig diskriminierendem Gedankengut auf städtischen Veranstaltungen, in städtischen Einrichtungen usw. Zentrale Themen für 2009 sind die Evaluation des LAP und die Organisation und Koordination von Aktivitäten unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe“ zur Landtagswahl. Da die rechtsextreme DVU für den 20. September eine Veranstaltung angemeldet hat, bildet sich eine AG zur Vorbereitung des Protestes.

28. April

29. Sitzung des Bündnisses. Aufnahme der medienlabor KG als nicht stimmberechtigtes Mitglied. Das Bündnis befasst sich intensiv mit den vom SPI vorgetragenen Zwischenergebnissen der Evaluierung des LAP. Behandelt werden auch die Herausforderungen und Schwierigkeiten nach dem Umzug der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber an den Schlaatz.

14. Juli

30. Sitzung des Bündnisses. Bericht des FB Wohnen der Landeshauptstadt Potsdam zum Bearbeitungsstand von Wohnungsanträgen von Asylbewerbern. Mit Hilfe des SPI wird die Arbeit des Bündnisses analysiert und diskutiert: Das Bündnis hat mit dem Motto „Potsdam bekennt Farbe“ ein in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommenes Label geschaffen. Besonders die interne Vernetzung wurde in den zurückliegenden Jahren gestärkt. Das Bündnis vermag es, mit seinen Partnern ohne öffentliche Begründungsszenarien zielorientiert und handlungsfähig zu arbeiten.

20. September

2. „Potsdamer Fest für Toleranz“ vor dem Brandenburger Tor. 2.500 Besucher setzen ein Zeichen für ihre weltoffene Landeshauptstadt Potsdam, in der kulturelle Vielfalt akzeptiert und erwünscht ist. In unmittelbarer Nähe hält die DVU mit etwa 50 Teilnehmern eine Kundgebung ab, die durch vehementen und lautstarken Protest der Potsdamer in ihrer Wirkung äußerst beschränkt bleibt.

20. Oktober

31. Sitzung des Bündnisses. Das SPI stellt den abschließenden Evaluationsbericht des LAP und der Arbeit des Bündnisses vor. Der Opferperspektive e.V. präsentiert die Broschüre „Eigentlich fühle ich mich hier wohl. Alltagsrassismus in Potsdam“. Das 2. „Potsdamer Fest für Toleranz“ wird als großer Erfolg gewertet.

1. Dezember

32. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis diskutiert ausführlich den Evaluationsbericht des SPI. Die Broschüre des Opferperspektive e.V. fand weite Verbreitung durch die Mitglieder des Bündnisses. Das „Potsdamer Fest für Toleranz“ soll ab 2010 jährlich in einem anderen Stadtteil gefeiert werden.

1. Dezember

Die Webseite www.potsdam-bekannt-farbe.de geht online.



Eine der Kopfzeilen der Webseite des Bündnisses

Mitglieder des Bündnisses	
ASa der Universität Potsdam	Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
DGB Region Mark Brandenburg	Opferperspektive e.V.
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	Polizeipräsidium Potsdam – Schutzbereich Potsdam
Fanprojekt Babelsberg des Diakonischen Werkes e.V.	RAA Brandenburg
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	SIKO
GSE	StadtSportbund Potsdam e.V.
Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam	Stadtjugendring Potsdam e.V.
Lösungsweg e.V.	Täter-Opfer-Ausgleich des Diakonischen Werkes e.V.
MBT	Wildwuchs Streetwork des Diakonischen Werkes e.V.
medienlabor KG	

Aktionen der Bündnismitglieder	
9.3.	Auf Initiative der Landeshauptstadt Potsdam und der bereits 2008 beteiligten Schulen werden weitere sechs STOLPERSTEINE verlegt.
30.4.	„Rhythm against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit mehr als 4.500 Besuchern.
14.5. bis 16.5.	Tagung des Lenkungsausschusses der ECCAR in St. Petersburg. Vorstellung der Aktivitäten der Stadt zur Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplans“ und Vorbereitung der Generalkonferenz in Toulouse am 19. und 20. November.
18.6.	1. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam organisiert durch die Beauftragte für Migration und Integration gemeinsam mit zahlreichen migrations- und integrationsrelevanten Akteuren im Stadthaus. Die Konferenz soll die Umsetzung des Integrationskonzeptes prüfen und fortschreiben.
2.7.	Die Steuben-Gesamtschule erhält als vierte Potsdamer Schule den Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, unterstützt durch die RAA Brandenburg.
28.9. bis 4.10.	Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in Potsdam unter dem Motto „Misch mit!“
4.10.	Die Landeshauptstadt Potsdam verleiht den fünften Integrationspreis.
13. bis 16.10.	2. Konferenz der Landeshauptstadt Potsdam mit ihren Partnerstädten Bobigny, Bonn, Luzern, Opole, Perugia und Sioux Falls zum Thema „Jugend und Gewalt“ im Kongresshotel am Templiner See, gemeinsam mit Akteuren aus Verwaltung, Schule und Zivilgesellschaft. Erneut erarbeiten die Teilnehmer eine Handlungsempfehlung für den weiteren Diskurs und Erfahrungsaustausch.
19. und 20.11.	Generalkonferenz und Treffen des Lenkungsausschusses der ECCAR in Toulouse.



Lesestunde aus ungarischen Märchen im Rahmen der Interkulturellen Woche in der Kinder- und Jugendbibliothek

Stadt feiert erneut gegen DVU-Demo

Rechtsextreme Partei erneut auf Luisenplatz

INNENSTADT - Die rechtsextreme DVU wird den Potsdamer Luisenplatz für einen Wahlkampf-Aufmarsch nutzen - und aus Protest dagegen soll ein von der Stadtverwaltung organisiertes Bürgerfest für Toleranz sowie eine weitere Kundgebung stattfinden. Die Anmeldungen für die drei Versammlungen am 20. September, einem Sonntag, bestätigte die Potsdamer Polizei gestern den PNN: „Die DVU hat ihre Kundgebung für die Zeit von 12 bis 18 Uhr angemeldet.“ Der Veranstalter rechnet mit 300 Teilnehmern. Nach PNN-Informationen will die Verwaltung heute das offizielle Programm für ihr Bürgerfest bekannt geben. Die zweite Gegenveranstaltung ist von der Jugendorganisation der Linken, solid, angemeldet.

Damit steht auf den Tag genau die Neuaufgabe einer DVU-Kundgebung vom vergangenen Jahr an. Damals hatte sich die rechtsextreme Partei zum Abschluss ihres Kommunalwahlkampfes auf dem Luisenplatz versammelt - allerdings kamen dazu nur knapp 50 Anhänger zusammen. Ein parallel stattfindendes Straßenfest für Toleranz und Demokratie besuchten dagegen rund 1500 Potsdamer, Organisator war der kommunale Beirat zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Dazu hatten hunderte Mitglieder aus der linken Szene an einer Gegendemo durch die Innenstadt teilgenommen. Später musste die DVU ihre Kundgebung abbrechen, nachdem Antifa-Aktive den Stromgenerator der rechten Partei mittels eines Tricks zerstört hatten. Das Potsdamer Amtsgericht verpflichtete den Täter später zu 20 Sozialstunden und stellte ein Verfahren gegen ihn wegen Sachbeschädigung ein. **HK**

PNN, 09.09.2009

An die Wand

PEER STRAUBE hofft auf viel Zulauf beim
Bürgerfest für Toleranz

Am 20. September ist es wieder einmal Zeit, Flagge zu zeigen. Auf den Tag genau wie vor einem Jahr trommelt die DVU ihren braunen Anhang zusammen und will in Potsdam demonstrieren. Wogegen eigentlich, mag man sich fragen, doch eigentlich spielt dies in einem demokratischen Land keine Rolle. Es darf auch keine spielen. Schon

während die Rechten im Internet ihre Anhänger mobilisieren, werden hinter den Kulissen bereits eifrig die Gegenmaßnahmen vorbereitet. Linke Gruppen organisieren Gegenveranstaltungen, auch die Stadt ist nach den Erfahrungen vergangener Jahre, als Potsdam zum Lieblingsaufmarschziel

der Rechten zu werden drohte, weiterhin auf der Hut. Wie im vergangenen Jahr soll es ein Bürgerfest für Toleranz geben, heute will man das Programm präsentieren. Im vergangenen Jahr waren über 1500 Potsdamer dabei und bekundeten mit ihrer Anwesenheit, dass braune Zusammenrottungen hier unerwünscht sind. Wenn es in diesem Jahr noch einige hundert mehr werden sollten, wäre die Botschaft umso klarer: Potsdam feiert die Tradition der Toleranz und die Braunen an die Wand.

PNN, 09.09.2009

Toleranzfest in Potsdam

Angebote für die ganze Familie am Luisenplatz

Innenstadt - Die rechtsextreme DVU wird den Potsdamer Luisenplatz für einen Wahlkampf-Aufmarsch nutzen - und aus Protest dagegen wird ein von der Stadtverwaltung organisiertes Bürgerfest für Toleranz sowie eine weitere Kundgebung stattfinden.

Am 20. September sind alle Potsdamer von 12 bis 16 Uhr auf den Platz vor dem Brandenburger Tor und an der Schopenhauerstraße zum Fest für Toleranz eingeladen. Das Motto: „Potsdam bekennet Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“. Die Landeshauptstadt die Bürger der Stadt so unmissverständlich deutlich machen, dass sie für Welt-offenheit und Akzeptanz anderer Menschen und Kulturen stehen.

Das Fest wird durch den Oberbürgermeister Jann Jakobs eröffnet. Danach folgt ein ökumenischer Gottesdienst mit dem Stadtkirchenpfarrer Markus Schlitte gemeinsam mit der Jungen Gemeinde der Friedenskirche. Um 12.40 Uhr eröffnet der SC Potsdam das Fußballturnier für Toleranz. Für das bunte Kulturprogramm werden u.a. die Bands Ferejani, Simple Harmonic Motion und Blue Tuba erwartet.

Auch der Stadtjugendring ist mit seinem Spielmobil und der neuen Hüpfburg dabei. Es wird ein Fest für die ganze Familie, Vereine, Einrichtungen, Parteien, Institutionen und die Mitglieder des Beirats zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans werden sich und ihre Arbeit entlang der Schopenhauerstraße präsentieren. **PAMS**

Pams, 13.09.2009

Toleranzfest in der City

BÜRGERSCHAFT Flagge gehisst / Vorerst keine Verkehrssperrungen

BRANDENBURGER VORSTADT |

Mit dem Aufziehen der Toleranzflagge auf dem Dach des Hotels am Luisenplatz ist gestern ein Zeichen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz gesetzt worden. Die Flagge weht über dem Schauplatz eines Volksfestes, das am Sonntag von 12 bis 16 Uhr am Brandenburger Tor unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe!“ stattfindet. Die Landeshauptstadt und ihre Bürgerschaft wollen demonstrieren, dass sie für Weltoffenheit und Akzeptanz anderer Menschen und Kulturen stehen. Damit will man eine Veranstaltung der DVU auf dem Luisenplatz entgegenreten, gegen die auch die Potsdamer AK Antifa mobil macht. Sie kündigte gestern „vielfältigen und kreativen Protest“ gegen den Aufmarsch der Rechten an. Von 11 bis 17 Uhr haben linke Ju-

gendgruppen für Sonntag eine Gegenkundgebung angemeldet, bestätigte eine Polizeisprecherin gestern.

Das Toleranzfest wird von Oberbürgermeister Jann Jakobs eröffnet. Es folgt ein ökumenischer Gottesdienst mit Stadtkirchenpfarrer Markus Schütte und der Jungen Ge-

meinde der Friedenskirche. Der SC Potsdam organisiert ein Fußballturnier für Toleranz. Für das Kulturprogramm werden unter anderem die Bands Ferejani, Simple Harmonic Motion und Blue Tuba erwartet. Der Stadtjugendring ist mit Spielmobil und Hüpfburg vertreten. Vereine, Einrichtungen und Parteien werden sich und ihre Arbeit entlang der Schopenhauerstraße präsentieren.

Straßensperrungen wird es vorerst nicht geben, so die Polizei; der Verkehr soll am Luisenplatz vorbeierollen. Sollte es die Lage erfordern, werde die Zufahrt aus Schopenhauer- und Zeppelinstraße für Fahrzeuge unterbrochen. Die Polizei ist am Sonntag mit 50 Beamten des Schutzbereiches Potsdam im Einsatz. Zudem stehe eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei in Reserve. *R.S./C.B.*

MAZ, 18.09.2009

Farbe bekennen

Fest für Toleranz am morgigen Sonntag in Potsdam

Morgen findet in der Zeit von 12 bis 16 Uhr auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor und an der Schopenhauerstraße das Fest für Toleranz unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“ statt. Auch in diesem Jahr sind alle Potsdamerinnen und Potsdamer und ihre Gäste eingeladen und aufgerufen, zahlreich zu diesem Fest zu kommen und gemeinsam Farbe zu bekennen. Die Landeshauptstadt Potsdam und die Bürgerinnen und Bürger der Stadt möchten

mit dieser Veranstaltung unmissverständlich deutlich machen, dass sie für Weltoffenheit und Akzeptanz anderer Menschen und Kulturen stehen. Das Fest wird durch den Oberbürgermeister Jann Jakobs eröffnet. Danach folgt ein ökumenischer Gottesdienst mit dem Stadtkirchenpfarrer Markus Schütte gemeinsam mit der Jungen Gemeinde der Friedenskirche. Um 12.40 Uhr eröffnet der SC Potsdam das Fußballturnier für Toleranz. Für das bunte Kulturprogramm werden unter anderem die Bands Ferejani, Simple Harmonic Motion und Blue

Tuba erwartet. Der Stadtjugendring ist mit seinem Spielmobil und der Hüpfburg vertreten. Verschiedene Vereine, Einrichtungen, Parteien, Institutionen und die Mitglieder des Beirats zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans werden sich und ihre Arbeit entlang der Schopenhauerstraße präsentieren. So wird unter anderem auch das Demokratie-Mobil der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ präsent sein. Das Fest wird unterstützt durch die Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI), das Medienlabor Potsdam und die Pro Potsdam. *red*

Blickpunkt, 19.09.2009

INTERVIEW

Im nächsten
Jahr wieder

Mit Oberbürgermeister Jann Jakobs (Foto: Scholze) sprach Sebastian Scholze.

MAZ: *Wie beurteilen Sie das Fest?*

Jakobs: Noch mehr Beteiligte und Initiativen als im letzten Jahr haben es zu einer tollen Veranstaltung gemacht. Die DVU hat ein ziemlich klägliches Bild abgegeben. Die Reaktionen der vielen Menschen, die am Sperrgitter ihr Missfallen bekundet haben, waren ja recht eindeutig. Wir haben gezeigt, dass man auch mit Spaß für Toleranz einstehen kann. Nazis und andere Rechte wollen wir hier nicht. Wichtig ist für mich immer, dass solche Aktionen friedlich bleiben.

MAZ: *Also wird es 2010 ein neues Toleranzfest geben?*

Jakobs: Sicherlich. Man könnte das Fest auch ohne einen Anlass wie heute veranstalten. Das ist vorgeschlagen worden und wir denken natürlich darüber nach.

MAZ, 21.09.2009

AUF EIN WORT

Es geht auch anders

Sebastian Scholze hofft, dass ein Fest ohne rechte Kundgebung kommen wird

Toleranz ist eine Tugend, die gut ohne Konflikt gelebt werden kann. Wenn also die Stadt das von ihr veranstaltete Toleranzfest von den unerfreulichen Aufmärschen rechtsextremer Parteien abnabeln will, befreit sie sich damit gleichzeitig von den leisen Stimmen derer, die da meinen: „Ihr macht das ja nur, wenn die auch kommen“. Das offensive Agieren würde Zustimmung verdienen. Und in der Tat: Wenn man zeigen will, dass man andere Auffassungen, Lebensentwürfe, Hautfarben oder Religionen toleriert oder, noch besser, ausdrücklich willkommen heißt, sind

Menschen, deren Akzeptanz noch vor dem eigenen Gartenzaun aufhört, eher störend. Mit einem Fest für gelebte Demokratie ohne dumpfe braune Parolen, die im Hintergrund über die Straße schallen, hat die Stadt die Chance, eine eigene Veranstaltung zu etablieren, die ohne Druck von außen für Mitgefühl und Verständigung wirbt. Auf diese Weise könnten die Bürger zeigen, welcher Geist in Potsdam wirklich zu Hause ist. Bevor im Jahr 2010 das nächste Toleranzfest steigt, kann man schon am nächsten Sonntag wieder Farbe bekennen. Im idealen Fall scheitern Gegner des Andersseins wie DVU und NPd am Willen des demokratischen Brandenburger Wählers.

MAZ, 21.09.2009

Fest für Toleranz
in Potsdam

Potsdam (dpa). Ein Fest für Toleranz wurde am Sonntag in Potsdam gefeiert. Damit solle unmissverständlich deutlich gemacht werden, dass die Stadt und ihre Bürger für Weltoffenheit und Akzeptanz anderer Menschen und Kulturen stehen, wie es in einer Mitteilung der Landeshauptstadt heißt. Das Fest hatte das Motto »Potsdam bekennet Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander«. Es wurde von Oberbürgermeister Jakobs (SPD) eröffnet. Während eines bunten Kulturprogramms sorgten Bands für Stimmung.

ND, 21.09.2009

Friedliches Toleranzfest

DEMOKRATIE Mehr Menschen als im Vorjahr bekannten Farbe gegen Rechts

2500 Besucher des Toleranzfestes haben eine Kundgebung auf dem Luisenplatz von 50 DVU-Anhängern friedlich entzaubert.

Von Sebastian Scholze

INNENSTADT | Sie sahen sich von vier Seiten eingekreist, die Anhänger der Deutschen Volksunion (DVU) bei ihrer gestrigen Wahl-Kundgebung auf dem Luisenplatz. Von Norden, Osten und Süden drängten Protestierer an die zur Sicherheit doppelt gezogenen Absperrungen; im Westen hatte die Polizei ihr Lager aufgeschlagen. Bereits 2008 hatte die rechtsextreme Partei in Potsdam eine Kundgebung abgehalten, damals zur Kommunalwahl. Weil im Gegensatz zum Vorjahr die Protestierer dieses Mal von Anfang an den Platz betreten durften, kam es immer wieder zu emotionalen Diskussionen und Auseinandersetzungen am Zaun. Offen riefen Menschen jedes Alters und jeder Couleur ihre Abneigung hi-

naus. Neben einer Beleidigungsanzeige gegen eine Demonstration muss sich ein DVU-Anhänger demnächst mit einer Anzeige wegen des Zeigens des Hitler-Grußes auseinandersetzen. Ein junger Mann, der sich zunächst scheinbar aktiv an der DVU-Kundgebung beteiligt hatte, riss plötzlich ein Pult der Verstärkeranlage heraus und schmetterte es auf den Boden. Anschließend wurde er laut Polizeichef Ralf Marschall bis zum Ende der Veranstaltung in Gewahrsam genommen. „Wir prüfen noch,

ob die Anzeige wegen Sachbeschädigung zutreffend ist“, sagte Marschall. Weil das Gerät nach einer kurzen Störung wieder funktionierte, käme auch eine einfache Ordnungswidrigkeit in Betracht. 2008 war es linken Protestierern gelungen, nach einer inszenierten Ablenkung den Generator der DVU zu zerstören. Wegen der verstummten Mikrofonanlage musste die Kundgebung damals gar vorfristig abgebrochen werden.

Bis auf die kleinen Störmanöver blieben Toleranzfest und Protest friedlich und

bunt. Mit laut Polizei und Stadtverwaltung gleichermaßen gezählten 2500 Besuchern konnte das Fest mit einem Plus von mehr als 1000 Punkten. Die Glocken von vier Kirchen hatten es unisono eingeläutet. Nach einer Andacht, bei der Jugendliche ein Kirchenlied mit einem Text der „Toten Hosen“ mischten, wurde musiziert und sogar getanzt. Außerdem gab es ein Fußballturnier. Neben allen demokratischen Parteien waren zahlreiche Initiativen vertreten. Carolin Eyert und Elisabeth Hinze betreuten für die Evangelische Jugend einen Stand. „Wir schauen nicht einfach nur zu, sondern mischen uns ein“, begründeten sie ihre Teilnahme. Hans-Dieter Heuer, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit des Hans-Otto-Theaters, sagte: „Mit unserem Intendanten Tobias Wellenmeyer habe ich in den letzten acht Jahren viele Aufmärsche rechter in Magdeburg erlebt. Es war und bleibt für uns selbstverständlich, uns als Kulturschaffende bei so einem tollen Fest dagegen zu stellen.“

MAZ, 21.09.2009

2500 gegen 54

Deutlich mehr Potsdamer als vor einem Jahr feiern Toleranzfest gegen Kundgebung der DVU

VON HENRI KRAMER UND KAY GRIMMER
INNENSTADT - Tausende Menschen haben am Sonntag gegen eine Kundgebung der DVU protestiert und vor dem Brandenburger Tor am Luisenplatz ein Toleranzfest gefeiert. Die Polizei zählte rund 2500 Besucher beim Fest und 54 DVU-Kundgebungsteilnehmer. Größere Störungen registrierte die Polizei nicht, die mit rund 200 Beamten vor Ort war.

Die Szenerie glich dabei der vor einem Jahr, als die DVU auf den Tag genau schon einmal den Luisenplatz für eine Wahlveranstaltung genutzt hatte. Jedoch kamen dieses Jahr bei strahlendem Sonnenschein erheblich mehr Menschen zur Gegenveranstaltung zusammen. Damals waren bis zu 1500 Teilnehmer gezählt worden. „Unsere Erwartungen sind übertroffen worden“, sagte die Leiterin der Potsdamer Sicherheitskonferenz, Ursula Löbel, die das Fest mitorganisiert hatte. Die Stimmung sei noch besser als vor einem Jahr.

Nachdem die DVU-Redner zu sprechen begonnen hatten, war es vor allem laut. Rund um die doppelten Absperrgitter, die die DVU-Kundgebung auf dem Luisenplatz absicherten, standen ab 13

Uhr dicht gedrängt die Gegendemonstranten, die mit Trommeln, Pfeifen, Rasseln und Megaphonen versuchten, die Veranstaltung der rechtsextremen Partei zu übertönen. Parallel dazu präsentierten sich auf dem Toleranzfest am Brandenburger Tor mehr als ein Dutzend Initiativen, Parteien und Vereine, es gab Musik, Bratwurst und Straßenfußball.

Beginnen hatte das Fest mit einer Rede von Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD): „Rechte dürfen keinen Platz in dieser Stadt und im Land Brandenburg haben.“ Und gerade Potsdam profitiere von Toleranz, so Jakobs - etwa mit seiner aus vielen Ländern beeinflussten Architektur, aber auch von vielen Touristen sowie den 5000 hier tätigen Wissenschaftlern aus verschiedenen Nationen. Nach der Ansprache von Jakobs hielten Stadtkirchenpfarrer Markus Schütte und junge Gläubige eine Andacht ab, in der sie zu Gewaltfreiheit aufriefen.

Die DVU zeigte sich bei der knapp dreistündigen Kundgebung mit ihrer Landtagsabgeordneten Liane Hesselbarth und Parteimitgliedern aus mehreren Bundesländern. Auch der DVU-Bundesvorsit-

zende Matthias Faust, der die Veranstaltung angemeldet hatte, war vor Ort. Stets neben ihm Christian Worch, ein führender Kopf der deutschen Neonazi-Szene. Worch hatte in Potsdam schon mehrere Neonazi-Aufmärsche organisiert.

Insgesamt drei Anzeigen seien aufgenommen worden, sagte Potsdams Polizeichef Ralf Marschall, unter anderem wegen Zeigen eines Hitlergrußes und Beleidigung. Gegen 14 Uhr hatte zudem ein 25 Jahre alter Potsdamer aus der linken Szene versucht, die DVU-Anhänger gemischt und auf einen geeigneten Moment gewartet. Der junge Mann wurde für den Rest der Kundgebung in Polizeigewahrsam genommen. Allerdings funktionierte die Technik weiterhin. „Insofern ist es eigentlich keine Sachbeschädigung“, sagte Polizei-Chef Marschall. Gegen den Potsdamer werde nun ermittelt wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz - eine Ordnungswidrigkeit. Schon bei dem DVU-Aufzug vor einem Jahr hatte ein Aktivist der Antifa einen Stromgenerator der rechtsextremen Partei zerstört.

PNN, 21.09.2009

2010



European
Coalition
of Cities



against Racism

Oben: „Feindbilder - Integrationsdebatte auf Abwegen“ - Veranstaltung des Aktionsbündnisses Brandenburg
Unten: Treffen der deutschsprachigen Mitgliedstädte der ECCAR

Presse

„Nachhilfe zum Thema Rechtsextremismus“, PNN, 07.05.2010 +++ „Herold verkündet das Edikt“, PNN, 28.10.2010 +++ „Toleranzfeier im Schlaatz“, MAZ, 29.10.2010 +++ „Der Schlaatz hat hohes Integrationspotential“, PNN, 29.10.2010 +++ „Fest für Toleranz – Buntres Treiben am Schlaatz“, MAZ, 30.10.2010 +++ „Fest im toleranten Schlaatz“, MAZ, 01.11.2010 +++ „Von Rolli-Rampe bis Wohnungslosigkeit“, PNN, 01.11.2010

16. März

33. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis diskutiert die weitere Arbeitsweise auf der Grundlage des Evaluationsberichtes. Es erfolgt als erster, aber für die Öffentlichkeitsarbeit wichtiger Schritt, die Umbenennung in Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“. Die Arbeit des Bündnisses erhält durch den Start der eigenen Webseite eine neue Plattform. Die Vorbereitungen für das 3. „Potsdamer Fest für Toleranz“ am 30. Oktober 2010 beginnen.

15. Juni

34. Sitzung des Bündnisses. Der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg referiert zum La-gebild des Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Potsdam und Umgebung. Der Oberbür-germeister berichtet über die Beratungen des MBT mit dem Präsidium und Fraktions-Vertretern der SVV der Landeshauptstadt Potsdam zum Erkennen rechtsextremer und verfassungsfeindli-cher Argumentationsmuster (Beschluss: 10/SVV/0340).

16. September

Das Bündnis veröffentlicht sein Profil auf www.facebook.com/PotsdambekanntFarbe.

5. Oktober

35. Sitzung des Bündnisses. Gregor Voehse (Streetworker) referiert zum Thema „Rechtsextre-mismus und seine theoretischen Grundlagen“. Die AG informiert über die Vorbereitungen für das 3. „Potsdamer Fest für Toleranz“. Das Bündnis diskutiert den Bericht der SIKO zur Umsetzung der Maßnahmen des 10-Punkte-Aktionsplanes der ECCAR. Dabei findet der Vorschlag, das Thema „Alltagsrassismus“ eingehender zu betrachten, große Zustimmung. Jährlich sollen anlässlich des Internationalen Antirassismustages Veranstaltungen durchgeführt werden.

30. Oktober

3. „Potsdamer Fest für Toleranz – Toleranz bedeutet gute Nachbarschaft“ am Schlaatz. 300 Ak-teure und Besucher diskutieren über Toleranz, Integration und Inklusion. Das Fest knüpft an den 325. Jahrestag des „Edikts von Potsdam“ an.

23. November

36. Sitzung des Bündnisses. Das Aktionsbündnis Brandenburg informiert über die Veranstal-tung „Feindbilder: Integrationsdebatte auf Abwegen. Woher kommen die Wünsche nach Ausgren-zung?“, die gemeinsam mit dem Bündnis organisiert wird. Das Jugendamt stellt Ergebnisse der 12. Landesintegrationskonferenz mit dem Thema „Chancengleichheit fängt früh an“ vor. Die SIKO berichtet von der Tagung des Lenkungsausschusses und der Generalversammlung der ECCAR in Uppsala unter dem Motto „Städte befördern Gleichberechtigung und Solidarität“ am 18. und 19. November. Der 10-Punkte-Plan der ECCAR soll in der nächsten Sitzung des Bündnisses erneut detailliert betrachtet werden.

Mitglieder des Bündnisses	
AStA der Universität Potsdam	Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
DGB Region Mark Brandenburg	Opferperspektive e.V.
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	Polizeipräsidium Potsdam – Schutzbereich Potsdam
Fanprojekt Babelsberg des Diakonischen Werkes e.V.	RAA Brandenburg
FB Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam	SIKO
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Stadtjugendring Potsdam e.V.
GSE	Stadtsporbund Potsdam e.V.
Lösungsweg e.V.	Täter-Opfer-Ausgleich des Diakonischen Werkes e.V.
MBT	Wildwuchs Streetwork des Diakonischen Werkes e.V.
medienlabor KG	



**RHYTHM AGAINST RACISM
FESTIVAL**

**DRITTE WAHL
SAMAVAYO
CHERRY BOMB
HASENSCHEISSE**

30. 04 . LUISENPLATZ | 18:00 UHR

DGB
MARK
BRANDENBURG

Aktionen der Bündnismitglieder	
13.2.	Um die Vereinnahmung des Jahrestages der Bombardierung Dresdens durch Rechtsextreme zu verhindern, unterstützen die Landeshauptstadt Potsdam und Bündnismitglieder das Bündnis „Dresden nazifrei“ bei Blockaden und nehmen an der Menschenkette unter dem Motto „Erinnern und Handeln“ teil.
25. und 26.2.	Drittes Arbeitstreffen der deutschsprachigen Mitgliedsstädte der ECCAR in Potsdam. 13 deutschsprachige Mitgliedsstädte und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes nehmen an der Tagung teil. Die Landeshauptstadt und der Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt stellen die Arbeit von „Potsdam bekennt Farbe“ vor. Thematisiert werden die Förderung von Chancengleichheit auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne ausreichende Krankenversicherung.
15. bis 17.3.	Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt am Treffen des Lenkungsausschusses der ECCAR in Barcelona teil. Hauptschwerpunkte der Tagung sind die Vorbereitung der Generalkonferenz im November 2010 in Upsalla und die Weiterentwicklung der Koalition als Teil der ICCAR.
30.4.	„Rhythm against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit mehr als 5.000 Besuchern.
5.5.	Die SVV der Landeshauptstadt Potsdam beauftragt den Oberbürgermeister, ein Weiterbildungsangebot für das Erkennen rechtsextremer Argumentationsmuster und das Erlernen von Handlungsoptionen für die Sitzungsleitung für Mitglieder des Präsidiums der SVV zu entwickeln (Beschluss: 10/SVV/0340).
28.5.	2. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam organisiert durch die Beauftragte für Migration und Integration.
7.9. bis 18.9.	Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in Potsdam unter dem Motto "Zusammenhalten - Zukunft gewinnen".
12.9.	Die Landeshauptstadt Potsdam verleiht den sechsten Integrationspreis und die Pro Potsdam GmbH überreicht den „Sonderpreis Nachbarschaft“.
29.6.	Auf Initiative der Landeshauptstadt Potsdam und von Potsdamer Schulen werden weitere neun STOLPERSTEINE verlegt.
18. und 19.11.	Auf der Generalkonferenz der ECCAR in Uppsala stellen die Landeshauptstadt Potsdam und ein Vertreter des Vereins Neues Potsdamer Toleranzedikt die Aktivitäten des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ und das Projekt „Potsdamer Toleranzedikt“ in einer Arbeitsgruppe vor.
14.12.	Podiumsdiskussion "Feindbilder – Integrationsdebatte auf Abwegen" des Aktionsbündnisses Brandenburg in Kooperation mit dem Bündnis. Auslöser war die bundesweit kontrovers geführte Diskussion um das Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin.

Herold verkündet das Edikt

Toleranzfest zum 325. Jahrestag

Morgen Abend um 18 Uhr wird ein Herold vor dem Filmmuseum das Edikt von Potsdam verkünden, mit dem Kurfürst Friedrich Wilhelm 1685 den Weg für die Einwanderung der in Frankreich religiös verfolgten Protestanten freimachte. Unter Trommelwirbel zieht die von der Schützengilde Fehrbellin gestellte Schlosswache auf, das alte und das vor zwei Jahren neu beschlossene Toleranzedikt werden verteilt. Auch eine Ansprache ist vorgesehen. Veranstalter ist der Innenstadtverein Agaphi. Wie sein Vorsitzender Hans-Peter Warnecke erklärte, soll die abendliche Verkündigung am historischen Ort dem Sonnabend von 13 bis 17 Uhr im Stadtteil Schlaatz steigenden 3. Potsdamer Fest für Toleranz keine Konkurrenz machen. Vielmehr habe man mit deren Organisatoren Übereinstimmung erzielt. Dies drücke sich auch darin aus, dass Agaphi durch die Familie ihres Vorstandsmitgliedes Norbert Blumert am Schlaatz einen eigenen Stand eröffnen werde, an dem russisch gesprochen wird. Damit wolle man die Verständigung mit den zahlreichen am Schlaatz wohnenden Einwanderern aus Russland erleichtern, so Warnecke.

Alteingesessene und Zuwanderer wollen auf dem Markplatz des Schlaatzes „ein gemeinsames Fest für eine weltoffene und tolerante Stadt feiern“, erklärte dazu die Initiative „Potsdam bekennt Farbe“. Im Programm stehen ein Fotowettbewerb, Auftritte des Fanfarenzuges, eine Sprayer-Aktion, ein Rollstuhlfahrer-Parcours, Kinderbelustigungen und ein Straßenfußballturnier. An mehreren Ständen werden Köstlichkeiten aus den Herkunftsländern der Migranten angeboten. Jeder Besucher sollte sein Lieblingsrezept und ein Stück Stoff (20 mal 30 cm) mitbringen. Aus den Stoffen soll eine Potsdamer Toleranz-Fahne genäht werden, die Jahr für Jahr erweitert wird. In das Fest einbezogen wird eine Diskussion unter dem Motto „Toleranzedikt als Stadtgespräch statt Sarrazin-Theater“. Geleitet wird sie vom Verfasser des neuen Toleranzedikts Heinz Kleger (Professor an der Universität Potsdam) und dem Streetworker Gregor Voehse. E. Hoh

Toleranzfeier im Schlaatz

SCHLAATZ | Die Stadt Potsdam, das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ sowie der Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt“ laden für morgen von 13 bis 17 Uhr zum 3. Fest für Toleranz ein. Erstmals wird in diesem Jahr auf dem Marktplatz am Schlaatz gefeiert. In den Jahren zuvor hat das Fest, das jeweils mehr als 1000 Besucher anlockte, am Brandenburger Tor stattgefunden. Auch die Toleranzfeste in den kommenden Jahren sollen an wechselnden Orten gefeiert werden, sagte die Sozialbegeordnete Elona Müller gestern.

Die Wahl sei dieses Jahr auf den Schlaatz gefallen, weil Integration dort vorbildlich funktioniere, das sei am Beispiel des Asylbewerberheims zu sehen. Mit dem Fest wolle man die Leistung der Menschen im Schlaatz würdigen. Zugleich sollen der 325. Jahrestag des „Edikts von Potsdam“ (1685) und der zweite Jahrestag des „Neuen Potsdam-

mer Toleranzedikts“ begangen werden.

„Solche Feste sind auch eine gute Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und Ideen für neue Aktionen zu sammeln“, sagte Ursula Löbel von der Geschäftsstelle der Sicherheitskonferenz (Siko) der Landeshauptstadt Potsdam. Im Jahr 2009 habe es in Potsdam nur wenige rassistisch motivierte Übergriffe gegeben. Im Alltag sei Rassismus aber nach wie vor präsent, so etwa im Sprachgebrauch.

Zahlreiche Potsdamer Vereine und Initiativen beteiligen sich mit Aktionen an dem 3. Fest für Toleranz. Eröffnet wird es vom Potsdamer Fanfarenzug. Im Laufe des Festes soll eine Toleranz-Fahne entstehen. Grundlage ist ein sieben Mal fünf Meter großes Stoffbanner, an dem die Besucher Stoffstücke mit Botschaften befestigen sollen. ang

info Zum 325. Jahrestag des Edikts von Potsdam findet heute ab 19 Uhr ein Gottesdienst in der Französischen Kirche am Bassinplatz statt.

MAZ, 29.10.2010

„Der Schlaatz hat hohes Integrationspotential“

Mitmachen beim 3. Potsdamer Fest für Toleranz am morgigen Samstag

AM SCHLAATZ - Bereits zum dritten Mal findet am morgigen Samstag das Potsdamer „Fest für Toleranz“ statt. Bewusst habe man sich diesmal für den Marktplatz im Schlaatz entschieden, was auch dem diesjährigen Motto „Toleranz bedeutet gute Nachbarschaft“ geschuldet ist, erklärte die Beigeordnete für Soziales, Elona Müller: „Nirgends in Potsdam ist die Bevölkerung so bunt gemischt wie in diesem Stadtteil“. Auch der Umzug des Asylbewerberheims habe trotz anfänglich heftiger Proteste letztlich gezeigt, dass es im Schlaatz ein hohes Integrationspotential gibt, so Elona Müller. Anders als in den beiden Jahren zuvor, als sich bei dem Fest, in Reaktion auf DVU-Kundgebungen, alles um Toleranz gegenüber Nicht-Deutschen Mitbürgern drehte, sei der Toleranzbegriff diesmal weiter gefasst. „Auch im Umgang mit Behinderten, Lesben und Schwulen brauchen wir mehr Offenheit“, sagte Elona Müller.

Zuwanderung hat in der Stadt Tradition, 1685 wurde hier das Edikt von Potsdam erlassen, vor zwei Jahren wurde es

erneuert. Am Samstag soll eine lange Leine mit Fahnen verschiedener Nationen an diese Migrationstradition, die Potsdam seit 325 Jahren prägt, erinnern. Ob Potsdam wirklich „(K)ein Problem mit Toleranz“ hat, darüber wollen der Streetworker Gregor Voehse und der Poli-

Alle Besucher sind aufgefordert, kleine Stoffreste mitzubringen

tologe Heinz Kleger von der Universität Potsdam in offenen Gesprächsrunden diskutieren. Überhaupt drehe sich diesmal alles weniger um Information als um das Mitmachen, betont Ursula Löbel, die Leiterin der Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam. Deshalb sind alle Besucher aufgefordert, kleine Stoffreste mitzubringen, die später an ein großes Banner mit der Aufschrift „Potsdam bekennt Farbe“ geknüpft wer-

den sollen. Diese Tradition soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden, die bunte Fahne so kontinuierlich anwachsen, sagt Daniel Wetzel vom Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt.

Das Programm wird vor allem von den viele Initiativen des Stadtteils wie etwa dem Haus der Generationen und Kulturen oder dem Jugendclub Alpha organisiert - ehrenamtlich. Finanzielle Unterstützung kommt von der Stadt und den Wohnungsbaugenossenschaften. Dass das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft gelingen kann, dafür gebe es in Potsdam gute Beispiele, sagt Ursula Löbel. Die These vieler Politiker vom Scheitern der Multi-Kulti-Gesellschaft will sie deshalb nicht akzeptieren. Die Zahl der rassistischen Übergriffe sei in Potsdam 2009 zurückgegangen, verstärkt müsse aber auf den Alltagsrassismus geachtet werden, der sich gerade im Sprachgebrauch ausdrücke. „Worte wie 'getrickt' sind schnell gesagt, hier müssen wir mehr Sensibilität entwickeln“, so Ursula Löbel.

ARIANE LEMME

PNN, 29.10.2010

Von Rolli-Rampe bis Wohnungslosigkeit

„Gute Nachbarschaft“ beim 3. Toleranzfest, das zum 325. Jahrestag des Edikts von Potsdam stattfand

VON GÜNTER SCHENKE

SCHLAATZ - Jan Krech vermisst die Rampe am Haupteingang des Klinikums. Der junge Mann ist auf den Rollstuhl angewiesen und möchte wie andere Bürger auf direktem Wege das städtische Krankenhaus betreten können. Krech, Vorsitzender des Potsdamer Behindertenverbandes, betrete am Samstag gemeinsam mit Vorstandskollegin Selda Güttekin einen Info-Stand auf dem 3. Potsdamer Fest für Toleranz. Über dreihundert Akteure und Besucher waren dazu im Verlaufe des Nachmittags auf den „Marktplatz“ am Schlaatz gekommen.

Krech berichtete, dass die früher vorhandene Rampe beim Umbau des Klinikums weichen musste. Sie habe nicht mehr den Anforderungen entsprochen. Er habe die zuständige Beigeordnete Elona Müller (parteilos) auf den Mangel angesprochen. Sie habe daraufhin mitgeteilt, dass alles in Ordnung sei. Der behindertengerechte Zugang sei unter anderem über den Fahrstuhl möglich. Krech sieht darin keinen adäquaten Ersatz, zumal der Aufzug räumlich nicht allen Bedingungen gerecht werde. Allerdings hätten jüngst im Hauptausschuss sowohl Potsdams Behindertenbeauftragter Karsten Hilschel als auch Hans-Peter Schmarje, Vorsitzender des Behindertenbeirats, versichert, der Verzicht auf den Bau einer 40 Meter langen Rampe zugunsten zweier Fahrstühle erfolge einvernehmlich.

Das Toleranzfest mit Fußball- und Kinder-Programm, Info-Ständen und afrikanischem Trommelkonzert war diesmal unter dem Motto „Gute Nachbarschaft“ inhaltlich breiter angelegt. „Es geht nicht nur um Integration, sondern auch um behinderte Menschen und die Bedrohung durch Wohnungslosigkeit“, verkündete Gregor Voehse zu Beginn. Der Sozialarbeiter gehört zum sechsköpfigen Streetworker-Team des Diakonischen Werkes, das sich um sozial gefährdete Jugendliche kümmert. „Unsere Hauptklientel sind junge Menschen, die Probleme mit Drogen und Unterkunft haben.“ Voehse, der zeitweise für Die Andere Stadtverordneter war, berichtete, dass es in Potsdam eine „verdeckte Obdachlosigkeit“ jugendlicher gebe. Mehr als hundert junge Leute, die bei den Eltern nur formell gemeldet seien, wären davon betroffen. Der Sozialbericht der Stadt, der zur Einsichtnahme auslag, verzeichnet einen Anstieg der Wohnungskündigungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, 2009 waren 172 Fälle statistisch erfasst.

Probleme von Jugendlichen. Armut, Toleranz und Integration waren Themen in einem „Diskussionszeit“, in dem unter anderem Kurzfilme der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) aus dem Jahr 2008 liefen. Die angeknüpften Diskussionen litten erheblich unter den alles übertönenden Trommeln im Nachbarzelt. Zudem

war die Beteiligung mäßig.

Laut Ankündigung der Veranstalter sollte das 3. Potsdamer Fest der Toleranz an den 325. Jahrestag des „Edikts von Potsdam“ erinnern. Am 29. Oktober 1685 verkündete Kurfürst Friedrich Wilhelm sehr weit gehende Privilegien für die verfolgten „evangelisch-reformierten Glaubensgenossen französischer Nation“, um diese im Land zwischen Magdeburg und Königsberg sesshaft zu machen. Norbert Blumert vom Innenstadtverein „Agappi“ verteilte kostenlos das Faksimile des Original-Edikts. Kilian Kindelberger von der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgeellschaft erzählte im Gespräch mit der Integrationsbeauftragten Magdalena Grasnack, dass es Einwanderer heute oft schwerer haben. Eine Krankenschwester aus der Ukraine brauche für eine Berufszulassung in Deutschland den Nachweis einer zwölfmonatigen Tätigkeit im Land. Aber ohne Zulassung erhalte sie keine Arbeit - ein Teufelskreis.

Ursula Löbel von der Geschäftsstelle der Sicherheitskonferenz und das Organisationssteam mit dem Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt“ äußerten sich am Schluss der vierstündigen Veranstaltung zufrieden mit Verlauf und Beteiligung. Wie Löbel sagte, werde die Tradition des Toleranzfestes in den kommenden Jahren fortgeführt. Es solle jeweils in einem anderen Stadtteil stattfinden.

PNN, 01.11.2010

2011



Oben und links unten: Schüler des Leibniz-Gymnasiums stellen die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ vor

Rechts unten: Treffen des Lenkungsausschusses der ECCAR in Potsdam

Presse

„Fraktionen rufen zu Toleranz auf / Toleranzfest am Samstag“, PNN, 09.09.2011 +++ „Fest der Toleranz. Multikulti, Musik und Mitmachaktion an der Bastion“, 09.09.2011 +++ „Jung und alt am Havelufer“, MAZ, 12.09.2011 +++ „Sorge wegen Neonazis in der Waldstadt“, PNN, 07.10.2011 +++ „Neonazis zogen durch Waldstadt“, MAZ, 11.11.2011 +++ „Vermummt und mit Fackeln“, PNN, 11.11.2011 +++ „Potsdamer Neonazis verhöhnen die Polizei“, PNN, 14.11.2011 +++ „Neonazi Guse legt Mandat nieder“, PNN, 22.11.2011 +++ „Wald(stadt)-Spaziergang“ gegen Potsdamer Neonazis“, PNN, 23.11.2011 +++ „Waldstadt-Spaziergang“, PNN, 28.11.2011 +++ „Bunter Zug gegen Rechtsradikalismus“, MAZ, 29.11.2011 +++ „Demo gegen Rechts“, MAZ, 03./04.12.2011 +++ „Waldstadt-Spaziergang gegen Rechts“, ND, 03./04.11.2011 +++ „Über 300 Spaziergänger ‚gegen Rechts‘“, PamS, 04.12.2011 +++ „Potsdam setzt Zeichen gegen rechte Gewalt“, Lausitzer Rundschau, 05.12.2011 +++ „Bunt und laut gegen Neonazis“, MAZ, 05.12.2011 +++ „Spaziergang gegen Rechts“, ND, 05.12.2011 +++ „Gegenwind für Neonazis“, PNN, 05.12.2011 +++ Antifa kritisiert Stadt“, PNN, 09.12.2011

15. Februar

37. Sitzung des Bündnisses. Der Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt wird Mitglied im Bündnis. Das Bündnis prüft detailliert die Maßnahmen des 10-Punkte-Plans der ECCAR. Zur Umsetzung des zweiten Punktes bildet sich die AG Statistik. Das Thema „Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“ (Punkt sieben) soll in Zusammenarbeit mit Potsdamer Wohnungsunternehmen nähere Betrachtung finden.

19. Februar

Das Bündnis, der DGB Region Mark Brandenburg und das Aktionsbündnis Brandenburg organisieren eine Fahrt von Potsdamern zur Unterstützung des Protestes in Dresden gegen den geplanten europaweit größten NPD-Aufmarsch und folgen damit dem Aufruf des Bündnisses „Dresden Nazifrei“.

10. Mai

38. Sitzung des Bündnisses. Die AG Statistik erläutert erste Schritte zur statistisch nutzbaren Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen. Der Opferperspektive e.V. berichtet über den Austausch in der AG Alltagsrassismus. Die Landeshauptstadt Potsdam informiert über die Tagung des Lenkungsausschusses der ECCAR in Potsdam. Das Bündnis diskutiert den Bericht der Fraktion Die Andere und der Opferperspektive e.V. über rechtsextreme Übergriffe auf linke Jugendliche in Waldstadt II Anfang Mai.

23. August

39. Sitzung des Bündnisses. Das Bündnis bespricht den Vorbereitungsstand für das 4. „Potsdamer Fest für Toleranz“ am 10. September. Die Fraktion DIE LINKE informiert über rechtsextrem motivierte Angriffe auf ihr Büro am Stern und ihre Landes- und Kreisgeschäftsstelle in der Alleestraße. Das Bündnis verurteilt diese Anschläge und wertet sie als Angriffe auf das gesamte Bündnis. Das Bündnis bespricht weitere Erkenntnisse zu rechtsextremen Übergriffen in Waldstadt II im Mai.

10. September

Das 4. „Potsdamer Fest für Toleranz – Kommen und Gehen - Gemeinsam Leben“ feiern im Stadtteil Potsdam-West/Brandenburger Vorstadt mehr als 1.000 Besucher. Thema ist vor allem das Aufeinanderzugehen der Generationen.

15. November

40. Sitzung des Bündnisses. Das 4. „Potsdamer Fest für Toleranz“ wird als gelungene Veranstaltung bewertet. Die Landeshauptstadt Potsdam berichtet vom Treffen der deutschsprachigen Mitgliedsstädte der ECCAR in Potsdam. Der Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt präsentiert erste Ergebnisse eines Toleranz-Checks in der Gastronomie. Intensiv diskutiert das Bündnis notwendige Reaktionen auf den Fackelzug von Rechtsextremen in Waldstadt II am 9. November. Im Ergebnis wird die Aktionsgruppe Waldstadt gebildet. Ihre Aufgabe ist es, kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zu entwickeln und zu koordinieren. Als unmittelbare Reaktion soll ein „Wald(Stadt)-Spaziergang“ durchgeführt werden.

3. Dezember

„Wald(Stadt-)Spaziergang“ in Waldstadt II. Das Bündnis zeigt gemeinsam mit etwa 300 lokalen Akteuren und Potsdamern, dass Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in dieser Stadt keinen Platz haben.

Mitglieder des Bündnisses	
AStA der Universität Potsdam	Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam	Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.
DGB Region Mark Brandenburg	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	Opferperspektive e.V.
Fanprojekt Babelsberg des Diakonischen Werkes e.V.	Polizeipräsidium Potsdam – Schutzbereich Potsdam
FB Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam	RAA Brandenburg
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	SIKO
GSE	Stadtjugendring Potsdam e.V.
Lösungsweg e.V.	Stadtsporbund Potsdam e.V.
MBT	Täter-Opfer-Ausgleich des Diakonischen Werkes e.V.
medienlabor KG	Wildwuchs Streetwork des Diakonischen Werkes e.V.



Programm zur Interkulturellen Woche in der Landeshauptstadt Potsdam

Aktionen der Bündnismitglieder	
21.3.	<p>Aktivitäten in der Landeshauptstadt Potsdam anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus am 21. März mit dem besonderen Schwerpunkt zum Thema Alltagsrassismus: Im Humboldt-Gymnasium findet eine Lesung mit Ruth Koren aus ihrem Buch „Der kleine Vogel heißt Goral“ (Psychosozial-Verlag, 2010) statt, organisiert von der RAA Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Potsdam.</p> <p>Im Leibniz-Gymnasium wird die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ gezeigt, die der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam eröffnet.</p> <p>2010 gründete sich die vom FC Barcelona und der UNESCO initiierte Kampagne „Rassismus ins Abseits“, unterstützt von der ECCAR. Der SV Babelsberg 03 erklärt am 19. März zu Beginn des Spiels gegen SpVgg Unterhaching seinen Beitritt zu dieser Kampagne, organisiert vom Fanprojekt des Babelsberger Vereins.</p>
31.3. bis 1.4.	<p>Sitzung des Lenkungsausschusses der ECCAR in Potsdam. Es nehmen Vertreter aus den Städten Karlsruhe, Nürnberg, Liege und Gent (beide Belgien), Barcelona (Spanien), Cair (Mazedonien), Toulouse (Frankreich), Malmö und Botkyrka (beide Schweden) und Graz (Österreich) teil. Ebenso begleiten Wissenschaftler aus Österreich, Großbritannien und Schweden, Vertreter der UNESCO und UNESCO Catalonien sowie der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung der Bundeshauptstadt Berlin das Treffen. Vertreter des Vereins Neues Potsdamer Toleranzedikt und BBAG e.V. nehmen teil. Erneut präsentiert die Landeshauptstadt Potsdam die Arbeit des Bündnisses.</p>
30.4.	<p>„Rhythm against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit mehr als 4.500 Besuchern.</p>
11.5.	<p>3. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam zum Thema „Integration und Schule“, organisiert durch die Beauftragte für Migration und Integration.</p>
5. bis 7.8.	<p>Graffiti-Wettbewerb „208 Meter Toleranz‘ - Dein Bild für ein tolerantes Brandenburg“. 48 junge Menschen aus Brandenburg und Berlin spraysen in Teams 18 ausgewählte Bilder von einem toleranten Land an den Bauzaun des entstehenden Landtagsgebäudes. Organisiert wird das Projekt vom Stadtjugendring Potsdam e.V., unterstützt durch die Landeshauptstadt Potsdam, den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und das Land Brandenburg.</p>
25.8.	<p>Das Leibniz-Gymnasium erhält als fünfte Potsdamer Schule den Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, unterstützt durch die RAA Brandenburg. Paten sind Sebastian Rauch und Matthias Rudolph vom SV Babelsberg 03.</p>
27.8.	<p>1. Afrikafest unter dem Motto „Anyi sokwa biri‘ – wir gehören zum Volk“ am Brandenburger Tor, gemeinsam organisiert durch die afrikanische Community Potsdams und die Landeshauptstadt Potsdam.</p>
17.9. bis 3.10.	<p>Interkulturelle Tage im Rahmen der bundesweit durchgeführten „Interkulturellen Woche“ in Potsdam unter dem Motto "Zusammenhalten - Zukunft gewinnen".</p>
25.9.	<p>Die Landeshauptstadt Potsdam verleiht den siebten Integrationspreis. Die Pro Potsdam GmbH überreicht den „Sonderpreis Nachbarschaft“.</p>

27. und
28.10.

Vierte Arbeitstagung der deutschsprachigen Mitgliedsstädte der ECCAR in der Landeshauptstadt Potsdam. Mehr als 20 Vertreter deutschsprachiger Kommunen und zivilgesellschaftlicher Organisationen diskutieren Aspekte des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes“ am Beispiel der Stadt Zürich. Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung der Bundeshauptstadt Berlin stellt Eckdaten des EU-Projektes „Europäische Städte gegen Rassismus“ vor. Der Opferperspektive e.V. referiert zum Thema Alltagsrassismus und die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam erläutert das Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam.

24. und
25.11.

Gemeinsame Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam und Vertreter der DGB Jugend und des Stadtjugendring Potsdam e.V. an der Generalkonferenz der ECCAR in Gent. Thema der Tagung ist „Partnerschaften entwickeln – Veränderungen auf den Weg bringen“. Diskutiert werden vor allem die Zusammenarbeit mit öffentlichen Medien bei der Bekämpfung von Islamophobie und Romanophobie, die Förderung von Gleichberechtigung und sozialer Bindkraft, die Antidiskriminierungsarbeit und die Rolle des Sports bei der Überwindung von Rassismus. Die Bildung eines Jugendforums bei der ECCAR ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Tagung. Am Jugendforum beteiligen sich für die Landeshauptstadt Potsdam Vertreter der DGB-Jugend und des Stadt-sportbundes e.V.

Jung und Alt am Havelufer

STADTLIBEN Rund 1000 Gäste beim vierten

Toleranzfest an der alten Bastion

Beim vierten Toleranzfest erprobte der Gastronom Arndt Gilka-Bötzow mit einem Fragebogen, wie es um die Toleranz der Teilnehmer bestellt ist.

Von Christina Bauermeister

BRANDENBURGER VORSTADT! Emanuel Uebe ist spontan auf das Toleranzfest gekommen. Er genießt das schöne Wetter mit seiner fünfjährigen Tochter Ndidi. Das kleine Mädchen mit den hochstehenden Locken hält in einer Hand einen Luftballon mit der Aufschrift „Tolerantes Brandenburg“. „Wir wussten erst gar nicht, was das für ein Fest ist“, sagt ihr Vater, der aus Nigeria stammt und drei Jahre lang in Potsdam lebte. „Ich habe mich hier immer wohl gefühlt“, sagt der Einzelhandelsverkäufer, obwohl er jetzt – anders als zuvor im multikulturellen Hamburg – mit seiner Hautfarbe überall auffällt.

„In Potsdam hat Rassismus keine Chance“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs

(SPD) zur Eröffnung des Fests. Um Toleranz und gesellschaftliches Miteinander erlebbar zu machen, riefen die Stadt und das Bündnis „Potsdam bekennst Farbe“ vor vier Jahren das Fest ins Leben, das seither jedes Jahr in einem anderen Stadtteil stattfindet.

An der Bastion am Schillerplatz ging es am Sonnabend als Hauptthema um den Kontakt verschiedener Generationen. Ein Motto, dass sich vor allem im Programm wieder spiegelte. So freuten sich die Kleinsten unter den zirka 1000 Gästen über einen Clown und das Puppenspiel mit Wolfgang Lasch, während ihre Großeltern bei der Singerguppe „Schillerplatz“ kräftig mitschunkelten. Als Vermittler zwischen den Generationen führte Lasch als „Altenkönner der alten Schule“ die Überkopfguppe Arnold Böckwetter durch das Programm. Und am Abend rockte die unter Potsdamer Jugendlichen beliebte Band „Hasenscheiße“ vor 500 Zuhörern bis zur Sperr-

stunde die Festwiese. Im Publikum waren allerdings auch Eltern, die ihre Sprösslinge an den Bühnenrand setzen und selbst mitanzusehen.

Für Arndt Gilka-Bötzow war das Fest eine ganz besondere Premiere. Der Betreiber des Restaurants „Kleines Schloss“ im Park Babelsberg erprobte am Sonnabend erstmals einen monatlang entwickelten Fragebogen. Das ganze ist ein Toleranz-Check für Gastronomie-Betriebe, erklärte der Schatzmeister des Vereins Neues Potsdamer Toleranzgedicht. Anhand von sechs Verhaltensweisen gegenüber Gästen und Kollegen will er herausfinden, wie es mit der Toleranz in einzelnen Betrieben bestellt ist. Gefragt wird etwa: Wie reagieren Sie auf folgendes Verhalten: Der Gast bittet, ihn schneller zu bedienen. Oder: Ein Gast telefoniert und stört damit andere. 50 der Bögen hat der Unternehmer mitgebracht. Kurz vor dem Konzert von „Hasenscheiße“ waren alle ausgefüllt. Gilka-Bötzow freut die

Resonanz. Ausgewertet habe er die Bögen noch nicht. Nur so viel: Ein Großteil der Teilnehmer habe die Fragen verständlich gefunden. „Für mich hat das die Thematik nicht richtig erfasst“, sagt hingegen ein junger Mann mit Vollbart, der seinen Namen nicht nennen will. Für ihn habe der Bogen eher etwas mit Umgangsformen zu tun. „Toleranz ist für mich ein politischer Begriff.“

Im nächsten Jahr ist das Fest in der Waldstadt geplant. Dort wird auch der 2010 begonnene Toleranz-Teppich weiter wachsen. Dieses Mal konnten die Stoffe nicht rechtzeitig geliefert werden. Der Teppich besteht bisher aus 28 bunten Tüchern. Auf jedem steht eine weise Botschaft wie: „Toleranz beginnt damit, sich selbst zu hinterfragen.“

Sorge wegen Neonazis in der Waldstadt

Beirat „Potsdam bekennt Farbe“ warnt vor sich verfestigenden rechtsextremen Strukturen

WALDSTADT | Im Stadtteil Waldstadt versucht sich die rechtsextreme Szene zu etablieren. Etlliche dort wohnende Jugendliche fühlen sich von Neonazis bedroht. Da bisher aber keine Strafanzeigen bei der Polizei vorliegen, sind der Justiz die Hände gebunden. Das geht aus einem internen Protokoll der jüngsten Sitzung des Blindnisses „Potsdam bekennt Farbe“ hervor, in dem Politik, Initiativen der Zivilgesellschaft, Extremismusexperten und die Polizei sitzen – und bereits zweimal die Lage in der Waldstadt diskutiert haben.

Laut dem den PNN vorliegenden Papier sei die extreme Rechte in Waldstadt „verbal stark engagiert“. Die Rechtsextremen würden sich bei Angriffen gegen alternative Jugendliche „einer niedrigen Schwelle der Gewalt bedienen, die nicht unmittelbar zu Strafanzeigen führe. Anders als noch vor Jahren würden Potsdams Neonazis statt auf „lautstarke Diskriminierung“ auf „leisere und subtilere Methoden“ der Bedrohung setzen. Dies aber führe zu Problemen im Umgang mit den Extremisten: Bei unterhalb der Straftat-

schwellen erfolgenden Aktionen oder ganz ohne Strafanzeige könne die Polizei keine Ermittlungen aufnehmen. Zwar werde der Stadtteil aufmerksam beobachtet, jedoch bekomme die Polizei „keinen Zugang zur jugendlichen Szene“, wurde in der Beiratsitzung berichtet.

Gleichwohl beobachten sowohl Mitarbeiter der Mobilen Beratungsteams gegen

Stadtverordneter soll Kopf von Neonazi-Gruppe sein

Rechtsextremismus als auch Polizisten laut Protokoll ein Erstarben der Neonazi-Strukturen in der Waldstadt. Dabei sei davon auszugehen, dass der – gestern für die PNN nicht erreichbare – 30-jährige Stadtverordnete Marcel Guse (früher NPD) in dem Stadtteil aktiv sei, heißt es im Protokoll – als „Anführer der Freien Kräfte Potsdam“. Als Freie Kräfte werden nicht parteigebundene und netzwerkartig organi-

sierte Neonazi-Gruppen bezeichnet. Im Internet rühmten sich die Potsdamer Neonazis zuletzt mit Mini-Demos vor dem Waldstadt-Center und am Toom-Markt in Babelsberg, bei denen sie auf einem Transparent gegen Demokraten hetzten. Sämtliche Teilnehmer hatten sich dazu weiße Masken vor ihre Gesichter gezogen.

Als Möglichkeiten des Umgangs mit den Neonazis schlagen die Beiratsmitglieder laut Protokoll die Aufklärung über solche Umtriebe vor, um Bürger zu sensibilisieren. Auch wird erwidert, dass alljährliche Toleranzfest im nächsten Sommer in der Waldstadt stattfinden zu lassen. Auch im zuständigen Stadteirat sollen die Neonazis zum Thema gemacht werden.

Bereits seit Anfang des Jahres warnen Potsdamer-Antifagruppen vor einer wachsenden Zahl rechtsextremer Propaganda-Aktionen und Übergriffen durch Neonazis, speziell in der Waldstadt. Allein von Januar bis Ende Juni sind in einer Antifa-Chronik im Internet mehr als 40 Aktionen von Potsdamer Rechtsextremen beschrieben. Diese Woche meldete

das Antifa-Pressearchiv Potsdam, bereits Anfang August hätten bis zu zehn Neonazis einen alternativen Jugendlichen in der Innenstadt vom Fahrrad gezogen und ihn getreten – er habe aber fliehen können.

Der Polizei liegt auch hier keine Strafanzeige vor. Bei anderen Schilderungen der Antifa sei es genauso, sagte Polizeisprecherin Katrin Laurisch – die Zahl der Anzeigen rechtsmotivierter Straftaten sei seit dem Frühjahr sogar leicht gesunken. Daher appelliere die Polizei, sich bei konkreten Vorfällen zu melden, so Laurisch: „Es gilt: Eine Anzeige ist immer besser als keine Anzeige. Um Täter zu ermitteln, Opfer zu betreuen und ein realistisches Bild der politisch motivierten Kriminalität zu erfassen, ist eine Anzeige unumgänglich.“

Ein Grund für ausbleibende Anzeigen könnte sein, dass alternative Jugendliche sich sorgen, ihr Name samt Adresse würden bekannt, wenn sie zur Polizei gehen, sagte Laurisch: „Dem ist aber nicht so, jeglicher Inhalt von Ermittlungssachen in dieser Form ist nicht einsehbar – diese Angst entbehrt jeder Grundlage.“ H. KRÄMER

PNN, 07.10.2011

Neonazis zogen durch Waldstadt

EXTREMISMUS Polizei geht bei der Suche leer aus

WALDSTADT | Die rechtsextreme Szene in Waldstadt rüstet auf. Am Mittwochabend gegen 21.45 Uhr zogen etwa 50 Neonazis durch die Straßen Zum Jagenstein und Zum Kahleberg. Sie waren verumt und trugen Fackeln. Zeugen berichten, dass einige der Marschierer rechtsextreme Parolen gerufen haben. Hintergrund ist offenbar die Reichspogromnacht, die sich am Mittwoch zum 73. mal jährte.

Als die Polizei eintraf, hatte sich der Spuk bereits aufgelöst. Es sei trotz „sofortiger Suche“ nicht gelungen, auch nur einen einzigen Marschierer dingfest zu machen. Bis Mitternacht hätten die Beamten das Gebiet bis zum Waldrand und der Vogelstation abgesucht – ohne Erfolg.

Nun ermittelt der Staatsschutz der Polizeidirektion West wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Mehrere Zeugen, die die Polizei verständigt hatten, wur-

den noch vor Ort befragt. Die Waldstadt gilt schon seit längerem als Schwerpunkt der Neonazi-Aktivitäten in Potsdam. Als Rädelführer wird der ehemalige NPD-Stadtverordnete Marcel Guse vermutet. Er soll die Neonazi-Kameradschaft „Freie Kräfte Potsdam“ (FKP) anführen. Die Polizei und das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus sehen die immer stärker werdenden Strukturen in dem Plattenbaugbiet mit Sorge. Dabei setzen die Rechtsextremen zunehmend auf leise und subtile Methoden. Um nicht straffällig zu werden, schüchtern sie ihre Gegner vor allem verbal ein. In Nacht- und Nebel-Aktionen kleben sie Aufkleber an Straßenlaternen oder sprühen Parolen an Hauswände. Polizei und Justiz sind bei solch niedrigschwellige Delikten meist die Hände gebunden. Dennoch kommt es immer wieder zu spontanen gewalttätigen Angriffen auf alternative Jugendliche. cz

MAZ, 11.11.2011

Vermummt und mit Fackeln

Nuziaufmarsch in der Waldstadt

Sie kamen mit Fackeln und vermummt - und flüchteten unerkannt, als die Polizei anrückte: Potsdamer Neonazis sind am späten Mittwochabend, offenkundig anlässlich des Gedenktags zur Reichspogromnacht 1938, durch die Waldstadt II marschiert. Wie die Polizei mitteilte, hätten sich gegen 21.45 Uhr fast ein Dutzend Anrufer gemeldet, die einen Marsch von bis zu 50 Personen durch die Straßen Zum Jagenstein und Zum Kahleberg beobachtet hätten. Es seien rechtsradikale Parolen gerufen worden. Dazu hätten die vermummten Personen Fackeln getragen. Allerdings: Als die Polizei nach eigenen Angaben mit rund einem Dutzend Streifenwagen und einem 30-köpfigen Bereitschaftszug vor Ort eintraf, hatte sich der Marsch bereits aufgelöst. Bis Mitternacht hätten Polizisten nach Beteiligten gesucht, so die Polizei - ohne Erfolg. Nun werde vom Dezernat Staatsschutz wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt.

Schon länger gilt die Waldstadt als Viertel, in dem sich Rechtsextremisten versuchen, nach und nach zu etablieren. Damit hatte sich zuletzt auch das Bündnis „Potsdam bekämpft Farbe“ beschäftigt, in dem Politik, Initiativen der Zivilgesellschaft, Extremismusexperten und die Polizei sitzen (PNN berichteten). Die Neonazi-Strukturen in der Waldstadt würden erstärken, hieß es zuletzt in einem Inter-

nen Protokoll des Bündnisses. Im Internet rühmten sich Potsdamer Neonazis zuletzt mit einzelnen Mini-Demos - in der Waldstadt, aber auch in Babelsberg - bei denen sämtliche Teilnehmer weiße Masken vor die Gesichter gezogen hatten und auf einem Transparent gegen Demokraten lethargen. Auch in der Waldstadt wurden am Mittwochabend Hunderte Hand-

zettel zur so genannten „Vollblut“-Kampagne gefunden, mit der rechtsextreme Propaganda gegen die Demokratie betrieben wird.

Angesichts des Neonazi-Aufmarschs sagte Oberbürgermeister Jan Jakobs (SPD), es sei „verabscheuungswürdig“, so einen Fak-

kelzug zum Tag des Gedenkens an die Reichspogromnacht durchzuführen. Das Bündnis „Potsdam bekämpft Farbe“ werde sich bei seiner nächsten Sitzung am kommenden Dienstag erneut mit der Situation in der Waldstadt befassen. Optimistisch stimme ihn, so Jakobs weiter, das sofort mehrere Bürger den Aufmarsch bei der Polizei gemeldet hätten. Das zeige, dass Rechtsextremisten sich in der Waldstadt mit Widerstand rechnen müssten.

HERO KRÄMER

PNN, 11.11.2011

Neonazi Guse legt Mandat nieder

Waldstadt: Protest gegen Rechtsextreme geplant

Der Rechtsextremist Marcel Guse hat sein Mandat als Potsdamer Stadtverordneter niedergelegt. Das bestätigte Kathausprecher Jan Brunzlow den PNN auf Anfrage. Der 31-jährige habe den Verzicht damit begründet, dass er nicht mehr in Potsdam wohne, hieß es. Nach PNN-Informationen soll er eine Adresse in Beelitz als neuen Wohnort angeben - zuvor war es eine Adresse in der Potsdamer Waldstadt.

Guse saß seit Mitte 2009 im Stadtparlament und war Nachfolger des damals mit einem Auto tödlich verunglückten DVU-Politikers Günther Schwemmer. Nach der Landtagswahl 2009 wechselte Guse zur NPD. Seine parlamentarische Arbeit in Potsdam blieb bis zuletzt dürftig: Bei vielen Sitzungen der Stadtverordneten fehlte der gelernte Koch. Für einen Eklat sorgte er beispielsweise, als er im April vor einem Jahr offen für „nationalen Sozialismus“ warb. Offenbar radikalisierte sich Guse über die Jahre. Im aktuel-

len Verfassungsschutzbericht für Brandenburg heißt es über ihn, „deutlicher, klarer und eindeutiger“ könne sich „ein NPD-Funktionär nicht mehr zur Ideologie der NSDAP bekennen“. In diesem Mal musste Guse die NPD „wegen unüberbrückbarer politischer Differenzen“ verlassen - damals hieß es, selbst für Parteifremde habe er seine rechtsextreme Weltanschauung zu radikal propagiert.

Wer Guses Nachfolger wird, ist unklar. Die DVU hatte bei den Kommunalwahlen 2008 acht Kandidaten. Die restlichen sechs potenziellen Nachrücker würden nun nacheinander angeschrieben, so Stadtsprecher Brunzlow. Mindestens eine Absage gebe es schon. Sollten alle Nachrücker auf ihren Sitz in der Stadtverordnetenversammlung verzichten, „so bleibt dieser frei“, erklärte Brunzlow.

Unterdessen plant das Bündnis „Potsdam bekämpft Farbe“ nach PNN-Informationen einen Aufruf an die Potsdamer zu einem „Spätiergang“ durch die Waldstadt, um ein Zeichen gegen die rechtsextreme Szene in dem Stadtteil zu setzen. Die Aktion soll am Samstag, den 3. Dezember, ab 11 Uhr stattfinden. Zuletzt waren am Jahrestag der Reichspogromnacht bis zu 50 Rechtsextreme bei einem Fakkelzug durch die Waldstadt marschiert. Beobachter warren seit Monaten, in dem Stadtteil würde sich Neonazi-Strukturen verfestigen. Als einer ihrer Köpfe war Guse vermutet worden.

HK

PNN, 22.11.2011

Bunt und laut gegen Neonazis

KUNDEGUNG 350 Potsdamer ziehen durch die Waldstadt / Toleranzbündnis plant weitere Aktionen

Am Sonnabend demonstrierten mehrere hundert Potsdamer in der Waldstadt gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz.

Von Ricarda Nowak

WALDSTADT | So viele bunte Luftballons sieht man sonst nur auf Kindergeburtstagen und auf Jahrmärkten. Oder bei einem demoihnlichen Spaziergang durch die Waldstadt, zu dem das Bündnis „Potsdam bekennet Farbe“ aufgerufen hat. Rund 350 Potsdamer zogen – begleitet von den Trommlern der Gruppe „Sexta Feira“ – am Samstagvormittag durch das Wohngebiet, um gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz zu protestieren. Den mit Luftballons gespickten Zug flankierte ein

Seitentransparent mit dem Spruch „Antifa – nicht extremistisch, sondern extrem wichtig“.

„Wir wollen ein eindeutiges Zeichen setzen“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD), „bei rechter Ideologie hört die Toleranz in unserer Stadt auf.“ Die Gefahr von rechts dürfe nicht unterschätzt werden. Aber anders als die Neonazis treffe man sich „im Hellen, um gesehen und erkannt zu werden“. Anlass des Waldstadtsparziergangs war, wie berichtet, ein Aufmarsch von etwa 30 Rechten im Wohngebiet am Gedenktag zur Reichspogromnacht am 9. November. Vor einem Hochhaus in der Straße Zum Jagenstein hatten sich die Neonazis versammelt. „Die Rechten waren sehr laut, um 21.45 Uhr ging es los, sie brüllten sieg heil und so was, das war bedrohlich und unheimlich“, erzählte eine Anwohnerin. Sie habe über-

INTERVIEW

Nach der Demo zum Toleranzfest

fürs nächste Mal, dass sich ins mehr Waldstädter anschließen, anstatt nur aus dem Fenster zu sehen.

Gibt es weitere Aktionen?

Löbel Im Januar trifft sich die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft Waldstadt des Bündnisses, um mittel- und langfristige Aktionen zu planen. Auf jeden Fall laden wir im September 2012 zum fünften Toleranzfest in die Waldstadt ein.

MAZ: Sind Sie zufrieden mit der Resonanz auf die Demo?
Ursula Löbel: Absolut. Wir hatten nur etwa 100 Teilnehmer erwartet, gekommen sind 350. Ich wünsche mir

legt, „ob die Waldstadt noch mehr Stadtteil ist“ wegen ihrer dunkelbläulichen Tochter, um die sie an dem Abend erstmals Angst hatte. Abgesehen von diesem Erlebnis seien ihr Rechtsextreme im Wohngebiet bislang nicht aufgefallen. Auch Stadtpräsident Peter

Schiller (Bündnisgrüne), die Sozialbeigeordnete Elona Müller-Preinsberger (parteilos) und ihr Bau-Kollege Matthias Klipp (Bündnisgrüne), SPD-Stadtvorordnete sowie der Linke-Stadtfractionschef Hans-Jürgen Scharfberg liefen mit. „Rechte Strukturen

dürfen gar nicht erst wachsen und sich verfestigen“, warnte Linke-Kreischef Sascha Krämer. Er forderte, alternative Wohn- und Kulturprojekte zu fördern: „Das ist die beste Investition in eine tolerante Gesellschaft.“ Auch Matthias Pludra, Vorstand der Wohnungsgenossenschaft PWG 1956, war dabei: „Ist doch für eine gute Sache.“ Das Quartier dürfe angesichts der Rechten keinen Schaden nehmen.

Der Schwung aus dem Protestzug müsse „aufrechterhalten“ werden, wünschte sich Organisatorin Ursula Löbel vom Bündnis „Potsdam bekennet Farbe“. Nun werde überlegt, wie das Bündnis mit Initiativen und Einrichtungen vor Ort zusammenarbeiten könne.

Für den gemütlichen Aspekt sorgte die Freiwillige Feuerwehr Fahrland. Aus der Gulashkanne gab es deftige Erbsensuppe, für Durstige Tee und Glühwein.

MAZ, 05.12.2011

Gegenwind für Neonazis

Am Waldstadtsparziergang gegen Rechtsextremismus nahmen rund 300 Menschen teil. Weitere Aktionen

VON HENRI KRAMER

WALDSTADT II - Knapp 300 Potsdamer haben am Samstag in der Waldstadt gegen die zunehmende Präsenz von Neonazis in dem Plattenbauviertel demonstriert.

Der Anlass des friedlichen Marschs: Am 9. November, dem Gedenktag der Reichspogromnacht von 1938, hatten bis zu 50 Neonazis bei einem nächtlichen Fackelzug den geschichteten Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923 betrauert und rechtsextreme Parolen gerufen. Zudem gab es in den vergangenen Monaten wie berichtet immer wieder Warnungen, dass die rechtsextreme Szene in der Waldstadt zunehmend auffällig wird – weniger durch Gewalttaten, dafür aber mit Propaganda und Einschüchterungsversuchen.

Das vom Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) nicht dulden, erklärte er

gleich zu Beginn des „Waldstadtsparziergangs“, Der Fackelzug der Rechtsextremen sei „geschmacklos“ und eine „offene Provokation“ gewesen. Mit der bunten Demonstration solle nun ein Zeichen gesetzt werden, „dass solches Verhalten in Potsdam nicht toleriert wird“. Speziell in der Waldstadt gebe es „Versuche“, rechtsradikale Propaganda zu streuen. „Die Rechten schlafen nicht in Potsdam.“ Man dürfe die Gefahr von Neonazis nicht unterschätzen. Mit Blick auf die Mordserie der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) kritisierte Jakobs, dass die Strafverfolgungsbehörden in dem Fall bedauerlicherweise nicht „die nötige Aufmerksamkeit“ gezeigt hätten.

Bei dem rund halbstündigen Marsch durch die Straßen Am Kahleberg und Am Jagenstein, den die Trommlergruppe „Sexta Feira“ laustark begleitete, waren

Stadtvorordnete vor allem der Linken, aber auch von SPD, den Bündnisgrünen und Die Andere dabei. Dazu kamen Sozialbeigeordnete Elona-Müller-Preinsberger (parteilos) und Bundesrätin Matthias Klipp (Grüne), aber auch Pro-Potsdam-Geschäftsführer Jörn-Michael Westphal und Tierschutzvereinsleiter Niklas Wanke – und trotz Advent und windig-kaltem Wetter viele andere Bürger der Stadt.

Über ihre Erfahrungen in der Waldstadt sagte Wildbachs-Streetwoorkerin Sabine Hildebrandt den PNN, im Vergleich zu anderen Stadtteilen seien „hier rechtsextremistische Graffiti und Aufkleber derzeit häufiger zu finden“. Sie warnte aber vor einer Stigmatisierung. Zugleich müsse fortlaufend über rechtsextreme Aktivitäten aufgeklärt werden: „Wir müssen besonders mit Jugendlichen im Gespräch zu bleiben, die häufig Ziel von Re-

kruierungen sind.“ Eine Schwermütigkeit im Engagement gegen Rechts lässt sich an den Zahlen der Polizei ablesen: Die in Potsdam zahlenmäßig überschaubare Szene ist anders als früher zumindest aus Sicht der Sicherheitsbehörden nicht mehr so greifbar. So hat es in Potsdam dieses Jahr laut Polizei 81 rechtsextremisierte Straftaten gegeben – eine mehr als bei Ende November 2010. Dabei zählte die Polizei 50 Propagandadelikte wie etwa Hakenkreuzschmierereien – aber keine einzige Gewalttat. 2010 gab es noch drei derartige Delikte. Laut Polizei wird speziell für die Waldstadt keine Statistik geführt.

Gerade die Waldstadt aber will das Bündnis „Potsdam bekennet Farbe“, das die Demo organisierte und in dem Politik, Behörden und Vertreter der Zivilgesellschaft sitzen, weiter in den Fokus der

PNN, 05.12.2011

2012



Oben: Teilnehmer an der bundesweiten Schweigeminute am 23. Februar
 Links unten: Ente Agathe des Stadtjugendringes Potsdam e.V. beteiligt sich an den Protesten am 15. September
 Rechts unten: Logo des Bündnis „Potsdam nazifrei“

Presse

„Erneut rechtsextremer Fackelzug“, PNN, 07.02.2012 +++ „Kommando Theresienstadt“, MAZ, 21.03.2012 +++ „Widerstand angekündigt“, PNN, 17.07.2012 +++ „Clown Lollo gegen Rechtsextremisten“, ND, 20.07.2012 +++ „Stadtweites Bündnis ‚Potsdam nazifrei‘“, MAZ, 21.07.2012 +++ „Uni gegen Demonstration der NPD“, PNN, 01.08.2012 +++ „Erst demonstrieren, dann einkaufen“, MAZ, 12.09.2012 +++ „Jakobs siegt gegen NPD“, PNN, 15.09.2012 +++ „NPD unterliegt vor Gericht“, MAZ, 15./16.09.2012 +++ „Potsdamer verhindern Rechten-Aufmarsch“, www.bz-berlin.de, 15.09.2012 +++ „Demonstranten verhindern Aufzug der NPD“, Berliner Morgenpost, 16.09.2012 +++ „Potsdamer verhindern NPD-Aufmarsch. Quitsche-Ente stellt sich quer“, www.n-tv.de, 16.09.2012 +++ „Potsdam zeigt Farbe“, www.taz.de, 16.09.2012 +++ „Potsdamer hindern NPD an Aufmarsch“, www.berliner-zeitung.de, 16.09.2012 +++ „Neonazis gehen baden“, www.nordkurier.de, 16.09.2012 +++ „Eine Stadt bekennt Farbe. Bürger verhindern NPD-Aufmarsch“, www.ksta.de, 16.09.2012 +++ „Modellstadt im Kampf gegen die NPD“, PNN, 17.09.2012 +++ „169 Ballons für die Opfer rechter Gewalt“, PNN, 17.09.2012 +++ „Neonazis kamen nicht durch“, ND, 17.09.2012 +++ „Potsdamer verhindern NPD-Aufmarsch“, Lausitzer Rundschau, 17.09.2012 +++ „2500 gegen 81“, MAZ, 17.09.2012 +++ „Kein Platz“, MAZ, 17.09.2012 +++ „NPD-Protest: Justiz wartet vorerst ab“, PNN, 19.09.2012 +++ „Tausendfacher Widerstand“, Preussenspiegel, 19.09.2012 +++

23. Februar

Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam an der bundesweiten Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer der Verbrechen der Zwickauer Terrorzelle NSU vor dem Stadthaus.

1. März

41. Sitzung des Bündnisses. Soziale Stadt Potsdam e.V. wird Bündnismitglied. Die im November 2011 gebildete Aktionsgruppe Waldstadt berichtet über den „Wald(Stadt)-Spaziergang“. Die gebildete Aktionsgruppe arbeitet weiter an mittel- und langfristigen Maßnahmen. Der Opferperspektive e.V. stellt eine webbasierte Chronik für rechtsextreme Vorfälle aus Oranienburg vor. Es bildet sich eine AG, um dieses Modell für die Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen. Der Katte e.V. informiert über die CSD-Woche vom 20. bis 29. April und den 1. CSD am 28. April in Potsdam. Ein Vertreter der Fraktion Die Andere regt an, dass das Thema der Lebenssituation von Flüchtlingen in einer Sondersitzung des Bündnisses besprochen wird.

21. März

Internationaler Tag gegen Rassismus. Mitglieder des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ informieren vor der Cafeteria im Gebäude der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam über die Bedeutung des Tages. Ein Quiz hilft, mit Interessierten ins Gespräch zu kommen und über Aktivitäten für Toleranz und Demokratie zu informieren.

5. Juni

Sondersitzung des Bündnisses. Gemeinsam mit der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz der Landeshauptstadt Potsdam wird das Thema „Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnraum in der Landeshauptstadt Potsdam und die interkulturelle und interreligiöse Kompetenz in der Stadtverwaltung“ diskutiert. Die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge wird ebenfalls besprochen. Die Beigeordnete berichtet, dass für künftig ankommende allein reisende Mütter mit Kindern (besonders Schutzbedürftige) eine gesonderte Unterkunft in der Innenstadt geschaffen wird. Einzelfälle zur Unterbringung in Wohnungen von Bewohnern der Gemeinschaftsunterkunft werden in einer Arbeitsgruppe detailliert besprochen werden. Besondere Fälle sollen in Fallkonferenzen behandelt werden. Die steigende Zahl von Zuweisungen für die Landeshauptstadt Potsdam ist wegen der angespannten Wohnungssituation eine besondere Herausforderung. Die Verbesserung der interkulturellen und interreligiösen Kompetenz innerhalb der Verwaltung ist eine Aufgabe, der sich eine weltoffene und serviceorientierte Verwaltung stellen muss.

7. Juni

42. Sitzung des Bündnisses. Der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg referiert zum Thema „Lage des Rechtsextremismus in Potsdam und Umgebung“ und stellt sich der anschließenden Diskussion im Bündnis. Insbesondere die Themen Grauzone, Verbindungen zum NSU im Land Brandenburg und die Kampfsportveranstaltungen rechtsextremer Gruppierungen werden thematisiert. Die SIKO informiert: Stand der Erarbeitung zur Chronologie des Bündnisses, Aktivitäten zur Vorbereitungen für das 5. „Potsdamer Fest für Toleranz“, die Entwicklung des EU-

geförderten Projektes „Discrimination in Cities“ (Diskriminierung in Städten), die Mitgliederversammlung und das Lenkungsausschusstreffen der ECCAR am 26. und 27. April in Malmö.

18. Juli

Sondersitzung des Bündnisses. Mit bekannt werden der Anmeldung einer Demonstration durch die rechtsextreme NPD für den 15. September 2012 am Potsdamer Hauptbahnhof verabschiedet das Bündnis den Aufruf „Potsdam nazifrei“. Ziel des Bündnisses „Potsdam nazifrei“ ist die Koordinierung aller Aktivitäten mit dem Ziel, den NPD-Aufmarsch zu verhindern. Das 5. „Potsdamer Fest für Toleranz“ wird auf der Festwiese am Hauptbahnhof unter dem Motto „Vielfalt leben!“ stattfinden.

19. Juli

Vertreter des Bündnisses „Potsdam nazifrei“ treten erstmals zusammen. Es werden erste Absprachen für die Vorbereitung des Protestes gegen die NPD-Demonstration getroffen. Die Anmeldung von Gegendemonstrationen im gesamten Stadtgebiet wird koordiniert. Es bilden sich Arbeitsgruppen mit gesonderten Aufgaben.

10. August

Die NPD hatte kurzfristig zu einer Kundgebung auf dem Potsdamer Luisenplatz aufgerufen. An der vom Bündnis organisierten Gegendemonstration nehmen etwa 400 Potsdamer teil. Wegen des starken zivilgesellschaftlichen Protestes bricht die NPD ihre Kundgebung vorzeitig ab.

14. August

Weiteres Treffen von Vertretern des Bündnisses „Potsdam nazifrei“. Stadtkirchenpfarrer Simon Kuntze und die Geschäftsführerin des Stadtsportbundes Potsdam e.V. Anne Pichler werden als Sprecher des Bündnisses benannt. Die Organisation des Kommunikationsteams für den 15. September übernimmt das Aktionsbündnis Brandenburg.

23. August

43. Sitzung des Bündnisses. Gemeinsam mit Vertretern des Bündnisses „Potsdam nazifrei“ werden der Stand der Vorbereitungen für Gegenaktionen zur geplanten Demonstration der NPD und des „5. Potsdamer Festes für Toleranz“ besprochen.

28. August

Mit vier angemeldeten Gegendemonstrationen und an sechs Orten geplanten Kundgebungen sichert das Bündnis „Potsdam nazifrei“ zentrale Orte in der Landeshauptstadt für seinen zivilen Protest am 15. September.

6. September

Im Bündnis „Potsdam nazifrei“ werden weitere Detailabsprachen getroffen.

11. September

Sondersitzung des Bündnisses. Das Bündnis bespricht den Vorbereitungsstand für das 5. „Potsdamer Fest für Toleranz“ und die geplanten Aktionen des Bündnisses „Potsdam nazifrei“ für den 15.9. Der Weg für den friedlichen Protest ist gebnet.

13. September

Pressekonferenz des Bündnisses „Potsdam nazifrei“ in der Geschäftsstelle des Stadtsportbundes Potsdam e.V. am Luftschiffhafen.

15. September

„Potsdam nazifrei“ - 3.000 Potsdamer und Gäste verhindern den von der NPD geplanten Marsch durch die Landeshauptstadt Potsdam.

Neben der Gegendemonstration auf der Langen Brücke werden drei weitere Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. Darunter eine Gegendemonstration des SV Babelsberg 03 und der Aktionsgemeinschaft Babelsberg auf der Heinrich-Mann-Allee, ein Picknick am Brauhausberg, eine Gegendemonstration am Humboldtkeisels in Zentrum Ost und weitere zahlreiche Aktionen. Im Internet haben 532 Einzelpersonen, Institutionen, Vereine und Firmen den Aufruf „Potsdam nazifrei“ unterzeichnet.

Das „5. Fest für Toleranz – Vielfalt leben!“ findet in direkter Nähe zu Protestaktionen des Bündnisses „Potsdam nazifrei“ statt. Die etwa 2.000 Besucher erlebten von 11 bis 20 Uhr ein buntes Kulturprogramm.

17. September

Auswertungstreffen von Vertretern des Bündnisses „Potsdam nazifrei“: Dieses erstmals praktizierte Bündnis hat sich bewährt. Das breite politische Spektrum der im Bündnis Vertretenen war Voraussetzung für den Erfolg am 15. September. Grundlagen dieser Zusammenarbeit waren insbesondere Vertrauen, Akzeptanz der unterschiedlichen Herangehensweisen und Verlässlichkeit. Dieses Bündnis hat sich auch für die Zukunft als tragfähig erwiesen.

30. September

Der Facebook-Auftritt des Bündnisses zählt 580 Sympathisanten.

Besucherzahlen www.potsdam-bekannt-farbe.de (Google Analytics)

2010	2.217
2011	4.207
2012 (Stand: 30. September)	10.940
davon im September 2012	5.849
davon am 15. September 2012	1.799
Insgesamt	17.381

Mitglieder des Bündnisses

AStA der Universität Potsdam	Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam	Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.
DGB Region Mark Brandenburg	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Evangelischer Kirchenkreis Potsdam - Ausländerseelsorge	Opferperspektive e.V.
Fanprojekt Babelsberg des Diakonischen Werkes e.V.	Polizeiinspektion Potsdam
FB Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam	RAA Brandenburg
Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	SIKO
GSE	Soziale Stadt Potsdam e.V.
Lösungsweg e.V.	Stadtjugendring Potsdam e.V.
MBT	Stadtssportbund Potsdam e.V.
medienlabor KG	Wildwuchs Streetwork des Diakonischen Werkes e.V.

Aktionen der Bündnismitglieder

24.1.	Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Nazi 2.0“ referieren Vertreter der Amadeu-Antonio-Stiftung vor etwa 50 Teilnehmern im Archiv in der Leipziger Str. über das Auftreten Rechtsextremer im Internet. Das Bündnis und die Landeshauptstadt Potsdam unterstützen die gesamte Veranstaltungsreihe der AG Jugend- und Soziokultur.
2.3.	Das MBT diskutiert im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Nazi 2.0“ mit einem Aussteiger aus der rechtsextremen Szene in der Jugendherberge - Haus der Jugend mit 50 Teilnehmern.

20.3. und 21.3.	<p>Aktivitäten in der Landeshauptstadt Potsdam zum Internationalen Tag gegen Rassismus: Das Aktionsbündnis Brandenburg, die RAA Brandenburg und das Bündnis laden am Vorabend des Antirassismustages zu einem Zeitzeugengespräch mit dem Holocaust-Überlebenden Pavel Stránský ein. Dieser liest aus seinem Buch „Als Boten der Opfer: Von Theresienstadt nach Theresienstadt, nach ‚Übergangsaufenthalt‘ in Auschwitz/Birkenau und Schwarzheide“ (Prag, 2011).</p> <p>Auf Initiative der RAA Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Potsdam liest Pavel Stránský am 21.3. am Gymnasium Hermannswerder. Der Brandenburgische Kulturbund e.V. und die Landeshauptstadt Potsdam veranstalten eine Lesung mit Heike Schneider aus ihrem Buch „Schlüpf doch mal in meine Haut. Acht Gespräche über Alltagsrassismus in Deutschland.“ (Militzke Verlag GmbH, 2011) im Salon der Charlottenstr. 31 in Potsdam.</p>
29. und 30.3.	<p>Arbeitstreffen der Städte Ragusa und Potsdam in der Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen des durch die EU-Kommission geförderten Projektes „Discrimination in Cities“ geleitet vom CJD Eutin. Neben den offiziellen Vertretern der Städte Potsdam und Ragusa haben teilgenommen: MBT, Migrantenbeirat, Opferperspektive e.V., Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V., italienischer Städtetag und Sozialforschungsinstitut in Rom. Ziel des Projektes ist der modellhafte bilaterale Austausch von Strategien gegen Diskriminierung und für Vielfalt.</p>
24.4.	<p>Das Aktionsbündnis Brandenburg feiert mit 130 Gästen sein fünfzehnjähriges Bestehen im Potsdamer Kutschstall.</p>
26.4. und 27.4.	<p>Mitgliederversammlung und Treffen des Lenkungsausschusses der ECCAR in Malmö. Besondere Aufmerksamkeit verlangen die Modalitäten zur Verlagerung der Geschäftsstelle der ECCAR von Nürnberg in die Landeshauptstadt Potsdam und die damit verbundenen Satzungsänderungen. Der im November 2011 gewählte neue Vorsitzende der ECCAR, Bürgermeister von Toulouse Jean-Paul Makengo, stellt die Agenda seiner Amtszeit vor.</p>
28.4.	<p>1. CSD in der Landeshauptstadt Potsdam unter dem Motto „CSD connecting Potsdam – Straßenfest für Vielfalt“, organisiert vom „Bündnis Faires Brandenburg Landesverband Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans“⁴⁴ und Katte e.V. unterstützt vom Bündnis und der Landeshauptstadt Potsdam mit etwa 500 Besuchern.</p>
30.4.	<p>„Rhythm against Racism Festival“ auf dem Luisenplatz, organisiert von der DGB-Jugend mit 2.500 Besuchern.</p>
8.5.	<p>Experten von nonazis.net und die Amadeu-Antonio-Stiftung diskutieren mit 30 Teilnehmern im Potsdamer Lindenpark neueste Entwicklungen in der rechts-extremen Szene im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Nazi 2.0“.</p>
9.5. und 10.05.	<p>Zweites Arbeitstreffen der Städte Ragusa und Potsdam in Ragusa im Rahmen Projektes „Discrimination in Cities“ gemeinsam mit einem Vertreter des Sozialen Stadt Potsdam e.V., Vertretern des italienischen Städtetages und des Sozialforschungsinstituts in Rom.</p>
30.5.	<p>4. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam zum Thema „Potenziale und Chancen: Wege Potsdamer Zugewanderter in den Arbeitsmarkt“ mit 80 Teilnehmern im Stadthaus.</p>
15.6.	<p>Gemeinsam mit Partnern der RAA Berlin feiert die RAA Brandenburg ihr zwanzigjähriges Bestehen im Jugendkultur- und Familienzentrum Lindenpark mit etwa 100 Gästen.</p>
16.6.	<p>2. Afrika-Festival am Brandenburger Tor organisiert vom ICDI e.V., unterstützt von der Landeshauptstadt Potsdam, mit etwa 200 Besuchern.</p>

26.7.	Andrea Röpke bespricht ihr Buch „Mädelsache! – Frauen in der Neonazi-Szene“ (Ch. Links Verlag, 2011) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Nazi 2.0“ im Frauenhaus „primaDonna“ in der Schiffbauergasse mit etwa 15 Teilnehmern.
14.9.	Filmabend „Die Kriegerin“ in der Sporthalle der Oberschule „Theodor Fontane“. Veranstaltet durch die Landtags- und Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen gemeinsam mit dem Regisseur des Films David Wnendt mit etwa 30 Teilnehmern.
21.9.	Im Treffpunkt Freizeit findet die Konferenz der Potsdamer „Schulen OHNE Rassismus – Schulen MIT Courage“ organisiert durch die RAA Brandenburg statt. Schüler der 4. bis 12. Klassen erarbeiten in Gruppen ihre Visionen einer interkulturellen und weltoffenen Stadt.
21.9.	Auftaktveranstaltung der bundesweiten „Interkulturellen Woche“ in Potsdam unter dem Motto „Herzlich Willkommen – Wer immer du bist“ an der Propsteikirche St. Peter und Paul, veranstaltet durch die Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam, in Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Institutionen der interkulturellen Woche.
23.9.	Die Landeshauptstadt Potsdam verleiht den achten Integrationspreis. Die Pro Potsdam GmbH überreicht den „Sonderpreis Nachbarschaft“.
29.9.	Der Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam feiert auf dem Schiff MS Belvedere sein zwanzigjähriges Bestehen mit mehr als 140 Gästen.

Kommando Theresienstadt

Pavel Stránský überlebte Konzentrationslager

HERMANNswerder | Zum internationalen Antirassismustag in Potsdam kommt heute der KZ-Überlebende Pavel Stránský aus der tschechischen Hauptstadt Prag zu einem Gespräch mit Schülern ins Evangelische Gymnasium auf Hermannswerder. Das Gespräch dort beginnt um 10 Uhr.

Am 1. Dezember 1941 war er mit 1000 jungen Männern als sogenanntes „Aufbaukommando“ nach Theresienstadt (Terezín/Tschechien) deportiert worden, um das dortige Konzentrationslager für die Ankunft zehntausender

Juden aus ganz Europa vorzubereiten. Stránský war am 1. Juli 1944 im ersten Transport, in dem Häftlinge lebend das deutsche Vernichtungslager Auschwitz (Oswiecim/Polen) verließen, von der SS auf einen grausamen Todesmarsch geschickt. In Theresienstadt erlebte Stránský dann die Befreiung. In seinem Buch „Als Boten der Opfer“ hat Pavel Stránský seine Erlebnisse für die

Nachwelt festgehalten.

Am Antirassismustag werden zudem Mitglieder des Bündnisses „Potsdam be-

kennt Farbe“ über die Bedeutung des Tages informieren, mit einem Quiz und andren Aktionen im Stadthaus an der Friedrich-Ebert-Straße 79–81, Bereich vor der Kantine, 11.30 bis 13.30 Uhr.

Als Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus hat sich Potsdam zur Teilnahme an Aktivitäten zum Internationalen Tages gegen Rassismus verpflichtet. Die Koalition ruft ihre Mitglieder dazu auf, diesen durch Aktionen ins Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten zu rufen. Oberbürgermeister Jann Jakobs erinnerte an die langjährige Tradition der Toleranz und des friedlichen Miteinanders in Potsdam. *MAZ*

Widerstand angekündigt

Pläne gegen NPD-Demo am 15. September

Gegen eine in zwei Monaten geplante Demonstration der rechtsextremen NPD durch die Potsdamer Innenstadt formiert sich bereits Widerstand. Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) hat bereits für den morgigen Mittwoch zu einer Sonder-sitzung des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ eingeladen. Dort sollen Maßnahmen und Ideen gegen den rechts-extremen Aufzug besprochen werden, bestätigte die Chefin der Geschäftsstelle der Sicherheitskonferenz im Rathaus, Ursula Löbel, den PNN am Montag. In dem lokalen Aktionsbündnis beraten Stadtverordneter, Polizei und Potsdamer Vertreter der Zivilgesellschaft regelmäßig zu Themen wie Rechtsextremismus.

Wie Polizeisprecher Rudi Sonntag am Montag bestätigte, habe die NPD für den 15. September in der Innenstadt eine Versammlung unter freiem Himmel mit dem Thema „Wir arbeiten – Brüssel kassiert“ angemeldet. Die Versammlung solle von 12 bis 17 Uhr stattfinden. Nähere Details zum Ort des Aufzugs nannte der Behördensprecher nicht. Anmelder sei der NPD-Kreisverband Havel-Nuthe für den NPD-Landesverband Brandenburg. Die Organisatoren rechneten mit rund 200 Teilnehmern, so Sonntag. Schon seit Wochen veranstaltet die NPD deutschlandweit Kundgebungen gegen die deutsche Europa-Politik, die Zahl der Teilnehmer blieb allgemein äußerst überschaubar.

PNN, 17.07.2012

Obwohl nach Polizeiangaben bisher noch keine Gegendemonstration angemeldet ist, mobilisieren NPD-Gegner bereits im Internet zu einer solchen. Bei dem sozialen Netzwerk „Facebook“ gibt es zu einer für den 15. September angekündigten Veranstaltung „Potsdam bleibt nazifrei“ bereits knapp 400 Zusagen. Die Demonstration der NPD solle blockiert werden, heißt es in dem kurzen Aufruf. Löbel von der Sicherheitskonferenz sagte, das „Potsdam bekennt Farbe“-Bündnis werde angesichts der NPD-Demo einen eigenen Aufruf veröffentlichen. Nach PNN-Informationen wird im Rathaus unter anderem erwogen, dass für den 15. September geplante alljährliche Fest für Toleranz zu verlegen. Nach rechtsextremen Vorfällen in der Waldstadt hatte es dieses Jahr eigentlich in dem Plattenbauviertel stattfinden sollen. Wegen der NPD-Demo sei nun wieder die Innenstadt im Gespräch, hieß es.

Einen Aufmarsch der NPD in Potsdam gab es lange Zeit nicht mehr. Im November 2005 blockierten Hunderte Potsdamer friedlich eine NPD-Demonstration auf der Breiten Straße. Dagegen hatten linke Gegendemonstranten einen Neonazi-Aufmarsch auf der Langen Brücke im Oktober 2004 gewaltsam gestoppt. Erfolgreich waren in den vergangenen Jahren auch mehrere Kundgebungen der ebenfalls rechtsextremen DVU geblieben. **HK**

Clown Lollo gegen Rechtsextremisten

Potsdam bekennt am 15. September Farbe gegen einen Naziaufmarsch

Von Andreas Fritsche

Die Potsdamer lassen sich von Neonazis nicht verärgern. Sie holen stattdessen den Clown Lollo zu einem Fest unter dem Motto »Vielfalt feiern«. Das ist ihre Reaktion auf die angekündigte Demonstration des NPD-Kreisverbandes Havel-Nuthe am 15. September.

Die friedliche Gegenveranstaltung soll um 11 Uhr auf der großen Wiese nördlich des Haupt-

bahnhofs beginnen. Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) will das Fest eröffnen. Auftritte möchten unter anderem Saiten ensembles und Tanzgruppen aus drei Stadtteilen West und Waldstadt. Der Stadtjüngerring kommt mit seinem Spielmobil.

Ziel aller Aktionen sei es, den NPD-Aufmarsch zu verhindern, sollte die Stadtverwaltung gestern mit, nachdem sich tags zuvor das Bündnis »Potsdam bekennt Far-

be« über das Vergehen verständigt hatte. »Wer unter dem Deckmantel von Europa-Kritik rechts-extremes Gedankengut verbreiten will, ist in unserer Stadt nicht willkommen«, heißt es im Aufruf für ein nazifreies Potsdam, der unter anderem von mehreren Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, von Vorständen und von Integrationsbeauftragten unterstützt wird. Die rechtsextremistische NPD plant ihre De-

monstration am 15. September um 12 Uhr unter der Parole »Wir arbeiten – Brüssel kassiert«.

Die LINKE begrüßt die Aktionen gegen die NPD-Vorveranstaltung. »Potsdam hat den Nazis in den letzten Jahren schon häufig die Stirn gebotens«, erinnert der LINKE-Kreisvorsitzende Sascha Kramer. »Es gilt, erneut Farbe zu bekennen.«

[potsdam-bekannt-farbe.de](#)

ND, 20.07.2012

Stadtweites Bündnis „Potsdam nazifrei!“

Schulterschluss gegen NPD-Demonstration

Von Ildiko Röd

POTSDAM | Die Landeshauptstadt formiert sich gegen die NPD-Demonstration am 15. September. Zum „friedlichen, gewaltfreien und kreativen Protest“ und einem stadtweiten Bündnis unter dem Appell „Potsdam nazifrei!“ hat am Mittwoch nach einer Sondersitzung das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ aufgerufen. Für den 15. September ist ein großes Toleranzfest auf der Wiese am Hauptbahnhof geplant.

Der Brandenburger Verfassungsschutz rechnet mit mindestens 200 Teilnehmern bei der NPD-Demonstration, die unter dem Motto: „Wir arbeiten – Brüssel kassiert. Raus aus dem Euro!“ steht. Die Demo ist Teil der für 2012 ausgerufenen „Kleeblatt-Aktion“, bei der die NPD in einer Art vorgezogenem Landtagswahlkampf in den vier größten Städten Brandenburgs Aufmärsche veranstaltet. „In Cottbus und Brandenburg/Havel kamen im Frühjahr jeweils 200 Teilnehmer“, sagte Gordian Meyer-Plath vom Verfassungsschutz zur MAZ. Mit der Landeshauptstadt werde eine Signalwirkung verbunden, weshalb mit einem noch größeren Unter-

stützerkreis aus allen Regionen zu rechnen sei, so Meyer-Plath. Potsdam selbst gilt nicht als NPD-Hochburg: „Hier gibt es kein Milieu, in dem sich eine rechtsextreme Partei gut bewegen kann – man hat sich eher in den Flächenlandkreisen etabliert.“ 60 bis 70 Mitglieder gibt es nach Schätzungen der Experten im NPD-Kreisverband Havel-Nuthe, zu dem neben Potsdam und Potsdam-Mittelmark auch Brandenburg/Havel und das Havelland gehören. Der Kreisverband hat auch die Demonstration am 15. September angemeldet.

Eine glückliche Fügung im Kampf gegen den Rechtsradikalismus: Seit Anfang Juli ist Potsdam der neue Sitz der Geschäftsstelle der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (Eccar), die bisher in Nürnberg ansässig war. Am Mittwoch stellte Oberbürgermeister Jann Jakobs die neue Geschäftsstellen-Mitarbeiterin Valeria Bruschi vor. Nürnberg war 2004 der Gründungs-ort der Eccar, die von der Unesco getragen wird und 107 Mitgliedsstädte in 22 Ländern hat. Potsdam ist seit 2006 Mitglied. „Exportartikel“ ist das Neue Potsdamer Toleranzedikt. In Graz denkt man über eine Adaption nach.

MAZ, 21.07.2012

NPD unterliegt vor Gericht

Heute Fest für Toleranz / Potsdam bekennt Farbe

Von Nadine Fabian

POTSDAM | Die rechtsextreme NPD ist mit ihrem Versuch, die Landeshauptstadt einzuschüchtern, gescheitert. Die Partei wollte vor dem Verwaltungsgericht Potsdam erwirken, dass Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) im Internet nicht mehr zu Protesten gegen die NPD aufruft – als Verwaltungsleiter habe er sich neutral zu verhalten. Das Verwaltungsgericht hat den Antrag abgelehnt.

Die NPD ist nun vors Obergericht Berlin-Brandenburg gezogen. Dessen Entscheidung stand bis Reaktionsschluss aus.

Indes hat der Oberbürgermeister die Bürger erneut dazu aufgerufen, „der NPD klar zu signalisieren, dass sie in unserer Stadt nicht erwünscht ist. Ich rufe alle Potsdamerinnen und Potsdamer auf, am Samstag zum Toleranzfest zu kommen und ein friedliches Zeichen gegen rechts zu setzen.“ Potsdam sei „eine Stadt der Toleranz, Gewaltfreiheit und des friedlichen Miteinanders“, sagt Jakobs. „So soll es auch in Zukunft bleiben.“

Maßgeblich für das Votum zugunsten der Stadt waren das Neue Potsdamer Toleranzedikt, die seit Jahrhunderten währende Tradition der Stadt sowie deren Aktionsplan für Toleranz und Demokratie – Ideen, die in der Stadtgesell-

schaft entwickelt wurden und von einer breiten Mehrheit getragen werden. Das Verwaltungsgericht verweist zudem darauf, dass es sich um einen gemeinsamen Aufruf mit dem Bündnis ‚Potsdam bekennt Farbe‘ und zahlreichen namentlich aufgeführten Unterzeichnern handelt. Toleranz und friedlicher Protest gegen Meinungsäußerungen anderer seien unter Berücksichtigung des Toleranzedikts ein für jedermann gerechtfertigtes Anliegen und müssten im Übrigen auch ganz im Sinne der Antragstellerin – also im Sinne der NPD – sein.

Die Stadt Potsdam ist nicht die erste Kommune, der die NPD verbieten lassen will, zum Protest aufzurufen. „Aber wir sind eine Ausnahme“, sagt der Jakobs Büroleiter, Dieter Jetschmanegg. „Leider haben die anderen Verwaltungsleiter verloren und die Aufrufe mussten umformuliert werden. Wir haben uns aber das Recht erkämpft.“ Pasewalk in Mecklenburg-Vorpommern und Gera in Thüringen unterlagen zum Beispiel in ähnlichen Auseinandersetzungen.

Heute findet zum 5. Mal das Fest für Toleranz statt. Ab 11 Uhr sind alle Potsdamer und ihre Gäste eingeladen, auf der großen Wiese am Hauptbahnhof unter dem Motto „Vielfalt leben“ mitzufeiern und ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremis-

mus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu setzen. Für 12 Uhr hat die NPD eine Demonstration angemeldet. Ab 11 Uhr werden sich die Teilnehmer auf dem Kurzzeitparkplatz am Hauptbahnhof sammeln.

Die Polizei erwartet bis zu 200 Anhänger, die durch die Innenstadt marschieren wollen, vermutlich zum Luisenplatz. Weitaus mehr Gegendemonstranten wollen sich den Rechten in den Weg stellen. Die Polizei ist mit 1500 Bereitschaftspolizisten und weiteren Beamten der Landespolizei Brandenburg im Einsatz.

Die Verkehrsbetriebe in Potsdam (ViP) empfehlen den Hauptbahnhof weiträumig zu umfahren. Im Tramverkehr sei vor allem im Bereich der Langen Brücke mit erheblichen Störungen zu rechnen. Mehr könne man noch nicht sagen, so ViP-Chef Martin Griebner: „Wir entscheiden operativ“.

Auch die City wird dicht sein. Von einem Belagerungszustand solle aber keine Rede sein, sagt Dieter Jetschmanegg. „Niemand sollte sich abschrecken lassen. Wir werden der NPD nicht die Möglichkeit geben, die Innenstadt zur Festung zu machen.“ Die Polizei weist hingegen darauf hin, dass es zu erheblichen Behinderungen und zu Sperrungen kommen wird. Sie bittet darum, Potsdam weiträumig zu umfahren.

Jakobs siegt gegen NPD

Stadtverwaltung: Gerichtsurteil bisher einmalig

Die Stadt Potsdam verpasst der Rechtsextremen NPD eine Niederlage: Laut einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) darf die Stadt im Internet zum Protest gegen die für den heutigen Samstag in der Innenstadt geplante NPD-Versammlung aufrufen. Damit bestätigte das OVG am Freitag eine Entscheidung des Potsdamer Verwaltungsgerichts. Den Angaben nach ist es das erste Mal, dass sich eine Kommune in solch einem Fall durchsetzt. Die NPD hatte argumentiert, die Stadt

lang sei die Partei jedes Mal mit dem Verweis auf die Neutralität von Amtsträgern durchgekommen. Der Sprecher verwies auf entsprechende Entscheidungen im thüringischen Gera oder im vorpommerschen Pasewalk. Er betonte, das Gericht habe sich auch auf Ideen des Neuen Potsdamer Toleranzedikts von 2008 bezogen, wonach ein friedlicher Protest für jedermann ein gerechtfertigtes Anliegen sei.

Unterdessen hat eine Handzettelaktion für Aufregung gesorgt: Wie die Stadtverwaltung mitteile, sei auf gefüllten Handzetteln mit dem Logo der Stadt suggeriert worden, am heutigen Tag solle stadtwelt Sperrmüll auf die Straße gestellt werden. Das sei nicht der Fall, so ein Stadtsprecher. Die Stadt geht davon aus, dass ein Zusammenhang zu den Protesten gegen die NPD bestehe. Möglicherweise beabsichtigten die Urheber der Handzettel, den Sperrmüll zur Blockade der Demonstrationsroute zu nutzen. Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) sagte, diese Aktion sei nicht lustig. Wer ohne Absprache mit der Stadtentsorgung Sperrmüll auf die Straße stelle, begehe eine Ordnungswidrigkeit. Er unterstütze aber den friedlichen Protest gegen den NPD-Aufmarsch, so Jakobs. Am Hauptbahnhof ist heute ab 11 Uhr ein Toleranzfest geplant.

Unterdessen haben bereits am Freitagabend in der Innenstadt die Antifa und linke Gruppen gegen Rechtsextremismus demonstriert. Es kamen mehr als 200 Teilnehmer. Sie skandierten, den NPD-Aufmarsch mit allen nötigen Mitteln verhindern zu wollen. Für den Einsatz heute wird die Polizei rund 2000 Einsatzkräfte aufbieten vor. Die Verkehrsbetriebe rechnen mit Beeinträchtigungen des Verkehrs in der gesamten Stadt. *dapd/mar/HK*

hätte aus Gründen der Neutralität keine Gegendemonstrationen mobilisieren dürfen. Dies wies das Oberverwaltungsgericht zurück und verwies darauf, dass der Aufruf nicht in erster Linie der Landeshauptstadt, sondern dem gesellschaftlichen Bündnis „Potsdam bekannert Farbe“ zuzuordnen sei. Zudem dürften sich auch staatliche Hoheitsträger kritisch äußern, solange sie sich an das Gebot der Sachlichkeit hielten. Damit habe sich erstmals eine Kommune in dieser Frage gegen die NPD durchgesetzt, sagte ein Stadtsprecher. Bis

PNN, 15.09.2012

Werbung

HENRI KRÄMER freut sich über die Proteste gegen den NPD-Aufmarsch

Natürlich lässt sich einwenden: Die Versammlungsfreiheit gilt grundsätzlich für alle. Bei der von Tausenden Potsdamern blockierten NPD-Demo am Samstag wurde nach diesem Denkmuster einer Minderheit das Recht auf freie Meinungsäußerung genommen, das ihr der Staat garantieren soll. Und zu Recht sind dem Staat sehr enge Grenzen gesetzt, wenn er Versammlungen oder eben Parteien wie die NPD verbieten will. Eine ganz andere Sache ist es aber, wie sich Bürger verhalten, die sich gegen rechtsextreme Aufmärsche wehren wollen, die sich gerade gegen demokratische Errungenschaften richten. Denn Bürger können sehr Wohl Rechte haben, die dem Staat und etwa der Polizei nicht zustehen. Dazu gehört auch die Freiheit, durch gemeinsames Versammeln einen Neonazi-Aufmarsch friedlich zu blockieren. Denn das darf der Staat eine NPD-Demonstration nicht verbieten, das bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Bürger einer Stadt sie widerspruchlos hinnehmen müssen. Für Demokratien sind Menschen wichtig, die sich friedlich gegen demokratiefeindliche Bestrebungen zu wehren wissen. Insofern war der friedliche Verlauf der Anti-NPD-Proteste am Samstag auch eine Werbung für die Stadt Potsdam und ihre Zivilgesellschaft.

PNN, 17.09.2012

169 Ballons für die Opfer rechter Gewalt

Parallel zum Protest gegen die NPD: Beim Toleranzfest wurde am Samstag ein buntes Programm geboten

Es ruckelt, es hupelt, es stockt: Die Besucher des fünften Potsdamer Toleranz-Festes konnten am Samstag testen, dass es gar nicht so einfach ist, mit einem Rollstuhl auf dem Rasen zu fahren. Gerade das kamerte man nämlich bei einem Sinnesparcours des „Häusers der Begegnung“ für behinderte und nicht-behinderte Menschen ausprobiert. Es war eines von rund 20 Zeiten, die auf der großen Wiese am dem Hauptbahnhof nahe der Lange Brücke aufgeführt waren.

Ursprünglich hatte die Veranstaltung unter dem Motto „Vielfalt leben“ in Waldstadt statt finden sollen. Sie war jedoch wegen der angekündigten NPD-Demonstration kurzerhand verlegt worden. Organisiert wurde das Fest vom Bündnis „Pots-

dam bekannert Farbe“ und der Potsdamer Stadtverwaltung.

Anders als im Vorjahr waren wegen des Aufmarschs der Rechten dieses Mal auch fast alle im Stadtparlament vertretenen Parteien – bis auf die CDU – mit Ständen vor Ort. Dort ging es nicht nur um trübselige Politik: Bei den Jusos, der Jugendorganisation der SPD, konnten Besucher auf einer kleinen Kegelbahn Höttergrundeigende Gartenwege umspielen und bei der FDP hieß es „Mach die Beinen bunt“: Wer will, konnte Beweine-Kuchen-Stücke mit Glasur und bunten Streuseln überziehen.

Zwischen 200 und 300 Besucher hielten sich gegen 11 Uhr auf dem Gelände auf. Allerdings strömten ab Mittag viele

Gäste auch zur Laugen Küche, um gegen die Rechtsströmen zu protestieren – so wirkte das Festgebäude manchmal etwas leer. Das Publikum bei dem Fest und auch bei den Protesten an sich war bunt gemischt: Punkts und linksalternativ Jugendliche waren ebenso zu sehen wie Senioren und Familien mit Kindern, die Stimmung war durchweg friedlich. Auch bekannte Potsdamer wie Theaterintendant Tobias Wollmeier oder Ex-Jugendratschef Norbert Schweers waren vor Ort. In einer kurzen Ansprache betonte Stadtkämmerer Simon Kuntze die gemeinsamen Ziele aller Anwesenden: „Lass uns heute nicht diskutieren, wer der bessere Antifaschist ist – wer heute hier ist, ist richtig.“

Neben internationalen Vereinigungen

wie Amnesty International waren vor allem lokale Institutionen vor Ort: So hatte der SV Babelsberg 03 einen Kickerklub aufgestellt und der Stadtjugendeine Hüpfburg. Auf der Bühne brachten Potsdamer Bands und Gruppen wie die Trommler von Sexta Feira die Gäste in Stimmung. Während Sprayer eine Graffiti-Wand besprühten, veranstaltete der Verein Kanoten-Bildung für Balkanica lockte mit einer Tombola.

Ein bewegender Moment: Am Vornmittag ließen Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) und Vertreter mehrerer Bündnisse gegen Rechts 169 Luftballons aufsteigen lassen – als Symbol für 169 Todesopfer rechter Gewalttäter seit 1990. Eine Wiese.

PNN, 17.09.2012

Etwas HELLA

Lobeshymne auf die Potsdamer

HELLA DITTFELD möchte das Kritteln mal lassen, schafft es aber nicht ganz

Potsdamer, ich bin stolz auf euch! Schon lange wollte ich das mal sagen und nicht immer bloß herummeckern und den Finger auf irgendwelche Wunden legen. Denn im Grunde meines Herzens beziehungsweise meines gern mal zum Motzen neigenden Temperaments bin ich ja doch mit Leib und Seele ein „Potsdama“.

Also, liebe Mit-Potsdamer, meinen Beifall habt ihr euch vor allem dadurch verdient, dass und wie ihr den Aufmarsch der rechten Szene am 15. September verhindert habt. Dabei konnte der Oberbürgermeister nicht nur Seit an Seit mit seinem ärgsten Rivalen um den städtischen Thron Solidarität demonstrieren, er konnte sogar forsch anbieten, anderen Städten zu zeigen, wie man eine solche Blockade organisiert, ohne gleich wieder die Gerichte und die Gesetze im Nacken zu haben. Dass sich ausgerechnet die Gewerkschaft der Polizei mokiert und lieber gesehen hätte, dass der Marsch der Rechten durchgesetzt und die Blockade aufgelöst worden wäre (ohne Randalen wäre das sicher nicht abgegangen), finde ich absurd, aber natürlich völlig rechtskonform, denn – wie gesagt – heute wird nicht herumgekrittelt.

Ein dickes Lob gibt es auch dafür, wie Solidarität mit den Asylbewerbern gezeigt wurde, die gegen die Residenzpflicht demonstriert haben und sich dafür auf den Marsch nach Berlin begaben. Dabei wurde gleich noch deutlich, dass wir unsere Ausländer freundlich in den Schlaatz eingemeindet haben, ihnen durch öffentliche Verkehrsmittel in unmittelbarer Nähe Bewegungsfreiheit in der Stadt garantieren und sie mit Geld statt mit Gutscheinen versorgen. Nicht einmal die Nachbarn machen noch Bambule, weil das Asylbewerberheim in ihrem Kiez verlegt wurde. Aber jeder und ganz besonders die Potsdamer brauchen eben ein bisschen Zeit, um sich an Neues zu gewöhnen und neue Nachbarn kennenzulernen. Wenn dies sich trotzdem nicht immer wohl fühlen, liegt das sicher an einer Gemengelage, an der wir noch arbeiten müssen.

Denn die meisten Potsdamer sind zwar gegen Neonazis und Chauvinismus, aber es gibt eben immer auch noch welche ohne lichte Momente und die müssen sich dann Fackeln anzünden, um durchzusehen. Hoffentlich gelingt ihnen das, ehe sie nicht wieder gut zu machenden Schäden anrichten. Warum die Freunde der Nazi-Ideologie ausgerechnet die Waldstadt für ihre Mini-Aufmärsche auserkoren haben, weiß ich nicht. Wahrscheinlich, weil es dort ansonsten kein Nachtleben gibt und der Stadtteil abends ziemlich zappenduster daherkommt. Das Waldstadt-Center hat sich jedenfalls nicht gerade zur multikulturellen Vergnügungsmesse gemauert. Aber warum sollten gute Demo-Sitten nicht auch mal schlechte Beispiele verderben? Sie sehen, ich kann heute nur positiv denken.

Und wenn wir dann noch solche Dauerstreitigkeiten wie die über den Tierheim-Neubau, über die Bebauung des Brauhausberges oder das Gezerre um eine angemessene Bleibe für die Potsdamer Tafel am Schlaatz (wobei ich hier um gegenseitige Annäherung von Tafel und – wie ich gehört habe – ziemlich tafelspitzer Verwaltung bitte), dann wächst sich Potsdam zum vielgeliebten Paradies seiner Bewohner aus und ich kann keine bissigen Kolumnen mehr schreiben, sondern nur noch Lobeshymnen. Das wird auf die Dauer allerdings etwas langweilig und frustriert womöglich meine Fans. Denn wie jeder weiß, erzeugt Reibung Wärme und nichts macht mehr Spaß, als wenn Häme nicht einen selbst, sondern einen anderen trifft.

— An dieser Stelle schreibt alle zwei Wochen Hella Dittfeld über Dinge, die sie erfreuen oder ärgern und hofft, dass dadurch Potsdam etwas heller wird.

4.3

Resümee

Ziel dieser Chronologie war es, die Anfänge und Entwicklung des Bündnisses aufzuzeigen. Unter Rückgriff auf die Protokolle und Pressemitteilungen des Bündnisses, Presseartikel, Archivmaterial und Befragungen von Mitgliedern entstand zum ersten Mal ein Einblick in die Geschichte des Bündnisses.

In zehn Jahren ist das Bündnis nie nur beim planmäßigen Abarbeiten des LAP stehen geblieben. In Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Themen wurden zunehmend kommunale Handlungsspielräume ausgelotet. Dabei haben sich Politik, Verwaltung und Bündnis stets unterstützt. Das Bündnis entwickelte sich zu einem Anlaufpunkt für zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürger.

Die Mitglieder des Bündnisses befassten sich kontinuierlich mit den Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Dabei forderte das Bündnis Lösungen zur Bewältigung lokaler Probleme ein und wirkte an deren Erarbeitung mit. Durch eine fortwährende Situationseinschätzung war es möglich, die 80 Maßnahmen des LAP an die aktuellen Entwicklungen anpassen zu können und Prioritäten neu zu setzen. Arbeitsgruppen haben dazu beigetragen, Einzelthemen tiefgreifender zu betrachten und Lösungsvorschläge für das Bündnis zu erarbeiten. Das Bündnis hat sich als souveräner Akteur in der Landeshauptstadt Potsdam etabliert.

Das Bündnis vermochte zunehmend, den öffentlichen Raum zu nutzen und somit den Meinungsdiskurs in der Landeshauptstadt Potsdam zu befördern.

Interne und externe Evaluationen haben gezeigt, dass sich die Arbeitsweise des Bündnisses zu einem verlässlichen Modus entwickelt hat.

Die Grundvoraussetzungen des Erfolges der Bündnisarbeit waren vor allem die heterogene Zusammensetzung, vertrauensvolle Zusammenarbeit und im Konsens getroffene Entscheidungen.

Das Bündnis arbeitete überlegt, professionell und konsequent. In der Umsetzung handelte es mit seinen Partnern effektiv und konnte Menschen durch gezielte Kampagnen mobilisieren. Durch die kurzen Kommunikationswege gelang es, ein funktionierendes Netzwerk aufzubauen. Das Aufgreifen von Ideen der unterschiedlichsten Initiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglichte eine Anpassung der Vorgehensweise und eröffnete neue Wege der Kooperation.

Mit der SIKO verfügt das Bündnis über eine wichtige Koordinierungsstelle innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam, die direkt dem Bereich des Oberbürgermeisters angegliedert ist.

Zentrales Anliegen des Bündnisses war stets, positive Signale für das Leitbild einer weltoffenen, toleranten und von einem friedlichen Miteinander geprägten Stadt zu vermitteln. In Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Potsdam unterstützte das Bündnis durch kommunale und zivilgesellschaftliche Maßnahmen die Weiterentwicklung dieses Leitbildes. Die Geschichte des

Bündnisses bekräftigt, dass die Umsetzung und Weiterentwicklung eines Leitbildes kein einfaches Unterfangen ist. Die zurückliegenden zehn Jahre verdeutlichen, die unabdingbare Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen und ergebnisoffenen Prozesses im Kampf für Demokratie und Toleranz in der Stadtgesellschaft.



15. September 2012

5. Die „Potsdamer Feste für Toleranz“ in Bildern

20. September 2008 - Das 1. „Potsdamer Fest für Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit“



Potsdam bekennt Farbe!
Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander

Fest der Toleranz, Demokratie und Gewaltfreiheit

20. September 2008, von 11 bis 15:30 Uhr
auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor

Programm

Straßenfußballturnier für Toleranz
Eröffnet durch Oberbürgermeister Jan Jakobs und den Vorsitzenden des Stadtsporthundes Potsdam

Buntes Kulturprogramm
Potsdamer MusikKabarett „Schwarze Grüze“
MontagsOrchester
Afro-Brasilianische Rhythmen mit Sexta Feira u.a.

Ökumenische Andacht
12 Uhr

Messe der Demokratie
An der Schopenhauer Straße präsentieren sich Parteien und die Mitglieder des Beirats zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes Die Gaststätten „Luisa Seconda“, „Cohibar“ und „Asman“ laden ein zu Champagner, Sekt und Cuba Libre gegen Rechts und Fremdenfeindlichkeit. Vom Erlös geht 1 € pro Glas an „Potsdam bekennt Farbe“

Gemeinsam „Farbe bekennen“ und zeigen, dass die Landeshauptstadt Potsdam für Weltoffenheit und Akzeptanz steht.

Herausgeber: Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Der Oberbürgermeister



20. September 2009 - Das 2. „Potsdamer Fest für Toleranz“



Potsdam bekennt Farbe!
 Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander.

Fest für Toleranz 2009
 20. September 2009
 12 bis 16 Uhr
 Platz vor dem Brandenburger Tor
 und an der Schopenhauerstraße

Gemeinsam Farbe bekennen!
 Die Landeshauptstadt Potsdam steht für
 Weltoffenheit und Akzeptanz.



30. Oktober 2010 - Das 3. „Potsdamer Fest für Toleranz – Toleranz bedeutet gute Nachbarschaft“



3. Fest für Toleranz
30. Oktober 2010, 13-17 Uhr
Marktplatz am Schlaatz
Potsdam!
bekannt Farbe



**10. September 2011 – Das 4. „Potsdamer Fest für Toleranz –
Kommen und Gehen – Gemeinsam leben“**



**4. Potsdamer
Fest für Toleranz**

10. September 2011
15-21 Uhr
Festwiese an der
Bastion am Schillerplatz
Kommen und Gehen
-Gemeinsam leben

Konzert
19 Uhr, Open Air
Hasenschisse



15. September 2012 – Das 5. „Potsdamer Fest für Toleranz – Vielfalt leben“



5. Potsdamer Fest für Toleranz

15. September 2012
11-20 Uhr

Festwiese am Hauptbahnhof
Beckendorfer Straße

Vielfalt leben!

Konzerte

16 Uhr Robby Marla & The Silent Revolution
19 Uhr, Open Air: Folcadelic Hobo Jamborees

Potsdam
Socially Smart
Neues Potsdamer Toleranznetz





6. Anhang

6.1 Kontaktdaten der Mitglieder des Bündnisses 2012

Stand: 31.10.2012

ASta Uni Potsdam

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam, Tel.: 0331-9771225, Mail: campuspolitik@asta.uni-potsdam.de und internationales@asta.uni-potsdam.de, Internetauftritt: www.asta.uni-potsdam.de

Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam, Tel.: 0331-2892323, Mail: Jugendamt@Rathaus.Potsdam.de, Internetauftritt: www.potsdam.de

Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam, Tel.: 0331-2891083, Mail: Gleichstellung@Rathaus.Potsdam.de, Internetauftritt: www.potsdam.de

Fanprojekt Babelsberg

Karl-Gruhl-Str. 62, 14482 Potsdam, Mail: alexander@wildwuchs-potsdam.de, Internetauftritt: www.fanprojekt-babelsberg.de

Förderverein der Beratungsstelle Lösungsweg Potsdam e.V.

Charlottenstr. 127, 14467 Potsdam, Tel: 0331-6207799, Mail: loesungsweg@gmx.de, Internetauftritt: www.lw-potsdam.de

Deutscher Gewerkschaftsbund

DGB Region Mark Brandenburg, Breite Straße 9A, 14467 Potsdam, Tel.: 0331-2759610, Mail: Detlef.Baer@dgb.de, Internetauftritt: mark-brandenburg.dgb.de

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam, Tel.: 0331-2893056, Mail: gruene-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de, Internetauftritt: www.gruene-potsdam.de/fraktion-in-der-svv

Diakonisches Werk Potsdam e.V.

Wildwuchs Streetwork, Posthofstraße 9, 14467 Potsdam, Tel.: 0331-7407260, Mail: streetwork@wildwuchs-potsdam.de, Internetauftritt: www.wildwuchs-potsdam.de

Fraktion CDU/ANW

Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam, Tel.: 0331-2893052, Mail: cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de, Internetauftritt: www.cdu-fraktion-potsdam.de

Büro der Ausländerseelsorge

Evangelischer Kirchenkreis, Rudolf-Breit-scheid-Straße 64, 14482 Potsdam, Tel.: 0331-7046240, Mail: auslaenderseelsorge@evkirchepotsdam.de, Internetauftritt: www.ev-kirchepotsdam.de

Fraktion DIE LINKE

Stadtverordnetenversammlung Potsdam,
Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam,
Tel.: 0331-289 3051, Mail: DIELINKE-Stadt-
fraktion@Rathaus.Potsdam.de, Internetauf-
tritt: www.dielinke-potsdam.de/fraktion/rathaus

Fraktion FDP

Stadtverordnetenversammlung Potsdam,
Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam,
Tel.: 0331-289 3059, Mail: FDP-Stadtfrakti-
on@Rathaus.Potsdam.de, Internetauftritt:
www.fdp-potsdam.de

Fraktion SPD

Stadtverordnetenversammlung Potsdam,
Friedrich-Ebert-. 79-81, 14469 Potsdam, Tel.:
0331-289 3050, Mail: SPD-Stadtfraktion@
Rathaus.Brandenburg.de, Internetauftritt:
www.spd-fraktion-potsdam.de

Fraktion Die Andere

Stadtverordnetenversammlung Potsdam ,
Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam,
Tel: 0331-289 3179, Mail: DieAndere@Rat-
haus.Potsdam.de, Internetauftritt: www.frakti-
on-die-andere.de

Fraktion BürgerBündnis

Stadtverordnetenversammlung Potsdam,
Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam,
Tel.: 2893055, Mail: Buergerbuendnis@Rat-
haus.Potsdam.de, Internetauftritt: www.buer-
gerbuendnis-potsdam.de

Fraktion Potsdamer Demokraten

Stadtverordnetenversammlung Potsdam,
Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam,
Tel.: 0331-9510730, Mail: potsdamer-demo-
kraten@gmx.de

Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam,
Tel.: 0331-2893424, Mail: SIKO@Rathaus.
Potsdam.de, Internetauftritt: www.potsdam.de

GSE-Protect mbH

Gerlachstr. 4, 14480 Potsdam, Tel.: 0331-
6499925, Mail: info@gse-protect.de, Interne-
tauftritt: www.gse-protect.de

medienlabor - Agentur für Kommunikation und Medienentwicklung KG

Gutenbergstr. 62, 14467 Potsdam, Tel: 0331-
2436260, Mail: kontakt@medienlaborpots-
dam.de, Internetauftritt: www.medienlabor-
potsdam.de

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam,
Tel: 0331-2893346, Mail: Migrantenbeirat@
Rathaus.Potsdam.de, Internetauftritt: www.
potsdam.de

Mobiles Beratungsteam Potsdam / BIG – demos

Am Kanal 49, 14467 Potsdam, Tel.: 0331-
5058883, Mail: mbt-potsdam@BIG-demos.de,
Internetauftritt: www.gemeinwesenberatung-
demos.de

Neues Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt e.V.

Gutenbergstr. 62, 14467 Potsdam, Tel: Tel:
0331-243626, Mail: kontakt@potsdamer-tole-
ranzedikt.de, Internetauftritt: www.potsdamer-
toleranzedikt.de

**Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Potsdam**

Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam,
Tel: 0331-2891001, Mail: Oberbuergemeis-
ter@Rathaus.Potsdam.de, Internetauftritt:
www.potsdam.de

Opferperspektive e.V.

Rudolf-Breitscheid-Str. 164, 14482 Potsdam,
Tel.: 0331-8170000, Mail: info@opferperspek-
tive.de, Internetauftritt: www.opferperspektive.
de/

**Polizeidirektion West -
Polizeiinspektion Potsdam**

Henning-von-Tresckow-Str. 9-13, 14467 Pots-
dam, Tel.: 0331-55080, Internetauftritt: www.
internetwache.brandenburg.de

**RAA Potsdam - Demokratie und
Integration Brandenburg e.V.**

Am Kanal 49, 14467 Potsdam, Tel.: 0331-
2010869, Mail: potsdam@raa-brandenburg.
de, Internetauftritt: www.raa-brandenburg.de

Soziale Stadt Potsdam e.V.

Milanhorst 9, 14478 Potsdam, Tel.: 0331-
5504169, Mail: info@soziale-stadt-potsdam.de,
Internetauftritt: www.soziale-stadt-potsdam.de

Stadtjugendring Potsdam e.V.

Schulstraße 9, 14482 Potsdam, Tel.: 0331-
5813225, Mail: sjr@madstop.de, Internetauf-
tritt: www.stadtjugendring-potsdam.de

Stadtsportbund Potsdam e.V.

Am Luftschiffhafen 2, 14471 Potsdam, Tel.:
0331-9510706 Mail: stadtsportbund@pots-
dam.de, Internetauftritt: www.stadtsportbund-
potsdam.de

6.2 Abkürzungsverzeichnis und Glossar

AG	Arbeitsgruppe
AG's	Arbeitsgruppen
Aktionsbündnis Brandenburg	Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Brandenburg
amt.	amtierende/amtierender
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Potsdam und AG Antirassismus
BBAG e.V.	Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V.
BeDiTo e.V.	Verein zur Förderung des interkulturellen, weltanschaulichen und interreligiösen Dialogs e.V.
BIG - demos	Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos. Dazu zählen die sechs Mobilen Beratungsteams (MBT) in Angermünde, Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebin.
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Camino	Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH. Zwischen 1. Juli 2002 und 30. April 2004 „Service-stelle Camino“.
CIVITAS	„CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“ – Teil des durch das BMFSFJ und das BMAS initiierte Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, bestehend aus den Teilprogrammen „Entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und „Xenos - Leben und Arbeiten in Vielfalt“.
CJD	Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.
CSD	Christopher Street Day
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DVU	Deutsche Volksunion
ECCAR	Europäische Städtekoalition gegen Rassismus e.V.
Entimon	ENTIMON - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus (siehe Civitas)

EU	Europäische Union
E & C	„Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“
e.V.	eingetragener Verein
FB	Fachbereich
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FH	Fachhochschule
GSE mbH	Gesellschaft für Sicherheit und Eigentumsschutz mbH
GF	Geschäftsführer/Geschäftsführerin
ICCAR	International Städtekoalition gegen Rassismus
ICDI e.V.	Internationales Center für Deutsche und Immigranten e.V.
JeP e.V.	Jugend engagiert in Potsdam e.V.
JUTA	Beratendes Fachgremium innerhalb des Diakonischen Werkes Potsdam e.V.
LAP	Lokaler Aktionsplan
LSB	Landessportbund Brandenburg e.V.
LBS	Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.
MAZ	Märkische Allgemeine Zeitung
MBT	Mobiles Beratungsteam ist Teil des BIG – demos und wird gefördert durch das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der brandenburgischen Landesregierung.
medienlabor KG	medienlabor - Agentur für Kommunikation und Medienentwicklung KG
ND	Neues Deutschland
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands

NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
OT	Ortsteil
OVG	Oberverwaltungsgericht Berlin Brandenburg
PamS	Potsdam am Sonntag
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PNN	Potsdamer Neueste Nachrichten
RAA Branden- burg	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg. Im Bündnis ist die RAA Brandenburg durch die RAA Potsdam - Demokratie und Integration Brandenburg e.V. vertreten.
RAK	Regionalarbeitskreise Jugend(sozial)arbeit der Landeshauptstadt Potsdam
SIKO	Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam
SOLID	die sozialistische Jugend, Jugendverband der Partei Die Linke, Linksjugend
SPI	Stiftung Sozialpädagogisches Institut
SVV	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
TOA	Täter-Opfer-Ausgleich des Diakonischen Werkes e.V.
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt	Neues Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt e.V.
VG Potsdam	Verwaltungsgericht Potsdam
XENOS	XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt, finanziert aus ESF-Mitteln und siehe CIVITAS.

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam

Der Oberbürgermeister

Verantwortlich:

Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz

Friedrich-Ebert-Str. 79/81

14469 Potsdam

Tel.: 0331-2893424

Fax: 0331-2893430

SIKO@Rathaus.Potsdam.de

Kontakt@Potsdam-bekannt-Farbe.de

www.facebook.com/PotsdambekanntFarbe

www.Potsdam-bekannt-Farbe.de

Fotos: Stephan Altmann, Peter Frenkel, Magdolna Grasnack, Maja Hildebrandt, Hartmut Kreft, Ursula Löbel, Inge Mergenthaler, Lien Ngo, Jörg Stopa, Daniel Wetzels, Jirka Witschak

Gestaltung:

medienlabor – Agentur für Kommunikation und Medienentwicklung KG

Gutenbergstr. 62

14467 Potsdam

Potsdam, 31. Oktober 2012

